

<i>Name:</i>	<b>Junge demokratische Partei Deutschland</b>
<i>Kurzbezeichnung:</i>	<b>JdPD</b>
<i>Zusatzbezeichnung:</i>	-

*Anschrift:* Karl-Korthis-Straße 60  
33106 Paderborn

*Telefon:* (01 76) 32 64 47 38

*Telefax:* (0 52 51) 2 07 21 30

*E-Mail:* [jdpd@web.de](mailto:jdpd@web.de)

## **I N H A L T**

**Übersicht der Vorstandsmitglieder**

**Satzung**

**Programm**

*(Stand: 27.03.2020)*

*Name:*

**Junge demokratische Partei Deutschland**

*Kurzbezeichnung:*

**JdPD**

*Zusatzbezeichnung:*

-

**Bundesausschuss:**

Vorsitzender:

Manuel Göllner

Stellvertreter:

Felix Sämann

Kassierer:

Frederik Willeke

Beisitzer:

Patrick Schrammen

Niklas Struck

**Landesverbände:**

./.

# **Bundessatzung der Jungen demokratischen Partei Deutschland**

**Fassung vom 07.02.2020**

	<b>Seite</b>
<b>§1 Name, Sitz und Tätigkeitsgebiet</b>	<b>2</b>
<b>§2 Zweck der Partei</b>	<b>2</b>
<b>§3 Grundsätze der Zusammenarbeit</b>	<b>3</b>
<b>§4 Informationspflichten</b>	<b>9</b>
<b>§5 Mitgliedschaft</b>	<b>14</b>
<b>§6 Struktur</b>	<b>18</b>
<b>§7 Ortungsmaßnahme</b>	<b>47</b>
<b>§8 Salvatorische Klausel</b>	<b>50</b>

## §1 Name, Sitz und Tätigkeitsgebiet

1. Die Partei trägt den Namen Junge demokratische Partei Deutschland und die Kurzbezeichnung JdPD.
2. Der Sitz der Partei ist Paderborn.
3. Das Tätigkeitsgebiet der Partei ist das Gebiet der Bundesrepublik Deutschland.

## §2 Zweck der Partei

### (1)

**Mitgestaltung eines demokratischen Staats- und Gemeinwesens.** Die Partei wirkt an der Gestaltung eines demokratischen Staats- und Gemeinwesens mit, das allen Menschen ein selbstbestimmtes Leben ermöglichen soll, und strebt dabei insbesondere an

den Planeten Erde als Biosphäre des Menschen dauerhaft zu erhalten

sowie das gesellschaftliche Zusammenleben nach rechtsstaatlichen Prinzipien möglichst so zu gestalten,

dass jeder Mensch ein Recht auf sichere Existenz und gesellschaftliche Teilhabe hat,

dass kein Mensch für eine Handlung bestraft wird, die weder andere empfindungsfähige Lebewesen schädigt noch diese in ihrer Freiheit oder Unversehrtheit einschränkt oder bedroht,

dass kein Mensch aufgrund einer tatsächlichen oder unterstellten Eigenschaft oder aufgrund von tatsächlicher oder unterstellter Zugehörigkeit zu einer Gruppe mit einer tatsächlichen oder unterstellten Eigenschaft diskriminiert wird und

dass jeder Mensch über Zugang zu allen Informationen verfügt, die für selbstbestimmt und frei getroffene Entscheidungen nötig sind.

### (2) Eintreten gegen Faschismus, Rassismus, Nationalismus und Gruppenbezogene

**Menschenfeindlichkeit.** Die Partei tritt allen faschistischen, rassistischen und nationalistischen Bestrebungen und allen Formen Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit entgegen.

### (3) Vorbildfunktion zur Stärkung der Demokratie

Die Partei möchte mit ihren demokratischen Konzepten und politischen Zielen ein Vorbild für andere Parteien und Organisationen sein; aus diesem Grunde stellt sie im Rahmen der Partei erarbeitete Texte, einschließlich Satzung und Programm, sowie geschaffene Computersoftware der allgemeinen Öffentlichkeit zur uneingeschränkten, kostenfreien und dauerhaften Nutzung zur Verfügung.

## §3 Grundsätze der Zusammenarbeit

### §3.1 Digital, online und asynchron

- (1) **Unabhängigkeit von Raum und Zeit** Die Partei will jedem Mitglied, unabhängig von persönlichen Einschränkungen hinsichtlich Raum und Zeit, eine umfassende Teilnahme an der Meinungs- und Willensbildung in der Partei ermöglichen.
- (2) **Online-Zusammentritt** Die Organe treten grundsätzlich online zusammen.
- (3) **Ständige Tagung** Die Organe tagen grundsätzlich ständig.
- (4) **Asynchrone Zusammenarbeit** Die Organe verwenden technische Systeme, die bevorzugt asynchrone Zusammenarbeit bei der Meinungs- und Willensbildung ermöglichen.
- (5) **Betrieb technischer Systeme** Die Partei betreibt hierzu notwendige technische Systeme.
- (6) **Zeitlicher und räumlicher Zusammentritt** Ein Organ kann beschließen, ausnahmsweise zur Behandlung einzelner Sachverhalte zeitlich und räumlich zusammenzutreten.
- (7) **Zusammentritt an Wahlurnen** Ein Organ tritt zur Stimmabgabe bei geheimen Wahlen an einer oder mehreren über das Tätigkeitsgebiet der jeweiligen Gliederung verteilten Wahlurnen zusammen.

### §3.2 Liquid Democracy

- (1) **Umfassende Beteiligungsmöglichkeiten für alle Mitglieder** Allen Mitgliedern soll bei der Entscheidung von Sachfragen, unabhängig von ihren fachlichen Kenntnissen oder persönlichen zeitlichen Einschränkungen, eine möglichst umfassende Beteiligungsmöglichkeit eingeräumt werden.
- (2) **Fachlich fundierte Entscheidungen** Die Partei verfolgt das Ziel, Entscheidungen fachlich fundiert zu treffen.
- (3) **Liquid Democracy als Mittel politischer Arbeitsteilung** Um Entscheidungen sowohl gemäß (2) fachlich fundiert treffen zu können als auch entsprechend (1) allen Mitgliedern gleichermaßen möglichst umfassende Beteiligungsmöglichkeiten einzuräumen, verwendet die Partei das im Folgenden beschriebene Konzept einer Liquid Democracy als Mittel der politischen Arbeitsteilung.
- (4) **Delegieren auf eigenen Wunsch** Bei allen Abstimmungen, mit Ausnahme geheimer Abstimmungen, muss es jedem Mitglied möglich sein, das eigene Abstimmungsverhalten für einzelne, mehrere oder alle Abstimmungen auf eigenen Wunsch automatisiert an das Abstimmungsverhalten eines anderen Mitglieds zu koppeln; das Mitglied, welches das eigene Abstimmungsverhalten an das Abstimmungsverhalten eines anderen Mitglieds

koppelt, nimmt bei Teilnahme des anderen Mitglieds ebenfalls automatisch an einer Abstimmung teil und stimmt hierbei automatisch genau wie das andere Mitglied ab.

- (5) Delegieren verschiedener Themen an verschiedene Mitglieder** Bei der Kopplung des Abstimmungsverhaltens nach (4) kann ein Mitglied das eigene Abstimmungsverhalten für verschiedene Abstimmungen auch an unterschiedliche Mitglieder koppeln.
- (6) Ungenutzte Delegationen** Koppelt ein Mitglied das eigene Abstimmungsverhalten entsprechend (4) automatisiert an das Abstimmungsverhalten eines anderen Mitglieds und gibt das andere Mitglied keine Stimme ab, dann gibt auch das Mitglied, welches das eigene Abstimmungsverhalten automatisiert an das Abstimmungsverhalten des anderen Mitglieds gekoppelt hat, keine Stimme ab.
- (7) Widerruf von Delegationen** Eine Kopplung des Abstimmungsverhaltens nach (4) muss das Mitglied, welches das eigene Abstimmungsverhalten an das Abstimmungsverhalten eines anderen Mitglieds gekoppelt hat, jederzeit für die Zukunft widerrufen können.
- (8) Transitivität von Delegationen** Eine Kopplung des Abstimmungsverhaltens nach (4) ist verkettbar, d.h. ein Mitglied kann das eigene Abstimmungsverhalten automatisiert an das Abstimmungsverhalten eines anderen Mitglieds koppeln, auch wenn das andere Mitglied selbst wieder das Abstimmungsverhalten an das Abstimmungsverhalten weiterer Mitglieder gekoppelt hat.
- (9) Kreisdelegationen** Entsteht bei der Kopplung des Abstimmungsverhaltens von Mitgliedern eine Kreisbeziehung, so werden die Stimmen der daran beteiligten Mitglieder nur dann genutzt, wenn mindestens ein Mitglied den Kreis unterbricht.
- (10) Liquid Democracy Systembetrieb** Die Partei betreibt ein geeignetes technisches System zur Verwendung durch die Mitgliederversammlungen und Gebietsversammlungen der Gliederungen, welches stimmberechtigten Mitgliedern eine Teilnahme am Meinungs- und Willensbildungsprozess gemäß der Prinzipien dieser Satzung ermöglicht.
- (11) Moderation des Liquid Democracy Systems** Das System ist darauf ausgelegt, grundsätzlich ohne Moderation durch eine Versammlungsleitung auszukommen; eine Moderation durch eine gewählte Versammlungsleitung bzw. durch das nach §6.3 gewählte Präsidium ist dennoch möglich.
- (12) Mechanismen der automatischen Moderation** Zur automatischen Moderation kann das System ein bestimmtes Quorum an Unterstützungsstimmen fordern, damit ein Antrag weiter diskutiert oder abgestimmt werden kann; ebenfalls ist beim Stellen von Anträgen und Einbringen anderer Beiträge eine automatische Beschränkung der Anzahl gestellter Anträge bzw. eingebrachter Beiträge pro Mitglied und Zeitspanne möglich.

- (13) **Unterstützung durch Delegation** Die Unterstützung von Anträgen im Sinne von (12) ist grundsätzlich auch automatisch durch Delegation entsprechend (4) bis (9) möglich.
- (14) **Einwilligung der antragstellenden Person bei Änderungen** In das System eingebrachte Anträge dürfen grundsätzlich nicht gegen den Willen der antragstellenden Person verändert oder gelöscht werden; stattdessen ist es Mitgliedern möglich innerhalb eines vorher bestimmten Zeitraums Alternativanträge einzubringen, die dann ggf. mittels eines Präferenzwahlverfahrens entsprechend §3.8 abgestimmt werden.
- (15) **Öffentlichkeit der Liquid Democracy** Beiträge, Unterstützungs-, Bewertungs- und Abstimmungsverhalten im Liquid Democracy System werden von der Partei unverzüglich veröffentlicht und online menschen- und maschinenlesbar zur Verfügung gestellt. Das Abstimmungsverhalten laufender Abstimmungen kann hiervon vorübergehend bis zum Ende der Abstimmung ausgenommen werden, um taktisches Abstimmen zu vermeiden.

### §3.3 Übernahme von Verantwortung durch offenes Handeln

- (1) **Verantwortung** Die Mitglieder der Partei bekennen sich zu der Verantwortung, die mit politischem Handeln einhergeht.
- (2) **Öffentliche Abstimmungen** Daher veröffentlicht die Partei zu sämtlichen Entscheidungen das Abstimmungsverhalten aller Mitglieder, die an der Entscheidung teilgenommen haben, sowie weitere nach §3.2 (15) veröffentlichte Daten auch unbegrenzt über die Dauer der Parteimitgliedschaft hinaus.
- (3) **Geheime Abstimmungen über Personen** Nur

Wahlen von Personen, einschließlich Abwahlen einzelner Amtsinhaber, und

Abstimmungen über die Aufnahme eines Mitglieds

erfolgen abweichend von (2) geheim; bei allen Wahlen außer Vorstandswahlen kann die Wahl auch als offene Abstimmung erfolgen, sofern sich kein Widerspruch durch mindestens ein Mitglied ergibt.

- (4) **Urheberkennzeichnung** In technischen Systemen der Partei, insbesondere Systemen gemäß §3.1 (4) und §3.2, sowie bei zeitlichen und räumlichen Zusammentritten der Mitgliederversammlung werden Beiträge von Mitgliedern der Partei stets mit dem Namen und der Mitgliedsnummer des Mitglieds gekennzeichnet, das den jeweiligen Beitrag eingebracht hat.
- (5) **Transparente Gestaltung von Öffentlichkeitsarbeit und Wahlkampf** Die Kommunikation bezüglich Öffentlichkeitsarbeit einschließlich Wahlkampf findet grundsätzlich öffentlich statt; hierbei entstehende Nachteile im politischen Wettbewerb werden zugunsten der Offenheit

gegenüber dem Wähler und den gestärkten Beteiligungsmöglichkeiten für die Mitglieder hingenommen.

### **§3.4 Besondere Verantwortung der Mitglieder in der Öffentlichkeit**

**(1) Öffentliche Wahrnehmung von Amtsträgern** Amtsträger haben für die Dauer ihrer Amtszeit die besondere Verantwortung, bei öffentlichen Äußerungen ausschließlich die politischen Ziele der Partei und nicht ihre eigenen politischen Ziele zu vertreten; das Einbringen der eigenen politischen Meinung durch Nutzung des Rede-, Antrags- und Stimmrechts innerhalb der Partei ist hiervon ausgenommen.

**(2) Verstoß gegen Ziele durch Amtsträger** Wenn ein Mitglied bei der Wahrnehmung eines Partei- oder Versammlungsamts wiederholt den politischen Zielen der Partei zuwider handelt oder entsprechend (1) wiederholt eigene politische Ziele anstelle der Beschlüsse der Mitgliederversammlung vertritt, fügt es damit der Partei schweren Schaden zu.

### **§3.6 Besondere Verantwortung von Mandatsträgern**

**(1) Nutzung politischer Mandate für die Ziele der Partei** Mitglieder der Partei, die über ein Mandat in einem Parlament, einer Verwaltung, einer Stiftung oder einem Beirat verfügen, haben die besondere Verantwortung ihr Mandat für die Umsetzung der politischen Ziele der Partei zu nutzen.

**(2) Vertretung der Parteipositionen durch Mandatsträger** Mitglieder der Partei haben daher bei der Wahrnehmung eines solchen Mandats stets die politischen Ziele der Partei sowie die Beschlüsse der Mitgliederversammlungen zu vertreten.

**(3) Verstoß gegen Ziele durch Mandatsträger** Wenn ein Mitglied der Partei bei der Wahrnehmung eines Mandats wiederholt entgegen der politischen Ziele der Partei oder wiederholt entgegen der Beschlüsse einer Mitgliederversammlung handelt, fügt es damit der Partei schweren Schaden zu.

### **§3.7 Mehrheiten bei den Wahlen und Abstimmungen**

**(1) Entscheidung durch Mehrheiten** Die Mitglieder der Partei bekennen sich dazu, dass Entscheidungen von Mehrheiten getroffen werden.

**(2) Anhörung von Minderheiten** Demokratische Minderheiten in der Partei müssen ihre Vorschläge dennoch in angemessenem Rahmen zur Erörterung bringen können, um für ihre Position ggf. eine Mehrheit erlangen zu können.

**(3) Entscheidung durch teilnehmende Mitglieder** Die Mitglieder der Partei bekennen sich dazu, dass Entscheidungen der Organe nur von den Mitgliedern getroffen werden, die an der entsprechenden Wahl oder Abstimmung teilnehmen.



- (4) **Gleichbehandlung delegierender Personen** Mitglieder, die entsprechend §3.2 (4) bis (9) mittels Delegation an einer Abstimmung teilnehmen, sind ebenfalls teilnehmende Mitglieder im Sinne des §3.7 (3) und anderen teilnehmenden Mitgliedern gleichgestellt.
- (5) **Ausschluss von der Teilnahme an Wahlen und Abstimmungen** Mitglieder ohne gültige Akkreditierung und Mitglieder, die mit ihren Beitragszahlungen in Verzug sind, werden spätestens 14 Tage nach Ablauf der Akkreditierung oder Beginn des Verzugs von der Teilnahme an Wahlen und Abstimmungen ausgeschlossen; gleichermaßen wird spätestens 14 Tage nach Wegfall des Ausschlussgrundes die Möglichkeit zur Stimmabgabe wieder eingeräumt.
- (6) **Notwendige Mehrheiten** Abstimmungen und Wahlen werden entweder mit einfacher Mehrheit, d.h. es müssen mehr Ja- als Nein-Stimmen abgegeben worden sein, damit eine Entscheidung getroffen oder eine kandidierende Person gewählt ist oder ausnahmsweise mit 2/3-Mehrheit, d.h. es müssen mindestens doppelt so viele Ja- wie Nein-Stimmen abgegeben worden sein, damit eine Entscheidung getroffen ist, getroffen.
- (7) **Anwendung der notwendigen Mehrheiten** Abstimmungen und Wahlen werden grundsätzlich mit einfacher Mehrheit getroffen, die 2/3-Mehrheit findet ausschließlich dann Anwendung, wenn diese Satzung es ausdrücklich verlangt.

### §3.8 Präferenzwahl

- (1) **Vermeidung der Notwendigkeit von Vorabsprachen** Wahl- und Abstimmungsverfahren werden möglichst so gestaltet, dass Mitglieder nicht aufgrund des Wahl- oder Abstimmungsverfahrens gedrängt werden, sich aus taktischen Gründen bereits vor der Abstimmung auf einen Antrag oder eine kandidierende Person zu einigen.
- (2) **Präferenzwahl** Bei mehr als zwei konkurrierenden Abstimmungs- oder Wahloptionen wird daher eine Präferenzwahl durchgeführt, welche die Zustimmung zu mehreren konkurrierenden Abstimmungs- oder Wahloptionen unter Angabe einer Präferenzreihenfolge ermöglicht.
- (3) **Klonresistenz der Präferenzwahl** Das eingesetzte Präferenzwahlverfahren darf Abstimmungs- oder Wahloptionen, zu denen es ähnliche Alternativen gibt, nicht prinzipbedingt bevorzugen oder benachteiligen.
- (4) **Wahlparadoxien** Das eingesetzte Präferenzwahlverfahren darf über §3.7 (6) hinausgehende Anforderungen an siegreiche Wahl- bzw. Abstimmungsoptionen stellen; insbesondere darf es bei Wahlparadoxien aufgrund etwaiger Regelungen des Wahlverfahrens trotz Erreichen einer Mehrheit zur Ablehnung aller Anträge kommen.

### §3.9 Geheime Wahlen und Abstimmungen

- (1) **Verwendung einer Wahlurne** Die Stimmabgabe bei geheimen Wahlen und geheimen Abstimmungen findet niemals online statt, sondern ausschließlich durch Zutritt an einer oder mehreren über das Gebiet der jeweiligen Gliederung verteilten Wahlurnen.
- (2) **Öffentlichkeit der Wahl** Die Wahlurnen sind bis zu ihrer Leerung ununterbrochen öffentlich beobachtbar und müssen vor jedem Einsatz von den Personen, die an der Versammlung teilnehmen, auf korrekten Zustand hin überprüft werden können; der Stimmzetteleinwurf sowie die Leerung der Wahlurnen und die Auszählung der Stimmzettel erfolgt öffentlich, so dass eine Überprüfung der korrekten Durchführung der Wahl durch die Teilnehmer möglich ist.
- (3) **Hilfsmittel bei der Auszählung** Hilfsmittel zur Auszählung geheimer Wahlen sind zulässig, sofern das Ergebnis durch die teilnehmenden Personen überprüft werden kann.

### §3.10 Akkreditierung

- (1) **Öffentlichkeit der Akkreditierung** Die Akkreditierung erfolgt ausschließlich auf öffentlichen Veranstaltungen, zu denen räumlich und zeitlich zusammengetreten wird und ein Vorstand durch Veröffentlichung im Ankündigungsregister nach §4.3 zum Zweck der Akkreditierung eingeladen hat; die Einladung ist mindestens 28 Tage vor Beginn der Veranstaltung zu veröffentlichen, so dass gemäß §4.3 (4) die Einladung mindestens 14 Tage vor Beginn der Veranstaltung als dem Mitglied zugegangen gilt.
- (2) **Zuständigkeit für die Akkreditierung** Auf einer Veranstaltung im Sinne von (1) werden ausschließlich Mitglieder akkreditiert, die der Gliederung angehören, deren Vorstand zu der Versammlung geladen hat, sowie beitreten Personen, die dieser Gliederung nach der Aufnahme angehören würden.
- (3) **Leitung der Akkreditierungsveranstaltung** Eine Veranstaltung im Sinne von (1) wird durch eine vom Vorstand beauftragte Person geleitet.
- (4) **Ablauf der Akkreditierung** Ein Mitglied oder eine beitreten Person wird akkreditiert, indem das Mitglied oder die beitreten Person gegenüber den bei der Veranstaltung Anwesenden mit bürgerlichem Namen persönlich vorgestellt wird und  
den bürgerlichen Namen und den Hauptwohnsitz gegenüber einer beauftragten Person des Vorstands nachweist;  
bei Personen ohne Hauptwohnsitz kann an diese Stelle ein Eintrag in ein Wahlregister der Bundesrepublik Deutschland treten.

**(5) Gültigkeit und Erneuerung der Akkreditierung** Die Akkreditierung gilt für alle Versammlungen der Partei und Untergliederungen, berechtigt jedoch alleine noch nicht zur Teilnahme; die Gültigkeit der Akkreditierung endet nach 500 Tagen und kann frühestens nach 180 Tagen erneuert werden.

**(6) Häufigkeit der Akkreditierungsveranstaltungen** Jede Gliederung, für deren Tätigkeitsgebiet nicht überall Untergliederungen gebildet wurden, führt mindestens alle 100 Tage eine Veranstaltung zur Akkreditierung durch.

**(7) Protokollierung der Akkreditierung** Über die Akkreditierungsveranstaltung ist durch die vom Vorstand beauftragte Person ein Protokoll anzufertigen, welches eine Liste aller auf dieser Veranstaltung akkreditierten Personen enthält und im Ankündigungsregister veröffentlicht wird.

## **§4 Informationspflichten**

### **§4.1 Öffentlichkeit, Menschen- und Maschinenlesbarkeit**

**(1) Öffentlichkeit** Die Partei gestaltet ihre politische Arbeit öffentlich und nachvollziehbar.

**(2) Öffentliche Verzeichnisse** Hierzu werden, neben den in §3 getroffenen Regelungen zur öffentlichen Arbeitsweise, insbesondere die folgenden Verzeichnisse durch die Partei öffentlich geführt und können von der allgemeinen Öffentlichkeit online sowohl menschen- als auch maschinenlesbar abgefragt werden:

das öffentliche Mitgliederverzeichnis,

das Ankündigungsregister,

das Beschlussregister,

das Organisationsverzeichnis und

das Finanzregister.

### **§4.2 Öffentliches Mitgliederverzeichnis**

**(1) Öffentliches Mitgliederverzeichnis** Die Partei veröffentlicht in einem öffentlichen Mitgliederverzeichnis wer Mitglied der Partei ist.

**(2) Öffentliche Mitgliederdaten** Im öffentlichen Mitgliederverzeichnis werden folgende Daten erfasst und für die Dauer der Mitgliedschaft gespeichert und veröffentlicht:

- Bürgerlicher Name des Mitglieds,

- Postleitzahl und Ort,

- bestehende Mitgliedschaften in anderen Parteien und politisch tätigen Organisationen,

- Ämter in anderen Parteien und politisch tätigen Organisationen,
- Mandate in Parlamenten, Verwaltungen, Stiftungen und Beiräten,
- Kennzeichnung, ob eine Einschränkung im aktiven oder passiven Wahlrecht besteht,
- Mitgliedsnummer,
- Untergliederungen, in denen das Mitglied stimmberechtigt ist,
- Datum der Bewerbung um die Parteimitgliedschaft,
- Datum der Aufnahme in die Partei,
- Datum, Uhrzeit und Veranstaltungsort der letzten Akkreditierung des Mitglieds,
- Datum des Endes der Mitgliedschaft
- auf Verlangen des Mitglieds Kontaktmöglichkeiten,
- auf Verlangen des Mitglieds eine persönliche Stellungnahme des Mitglieds.

### **§4.3 Ankündigungsregister**

**(1) Ankündigungsregister** Die Partei betreibt online ein Ankündigungsregister, über das die Vorstände aller Gliederungen und von denen beauftragte Personen wichtige Ankündigungen für Mitglieder verbreiten.

**(2) Arten von Ankündigungen** Folgende Arten von Ankündigungen werden über das Ankündigungsregister verbreitet:

Einladungen zu Tagungen der Organe,

Einladungen zu Akkreditierungsveranstaltungen,

Beantragte Mitgliedschaften,

Protokolle der Organe,

Protokolle der Akkreditierungsveranstaltungen,

Austritte durch erheblichen Verzug bei der Beitragszahlung nach §5.3(2),

Ankündigungen von Urabstimmungen nach §6.3(15).

**(3) Weitere Arten von Ankündigungen** Weitere Arten der Ankündigung sind nur auf Beschluss der jeweiligen Mitgliederversammlung zulässig.

**(4) Zustellzeitpunkt von Ankündigungen** Ankündigungen der Vorstände gelten 14 Tage nach Veröffentlichung im Ankündigungsregister als den Mitgliedern der jeweiligen Gliederung zugegangen.

**(5) Dauerhafte Veröffentlichung von Protokollen** Protokolle der Organe werden durch die Partei dauerhaft gespeichert und dauerhaft veröffentlicht.

#### **§4.4 Beschlussregister**

**(1) Öffentlichkeit von Beschlüssen** Alle Organe der Gliederungen veröffentlichen alle Anträge, die gestellt werden und

die Beschlussfassung über diese

in einem zentralen Beschlussregister.

**(2) Entscheidungsdaten** Für Veröffentlichungen im Sinne von (1) werden folgenden Daten erfasst, dauerhaft gespeichert und dauerhaft veröffentlicht:

Gliederung,

Organ,

Datum der Antragstellung,

antragstellende Person,

Beschlusstext im Wortlaut,

Zeitpunkt der Beschlussfassung oder -ablehnung,

Dauer der Gültigkeit oder Anwendbarkeit als Endzeitpunkt oder -bedingung,

Kennzeichen, ob der Beschluss noch gültig ist, ggf. mit Verweis auf Aufhebungsbeschluss,

das Abstimmungsverhalten unter Angabe des Namens und der Mitgliedsnummer außer bei Beschlüssen im Sinne von §3.3 (3),

sofern vorhanden das Unterstützungs- und Bewertungsverhalten des Antrags und zugehöriger Änderungsvorschläge unter Angabe des Namens und der Mitgliedsnummer,

bei Verwendung von Delegationen gemäß §3.2 die entsprechenden Verknüpfungen zwischen den beteiligten Mitgliedern,

auf Verlangen eines Abstimmenden eine persönliche Stellungnahme außer bei Beschlüssen im Sinne von §3.3 (3).

**(3) Gültigkeit von Vorstandsbeschlüssen** Beschlüsse der Vorstände der Gliederungen werden grundsätzlich erst mit der vollständigen Veröffentlichung im Beschlussregister gültig; Ausnahmen hiervon sind nur durch diese Satzung zulässig.

**(4) Sofortige Gültigkeit von Vorstandsbeschlüssen** Der Vorstand einer Gliederung kann mittels Mehrheitsbeschluss einen Beschluss mit sofortiger Wirkung für gültig erklären, wenn eine Veröffentlichung im Beschlussregister nicht möglich ist und nur so ein Schaden von der Partei

abgewendet werden kann; der Beschluss, einen Beschluss mit sofortiger Wirkung für gültig zu erklären, ist mit sofortiger Wirkung gültig.

**(5) Veröffentlichung sofort gültiger Vorstandsbeschlüsse** Der Beschluss, einen Beschluss mit sofortiger Wirkung für gültig zu erklären, und der mit sofortiger Wirkung für gültig erklärte Beschluss werden unverzüglich im Beschlussregister unter Angabe des abzuwendenden Schadens veröffentlicht.

#### **§4.5 Organisationsverzeichnis**

**(1) Organisationsverzeichnis** Die Partei veröffentlicht die personelle Organisationsstruktur der Partei in einem Organisationsverzeichnis.

**(2) Inhalt des Organisationsverzeichnis** Im Organisationsverzeichnis wird durch den Vorstand jeder Gliederung verzeichnet, welche Ämter der Gliederung mit welchen Mitgliedern besetzt sind,

welche Mandate in Parlamenten, Verwaltungen, Stiftungen und Beiräten mit welchen Mitgliedern der Partei besetzt sind und

welche Beauftragungen der Vorstand ausgesprochen hat und wer das beauftragte Mitglied oder die beauftragte Person ist.

#### **§4.6 Finanzregister**

**(1) Finanzregister** Die Partei veröffentlicht die Herkunft und Verwendung ihrer Mittel sowie Informationen über ihr Vermögen in einem Finanzregister.

#### **§4.7 Verschlussachen**

**(1) Verschlussachen** Der Vorstand einer Gliederung kann beschließen, Sachverhalte zur Verschlussache zu erklären.

**(2) Öffentlichkeit des Verschlusses** Beschlüsse einen Sachverhalt zur Verschlussache zu erklären, werden im Beschlussregister der Partei veröffentlicht.

**(3) Daten zu Verschlussbeschlüssen** Zu jedem Beschluss über den Verschluss eines Sachverhalts werden im Beschlussregister abweichend von §4.4 (2) folgende Daten erfasst, dauerhaft gespeichert und dauerhaft veröffentlicht:

Gliederung,

Organ,

Abstrahierte Beschreibung des Sachverhaltes,

Grund für den Verschluss,  
Kreis der Berechtigten,  
Zeitpunkt der Beschlussfassung über den Verschluss,  
Dauer des Verschlusses als Endzeitpunkt oder -bedingung,  
das Abstimmungsverhalten unter Angabe des Namens und der Mitgliedsnummer,  
auf Verlangen eines Abstimmenden eine persönliche Stellungnahme.

**(4) Zugang zu Verschlussachen** Jedem Mitglied des Vorstands, der einen Sachverhalt zur Verschlussache erklärt hat, sowie jedem Mitglied eines Vorstands einer übergeordneten Gliederung ist auf Verlangen Einsicht in die zur Verschlussache erklärten Sachverhalte zu gewähren.

**(5) Ende des Verschlusses** Der Verschluss eines Sachverhaltes endet:  
mit dem Eintreten des im Beschlussregister veröffentlichten Endzeitpunktes des Verschlusses,  
mit dem Eintreten der im Beschlussregister veröffentlichten Endbedingung des Verschlusses,  
auf Beschluss mit einfacher Mehrheit des Organs, dass den Sachverhalt zur Verschlussache erklärt hat oder  
auf Beschluss mit einfacher Mehrheit des Vorstands einer übergeordneten Gliederung,  
je nachdem was zuerst eintritt.

**(6) Nichtveröffentlichung verschlossener Beschlüsse** Beschlüsse, die zur Verschlussache erklärt wurden, werden nicht im Beschlussregister nach §4.4 erfasst und werden abweichend von §4.4 (3) gültig, sobald die Beschlussfassung über die Erklärung zur Verschlussache im Beschlussregister veröffentlicht wurde.

**(7) Veröffentlichung von Beschlüssen nach Ende des Verschlusses** Sobald der Verschluss eines Beschlusses endet, wird dieser unverzüglich im Beschlussregister veröffentlicht.

#### **§4.8 Depublikation und Löschung von Daten und Inhalten**

**(1) Grundsätzlich keine Depublikation und Löschung** Von der Partei dauerhaft veröffentlichte Daten und Inhalte werden grundsätzlich nicht depubliziert oder gelöscht.

**(2) Depublikation bei Verstoß gegen den Zweck** Daten und Inhalte nach (1), die sich gegen den Zweck der Partei des §2 richten, werden auf Beschluss eines Vorstands, der für die Veröffentlichung zuständig ist, depubliziert, wenn nur so ein Schaden von der Partei abgewendet werden kann.

**(3) Depublikation bei Verstoß gegen höheres Recht** Daten und Inhalte nach (1), deren Veröffentlichung gegen geltendes Recht verstößt, werden auf Beschluss des Vorstands depubliziert,

der für deren Veröffentlichung zuständig ist, oder auf Beschluss eines Vorstands einer übergeordneten Gliederung.

**(4) Löschung bei Verstoß gegen höheres Recht** Daten und Inhalte nach (1), deren Besitz gegen geltendes Recht verstößt, werden auf Beschluss des Vorstands gelöscht, der für deren Veröffentlichung zuständig ist, oder auf Beschluss eines Vorstands einer übergeordneten Gliederung.

**(5) Löschung und Depublikation ohne Beschluss** Wenn Daten oder Inhalte nach (1) ohne vorherigen Beschluss eines Vorstands gelöscht oder depubliert werden, wird dieser Vorgang dennoch unverzüglich im Beschlussregister durch den Vorstand der untergeordnetsten zuständigen Gliederung veröffentlicht, sofern der Sachverhalt nicht gemäß §4.7 zur Verschlussache erklärt wird.

## **§5 Mitgliedschaft**

### **§5.1 Bedingungen für den Beitritt**

**(1) Bedingungen für den Beitritt** Mitglied der Partei kann jede natürliche Person werden, die entweder ihren Hauptwohnsitz in der Bundesrepublik Deutschland hat oder

einen Eintrag in ein Wahlregister in der Bundesrepublik Deutschland nachweisen kann oder die deutsche Staatsbürgerschaft hat

und die

das 18. Lebensjahr vollendet hat oder die Zustimmung des Erziehungsberechtigten vorliegt und mindestens das 16. Lebensjahr erreicht und

die Satzung anerkennt.

**(2) Mitgliedschaft in anderen Organisationen** Die Mitgliedschaft in der Partei steht grundsätzlich auch Mitgliedern anderer Organisation und Mitgliedern anderer politisch tätigen Organisation offen; die bestehende oder ehemalige Mitgliedschaft in solchen ist mit dem Antrag auf Mitgliedschaft anzuzeigen, sofern diese nicht länger als 10 Jahre zurückliegen.

Wer sich in bereits in einer politischen Partei befindet darf nicht in diese Partei eintreten oder dieser beitreten.

**(3) Unvereinbarkeit** Die Mitgliedschaft in der Partei ist unvereinbar mit der Mitgliedschaft in einer Partei oder Organisation, deren Ziele nicht mit dem in §2 aufgeführten Zweck vereinbar sind.

**(4) Mitgliederversammlung entscheidet über Unvereinbarkeit** Die Mitgliederversammlung entscheidet darüber, bei welchen Parteien oder Organisationen eine Unvereinbarkeit entsprechend (3) gegeben ist.

### **§5.2 Beitritt der Aufnahme**



**(1) Antrag auf Mitgliedschaft** Die Mitgliedschaft in der Partei wird durch Erklärung gegenüber dem Vorstand der untergeordnetsten Gliederung beantragt, in dessen Tätigkeitsgebiet die beitretende Person den Hauptwohnsitz hat. Nur wenn der Vorstand den Tätigkeitsbereich verlegt kann diese Person oder soll dort die parteiliche Arbeit ausüben, kann aber auch im Heimatort das gleiche immer noch tun.

**(2) Veröffentlichung des Mitgliedsantrags** Der Antrag auf Mitgliedschaft wird durch diesen Vorstand im Ankündigungsregister nach §4.3 unter Angabe folgender Daten veröffentlicht:

Bürgerlicher Name,

PLZ und Wohnort,

Gliederungen, denen die beitretende Person als Mitglied angehören würde,

bestehende und ehemalige Mitgliedschaften in anderen Parteien und politisch tätigen Organisationen entsprechend §5.1(2),

Hinweis, ob eine Einschränkung im aktiven oder passiven Wahlrecht besteht,

auf Verlangen der beitretenden Person Kontaktmöglichkeiten und

auf Verlangen der beitretenden Person eine persönliche Stellungnahme.

**(3) Beschluss über die Aufnahme eines Mitglieds** Frühestens 90 Tage nach Veröffentlichung des Mitgliedsantrags gemäß (2) beschließt die Mitgliederversammlung der untergeordnetsten Gliederung, in deren Tätigkeitsgebiet die beitretende Person den Hauptwohnsitz hat, in geheimer Abstimmung über die Aufnahme in die Partei, wenn der jeweilige Vorsitzende es nicht schon beschlossen hat. Der Bundesvorsitzende sowie der Vorsitzende vor Ort kann darüber entscheiden und des Landes. Zur Hilfe dürfen die stellvertretende Vorsitzenden auch über dies entscheiden, die für diese Person im Ortsvorstand sind oder übergeordnet.

**(4) Untätigkeit beim Beschluss über die Aufnahme eines Mitglieds** Entscheidet eine Mitgliederversammlung nicht innerhalb von 300 Tagen nach Antragsstellung über die Aufnahme einer Person, dann entscheidet die Mitgliederversammlung der übergeordneten Gliederung in geheimer Abstimmung.

**(5) Beginn der Mitgliedschaft** Die Mitgliedschaft beginnt mit dem Beschluss über die Aufnahme,

zum Zeitpunkt der Entrichtung des ersten Mitgliedsbeitrags oder

mit der Akkreditierung der beitretenden Person im Sinne des §3.10

je nachdem was zuletzt erfolgt.

**(6) Mitgliedschaft in der Partei** Die Mitgliedschaft wird direkt bei der Partei erworben.

**(7) Mitgliedschaft in Untergliederungen** Ein Mitglied gehört außerdem allen Untergliederungen an, in deren Tätigkeitsbereich es den Hauptwohnsitz hat bzw., sofern es keinen

Hauptwohnsitz hat, es eine Eintragung ins Wahlregister nachweist.

**(8) Recht des Bundesvorsitzenden** Der Bundesvorsitzende darf frei darüber entscheiden ob ein Mitglied aufgenommen wird oder nicht und muss sich nicht an Wartezeiten halten sondern kann dies sofort nachdem der Mitgliedsantrag von der jeweiligen Person unterschrieben wurde. Er muss sich nicht an die Punkte 1-7 im §5.2 halten, dies gilt für vom Ihm ausgewählten stellvertretende Vorsitzenden.

### **§5.3 Ende der Mitgliedschaft**

**(1) Ende der Mitgliedschaft** Die Mitgliedschaft in der Partei endet durch Tod,

Erklärung des Austritts gegenüber eines Vorstands einer Gliederung in Textform,

Austritt durch erheblichen Verzug bei der Beitragszahlung oder

Ausschluss.

**(2) Beendigung der Mitgliedschaft durch erheblichen Verzug bei der Beitragszahlung**

Befindet sich ein Mitglied mit dem Mitgliedsbeitrages nach der Beitragsordnung in einem erheblichen Verzug von mehr als einem Jahr trotz wiederholter schriftlicher Aufforderung zum Ausgleich des Beitragskontos mit Ankündigung der Konsequenz der Pflichtverletzung, kann der Vorstand der untergeordnetsten Gliederung den Austritt durch Beschluss feststellen; dieser Beschluss wird erst gültig, wenn er im Ankündigungsregister veröffentlicht wurde und das Mitglied innerhalb von 8 Wochen nach der Veröffentlichung in diesem keinen Widerspruch beim zuständigen Schiedsgericht einlegt.

**(3) Feststellung des Endes der Mitgliedschaft** Das Ende der Mitgliedschaft wird durch den Vorstand der untergeordnetsten Gliederung festgestellt, dem das Mitglied angehörte.

**(4) Mitgliedsbeiträge bei Ende der Mitgliedschaft** Bereits geleistete Mitgliedsbeiträge werden bei Ende der Mitgliedschaft nicht erstattet.

### **§5.4 Rechte und Pflichten der Mitglieder**

**(1) Recht zur Meinungs- und Willensbildung** Jedes Mitglied hat das Recht sich in die Meinungs- und Willensbildung der Partei einzubringen.

**(2) Pflichten bei der Meinungs- und Willensbildung** Das Mitglied ist bei der Ausübung der Rechte aus (1) verpflichtet

nicht entgegen dem Zweck der Partei im Sinne des §2 zu handeln und

die Grundsätze der Zusammenarbeit im Sinne des §3 zu beachten.

**(3) Verbot von Diskriminierung** Jedes Mitglied hat die Pflicht, Menschen nicht im Sinne des §2 (1) zu diskriminieren.

**(4) Verbot bestimmter Ideologien und Verbot Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit** Mitglieder dürfen keine faschistischen, rassistischen oder nationalistischen Ideologien verbreiten und keine Handlungen vollziehen oder Äußerungen tätigen, die Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit zuzuordnen sind.

**(5) Pflichten aus den Grundsätzen der Zusammenarbeit** Jedes Mitglied hat die Pflicht, nicht entgegen der Regelungen des §3.4 und, sofern anwendbar, nicht entgegen der Regelungen des §3.5 und §3.6 zu handeln.

**(6) Pflicht zur selbständigen Information** Jedes Mitglied hat die Pflicht sich regelmäßig und selbstständig im Ankündigungsregister im Sinne des §4.3 über die Ankündigungen der Gliederungen, denen es angehört, zu unterrichten.

**(7) Pflicht zur Akkreditierung** Jedes Mitglied ist verpflichtet, sich rechtzeitig vor Ablauf der Akkreditierung erneut auf einer Akkreditierungsveranstaltung zu akkreditieren; Mitglieder ohne gültige Akkreditierung verlieren vorübergehend, bis zur erneuten Akkreditierung, die Rechte aus (1).

**(8) Anzeigepflichten Mitglieder haben die Pflicht, unverzüglich und unaufgefordert dem Vorstand der untergeordnetsten Gliederung, in deren Tätigkeitsgebiet sie den Hauptwohnsitz haben, folgenden Daten anzuzeigen:**

Änderungen der Mitgliedschaften in anderen Parteien oder politisch tätigen Organisationen,

Ausgeübte Ämter und Mandate im Zusammenhang mit anderen Parteien und Organisationen, einschließlich Mandaten in Parlamenten,

Änderungen des Hauptwohnsitzes oder der Eintragung in ein Wahlregister,

Änderungen des Mitgliedsbeitrags, der sich aus der Beitragsordnung ergibt, und

das Bestehen einer Einschränkung im aktiven oder passiven Wahlrecht oder die Wiedererlangung des aktiven oder passiven Wahlrechts.

**(9) Pflicht zur Beitragszahlung** Jedes Mitglied ist verpflichtet, den Mitgliedsbeitrag entsprechend den Regelungen der Beitragsordnung zu entrichten; Mitglieder die mit ihren Beitragszahlungen in Verzug sind verlieren, solange wie sie in Verzug sind, die Rechte aus (1).

## **§5.5 Fördermitgliedschaft**

**(1) Unterstützung der Ziele durch Fördermitgliedschaft** Die Partei kann Fördermitglieder aufnehmen, welche die Ziele der Partei durch eine Fördermitgliedschaft unterstützen wollen.

**(2) Fördermitglieder sind keine Mitglieder** Fördermitglieder sind keine Mitglieder im Sinne dieser Satzung und haben insbesondere kein Recht sich in die Meinungs- und Willensbildung der Partei einzubringen und nehmen nicht an Wahlen und Abstimmungen teil.

**(3) Aufnahme von Fördermitgliedern** Über die Aufnahme von Fördermitgliedern entscheidet der Vorstand der untergeordnetsten Gliederung, in deren Gebiet das Fördermitglied seinen Wohnsitz hat; bei Fördermitgliedern, die ihren Wohnsitz außerhalb des Tätigkeitsgebiets der Partei haben, entscheidet der Vorstand der Partei oder der Landesvorstand oder der Bundesvorstand.

**(4) Ausschluss von Fördermitgliedern** Fördermitglieder können jederzeit auf Beschluss des Vorstands oder der Mitgliederversammlung der untergeordnetsten Gliederung, in deren Gebiet das Fördermitglied den Wohnsitz hat, oder auf Beschluss eines Vorstands oder der Mitgliederversammlung einer übergeordneten Gliederung ausgeschlossen werden; der Ausschluss muss nicht begründet werden.

## §6 Struktur

### §6.1

**(1) Gliederung** Die Parteigliederung orientiert sich an der politischen Verwaltungsstruktur der Bundesrepublik Deutschland.

**(2) Untergliederung Die Partei als höchste Gliederung kann folgende Untergliederungen bilden:**

Landesverbände innerhalb der Grenzen der Bundesländer,

Bezirksverbände innerhalb der Grenzen der Verwaltungsbezirke,

Kreisverbände innerhalb der Grenzen der Kreise und

Ortsverbände innerhalb der Grenzen der freien Städte und Ortschaften.

**(3) Tätigkeitsgebiet von Untergliederungen** Das Tätigkeitsgebiet einer Untergliederung ist das Gebiet der politischen Verwaltungsstruktur, für die sie gegründet wurde.

**(4) Ordnung von Gliederungen** Eine Gliederung ist allen Gliederungen übergeordnet, deren Tätigkeitsgebiete in ihrem Tätigkeitsgebiet liegen; eine Gliederung ist allen Gliederungen untergeordnet, in deren Tätigkeitsgebieten ihr Tätigkeitsgebiet liegt.

**(5) Satzungsverbot für Untergliederungen** Untergliederungen geben sich keine eigene Satzung; sie handeln nach dieser Satzung.

**(6) Einberufung der Gründungsversammlung einer Untergliederung** Eine Mitgliederversammlung im Sinne von §6.3 (12) zur Gründung einer Untergliederung wird vom Vorstand der übergeordneten Gliederung innerhalb von 90 Tagen einberufen, wenn die übergeordnete Gliederung bereits gegründet wurde,

mindestens 100 Mitglieder ihren Hauptwohnsitz innerhalb der Grenzen der Verwaltungsstruktur haben, in der die Untergliederung gegründet werden soll und

mindestens 50 Mitglieder, die den Hauptwohnsitz in den Grenzen der politischen Verwaltungsgliederung haben, für die eine Untergliederung gegründet werden soll, dies unter Vorlage einer Tagesordnung verlangen.

**(7) Änderungen der politischen Verwaltungsstruktur** Bei Änderungen der politischen Verwaltungsstruktur der Bundesrepublik Deutschland werden die Tätigkeitsgebiete der betroffenen Untergliederungen einschließlich der sich aus [§5.2 \(7\)](#) ergebenden Mitgliedschaften automatisch angepasst; bei Teilung oder Zusammenlegung sind die Untergliederungen ebenfalls anzupassen; die Mitgliederversammlungen der betroffenen Untergliederungen müssen bei Teilung oder Zusammenlegung über das Vorgehen innerhalb von 6 Monaten Beschluss fassen.

## §6.2 Organe

**(1) Organe Die Partei hat folgende Organe:**

Mitgliederversammlung,

Vorstand,

Schiedsgericht;

die Partei kann Gebietsversammlungen als weitere Organe einberufen.

**(2) Organe der Untergliederungen Jede Untergliederung hat folgende Organe:**

Mitgliederversammlung und

Vorstand;

alle Landesverbände haben weiterhin ein  
Schiedsgericht

als Organ; alle Untergliederungen können Gebietsversammlungen als weitere Organe einberufen.

## §6.3 Mitgliederversammlung

**(1) Höchstes Organ** Das oberste Organ einer Gliederung ist die Mitgliederversammlung.

**(2) Öffentlichkeit der Mitgliederversammlung** Die Mitgliederversammlung tagt öffentlich.

**(3) Grundsätze der Mitgliederversammlung** Die Mitgliederversammlung betreibt die Meinungs- und Willensbildung nach den Grundsätzen der Partei im Sinne des [§3](#), insbesondere online, digital und asynchron im Sinne des [§3.1](#),

nach den Prinzipien der Liquid Democracy im Sinne des [§3.2](#), außer bei geheimen Wahlen und Abstimmungen im Sinne des [§3.3\(3\)](#),

unter Übernahme persönlicher Verantwortung im Sinne des [§3.3](#),

mit den notwendigen Mehrheiten bei Abstimmungen und Wahlen nach [§3.7](#),

bei Wahlen und Abstimmungen unter Einsatz eines Präferenzwahlverfahrens nach §3.8 und unter Beachtung der Regelungen zu geheimen Wahlen und Abstimmungen des §3.9.

**(4) Teilnehmer der Mitgliederversammlung** Teilnahme-, rede-, antrags- und stimmberechtigt ist jedes Mitglied, das der Gliederung angehört,

im Sinne des §3.10 akkreditiert ist und

das Stimmrecht nicht durch Zahlungsverzug verloren hat.

**(5) Einberufung der Mitgliederversammlung** Zur nach §3.1 (2) und (3) ständig online tagenden Mitgliederversammlung sowie zu räumlichen und zeitlichen Zusammentritten nach §3.1 (6) und (7) lädt der Vorstand der Gliederung per Veröffentlichung im Ankündigungsregister nach §4.3 mindestens 28 Tage vor Beginn der Tagung bzw. des Zusammentritts ein, so dass gemäß §4.3 (4) die Einladung mindestens 14 Tage vor Beginn der Tagung bzw. des Zusammentritts als dem Mitglied zugegangen gilt; Neumitglieder haben sich selbständig im Ankündigungsregister über bereits tagende oder geladene Mitgliederversammlungen zu informieren.

**(6) Rechte der Mitgliederversammlung** Die Mitgliederversammlung beschließt über sämtliche Belange der Gliederung.

**(7) 2/3-Mehrheit in der Mitgliederversammlung** Entscheidungen der Mitgliederversammlung der Partei oder einer Untergliederung über das Programm,

die Auflösung und

die Verschmelzung

der jeweiligen Gliederung sowie Entscheidungen der Mitgliederversammlung der Partei über die Satzung, einschließlich des Zwecks,

die Beitragsordnung,

die Finanzordnung und

die Schiedsgerichtsordnung

werden mit 2/3-Mehrheit getroffen; alle anderen Entscheidungen werden mit einfacher Mehrheit getroffen.

**(8) Wahlen zu Ämtern** Die Mitgliederversammlung wählt:

mindestens drei Mitglieder der Partei, die das Präsidium der Mitgliederversammlung bilden,

mindestens ein Mitglied der Partei als Wahlleitung für die Durchführung der Stimmabgabe und Auszählung bei geheimen Wahlen und Abstimmungen im Sinne des §3.3(3),

den Vorstand der Gliederung,

das Schiedsgericht der Gliederung und

mindestens zwei Mitglieder der Partei für die Rechnungsprüfung (Rechnungsprüfer) gemäß den Regelungen der Finanzordnung der Partei;

hierbei finden insbesondere die Regelungen des §3.3, §3.7, §3.8 und §3.9 Anwendung; das Präsidium, die Wahlleitung und die Rechnungsprüfer können von Mitgliedern anderer Gliederungen besetzt werden.

**(9) Reihenfolge bei gleichen Ämtern** Werden mehrere Personen für ein identisches Amt gewählt, so ist dabei eine eindeutige Reihenfolge der gewählten Kandidaten zu bestimmen.

**(10) Entgegennahme des Tätigkeitsberichts** Die Mitgliederversammlung nimmt den Tätigkeitsbericht des Vorstandes der Gliederung entgegen.

**(11) Entlastung des Vorstands** Die Mitgliederversammlung entscheidet über die Entlastung des Vorstandes der Gliederung.

**(12) Gründung einer Untergliederung** Die Mitgliederversammlung einer Untergliederung tritt erstmalig zusammen, um die Untergliederung zu gründen und dabei die Gründung durch folgende Handlungen zu vollziehen:

Aufnahme der ständigen Tagung,

Wahl einer Wahlleitung der Mitgliederversammlung,  
Wahl eines Präsidiums der Mitgliederversammlung,  
Wahl eines Vorstands,  
im Falle von Landesverbänden die Wahl des Schiedsgerichts,  
Wahl der Rechnungsprüfer,  
Beschluss einer Geschäftsordnung der Mitgliederversammlung und  
Beschluss eines Haushaltsplanes.

**(13) Inkrafttreten der Gründung** Die Gründung einer Untergliederung tritt in Kraft, sobald über jede der Handlungen nach (12) ein Protokoll im Beschlussregister nach §4.4 veröffentlicht ist und

über jede der Handlungen nach (12) ein urschriftliches Protokoll an den Vorstand der übergeordneten Gliederung übergeben wurde.

**(14) Bestätigung bestimmter Beschlüsse** Beschlüsse, die den Namen, den Sitz oder das Tätigkeitsgebiet im §1 ändern, den Zweck im §2 ändern,

die Grundsätze der Zusammenarbeit im §3 ändern oder die Regelungen zur Mitgliederversammlung im §6.3 ändern

werden erst dann gültig, wenn sie durch einen weiteren gleichlautenden Beschluss mit 2/3-Mehrheit bestätigt werden, der frühestens 4 Wochen, spätestens jedoch 12 Wochen nach dem ersten Beschluss gefasst wurde und

der erste Beschluss zwischenzeitlich nicht durch einen Beschluss mit einfacher Mehrheit der Mitgliederversammlung der Gliederung aufgehoben wurde.

**(15) Auflösung und Verschmelzung** Beschlüsse, die über eine Auflösung oder Verschmelzung entscheiden, werden erst gültig, wenn diese im Wortlaut durch eine Urabstimmung der Mitglieder, die der betroffenen Gliederung angehören, mit 2/3-Mehrheit bestätigt wurden; die Urabstimmung findet als namentliche Abstimmung gemäß §3.3 im Rahmen der ständig online tagenden Mitgliederversammlung statt, wobei insbesondere die Regelungen des §3.7 (4) und §6.3 (3) Anwendung finden; auf die Urabstimmung ist mindestens 4 und maximal 12 Wochen vor Abstimmungsende im Ankündigungsregister hinzuweisen.

**(16) Versammlungsleitung durch das Präsidium** Die Mitgliederversammlung wird durch das Präsidium geleitet.



- (17) Entscheidungen des Präsidiums bei Uneinigkeit** Bei Uneinigkeit der Mitglieder des Präsidiums entscheidet das Mitglied, welches das Amt länger ununterbrochen inne hat; ist ein solches Mitglied zeitgleich mit einem anderen Mitglied in das Versammlungsamt gewählt worden, dann entscheidet das bei dieser Wahl nach (9) zuerst platzierte Mitglied.
- (18) Unterstützung des Präsidiums** Das Präsidium kann Personen bestellen, die im Auftrag des Präsidiums tätig werden können.
- (19) Zusammensetzung des Präsidiums** Die Mitgliederversammlung kann das Präsidium jederzeit durch Neuwahl des Präsidiums oder durch Wahl weiterer Mitglieder oder durch Abwahl von Mitgliedern in der Zusammensetzung ändern.
- (20) Amtszeit der Mitglieder des Präsidiums** Die Amtszeit eines Mitglieds des Präsidiums endet mit der Neuwahl des Präsidiums,  
mit der Abwahl eines einzelnen Präsidiumsmitglieds,  
durch Rücktritt,  
durch Aberkennung der Fähigkeit Partei- und Versammlungsämter zu bekleiden oder  
durch Ende der Mitgliedschaft.
- (21) Pflicht zur Wahl neuer Präsidiumsmitglieder** Fällt die Zahl der Mitglieder im Präsidium unter eine Anzahl von 3, dann muss die Mitgliederversammlung entweder unverzüglich weitere Präsidiumsmitglieder wählen oder unverzüglich das gesamte Präsidium neu wählen; ein unterbesetztes Präsidium kann dennoch handlungsfähig sein und die zugewiesenen Aufgaben auch bis zur Wahl weiterer Präsidiumsmitglieder bzw. bis zur Neuwahl wahrnehmen.
- (22) Notleitung** Ist das Präsidium handlungsunfähig, dann übernimmt bis zur Wahl eines neuen Präsidiums der Vorstand der Gliederung behelfsweise die Aufgaben des Präsidiums; ist der Vorstand dieser Gliederung handlungsunfähig, dann übernimmt der Vorstand der nächsten übergeordneten handlungsfähigen Gliederung behelfsweise die Aufgaben des Präsidiums.
- (23) Wahlleitung** Die Stimmabgabe und Auszählung bei geheimen Wahlen und geheimen Abstimmungen wird durch die Wahlleitung geleitet; existiert noch keine Wahlleitung oder sind alle Mitglieder der Wahlleitung entsprechend (27) befangen, dann wird diese Aufgabe vom Präsidium übernommen.
- (24) Entscheidungen der Wahlleitung bei Uneinigkeit** Bei Uneinigkeit der Mitglieder der Wahlleitung entscheidet das Mitglied, welches das Amt länger ununterbrochen inne hat; ist ein solches Mitglied zeitgleich mit einem anderen Mitglied in das Versammlungsamt gewählt worden, dann entscheidet das bei dieser Wahl nach (9) zuerst platzierte Mitglied.
- (25) Unterstützung der Wahlleitung** Die Wahlleitung kann Personen bestellen, welche die Wahlleitung bei der Ausführung ihrer Tätigkeiten unterstützen können.
- (26) Zusammensetzung der Wahlleitung** Die Mitgliederversammlung kann die Wahlleitung jederzeit durch Neuwahl der Wahlleitung oder durch Wahl weiterer Mitglieder oder durch Abwahl von Mitgliedern in der Zusammensetzung ändern.

**(27) Befangenheit der Wahlleitung** Ein Mitglied kann weder an der Leitung eines Wahlgangs beteiligt sein, bei dem es selbst zur Wahl oder Abwahl steht, noch für die Unterstützung der Wahlleitung bei einem Wahlgang bestellt sein, bei dem es selbst zur Wahl oder Abwahl steht.

**(28) Amtszeit der Mitglieder der Wahlleitung** Die Amtszeit eines Mitglieds der Wahlleitung endet

mit der Neuwahl der Wahlleitung,

mit der Abwahl eines einzelnen Mitglieds der Wahlleitung,

durch Rücktritt,

durch Aberkennung der Fähigkeit Partei- und Versammlungsämter zu bekleiden oder

durch Ende der Mitgliedschaft.

**(29) Protokoll der ständigen Tagung** Von der ständigen Tagung fertigt das Präsidium monatlich ein Protokoll über die Beschlüsse der Versammlung an, das durch zwei Mitglieder des Präsidiums oder durch ein Mitglied des Präsidiums und ein Mitglied des Vorstands der Gliederung unterzeichnet wird.

**(30) Protokoll von räumlichen und zeitlichen Zusammentritten** Von einem räumlichen und zeitlichen Zusammentritt wird durch das Präsidium ein Protokoll angefertigt, das durch zwei Mitglieder des Präsidiums oder durch ein Mitglied des Präsidiums und ein Mitglied des Vorstands der Gliederung unterzeichnet wird.

**(31) Protokoll über die Stimmabgabe bei geheimen Wahlen und Abstimmungen** Über die Stimmabgaben und Auszählungen bei geheimen Wahlen und geheimen Abstimmungen fertigt die Wahlleitung ein Protokoll an, das durch zwei Mitglieder unterschrieben wird, von denen mindestens eines Mitglied der Wahlleitung ist und ein weiteres unterschreibendes Mitglied entweder Mitglied der Wahlleitung, des Präsidiums oder des Vorstands der Gliederung ist.

#### **§6.4 Gebietsversammlungen**

**(1) Gebietsversammlungen für bestimmte Gebiete** Gebietsversammlungen sind Versammlungen aller Mitglieder die ihren Hauptwohnsitz in einem bestimmten Gebiet haben; bei Mitgliedern ohne Hauptwohnsitz tritt an diese Stelle ein vom Mitglied nachzuweisender Eintrag ins Wahlregister.

**(2) Zugehörigkeit von Gebietsversammlungen** Gebietsversammlungen sind Organe der untergeordnetsten Gliederung, deren Tätigkeitsgebiet das Gebiet vollständig umfasst.

**(3) Einberufung von Gebietsversammlungen** Gebietsversammlungen werden vom Vorstand der untergeordnetsten Gliederung einberufen, in deren Tätigkeitsgebiet sich das Gebiet vollständig befindet, wenn für das Gebiet noch keine eigene Untergliederung besteht und dies zur Aufstellung von Wahlvorschlägen erforderlich ist oder

die Mitgliederversammlung der untergeordnetsten Gliederung, in deren Tätigkeitsgebiet sich das Gebiet vollständig befindet, dies beschließt.

**(4) Öffentlichkeit der Gebietsversammlungen** Die Gebietsversammlungen einer Gliederung tagen öffentlich.

**(5) Grundsätze der Gebietsversammlungen** Die Meinungs- und Willensbildung in Gebietsversammlungen wird nach den Grundsätzen der Partei im Sinne des §3 betrieben, insbesondere

online, digital und asynchron im Sinne des §3.1,

nach den Prinzipien der Liquid Democracy im Sinne des §3.2, außer bei geheimen Wahlen und Abstimmungen im Sinne des §3.3 (3),

unter Übernahme persönlicher Verantwortung im Sinne des §3.3,

mit den notwendigen Mehrheiten bei Abstimmungen und Wahlen nach §3.7,

bei Wahlen und Abstimmungen unter Einsatz eines Präferenzwahlverfahrens nach §3.8 und

unter Beachtung der Regelungen zu geheimen Wahlen und Abstimmungen des §3.9.

**(6) Teilnehmer der Gebietsversammlungen** Teilnahme-, rede-, antrags- und stimmberechtigt ist jedes Mitglied, das

den Hauptwohnsitz in dem der Gebietsversammlung zugehörigen Gebiet hat,

im Sinne des §3.10 akkreditiert ist und

das Stimmrecht nicht durch Zahlungsverzug verloren hat;

bei Mitgliedern ohne Hauptwohnsitz tritt an diese Stelle ein vom Mitglied nachzuweisender Eintrag ins Wahlregister.

**(7) Rechte der Gebietsversammlungen** Gebietsversammlungen beschließen über die Aufstellung von Wahlvorschlägen dort wo dies erforderlich ist und können darüber hinaus politische Positionen erarbeiten, welche das jeweilige Gebiet betreffen.

**(8) Versammlungsleitung der Gebietsversammlungen** Gebietsversammlungen können eine eigene Versammlungsleitung wählen; ist keine selbst gewählte Versammlungsleitung im Amt, dann erfolgt die Leitung der Gebietsversammlungen entsprechend der Regeln des §6.3 (16) bis (22) durch das Präsidium der Mitgliederversammlung der Gliederung.

**(9) Wahlleitung der Gebietsversammlungen** Gebietsversammlungen können eine eigene Wahlleitung wählen; ist keine selbst gewählte Wahlleitung im Amt, dann erfolgt die Leitung

entsprechend der Regeln des §6.3 (23) bis (28) durch die Wahlleitung der Mitgliederversammlung der Gliederung.

**(10) Auflösung einer Gebietsversammlung** Eine Gebietsversammlung wird aufgelöst auf Beschluss mit einfacher Mehrheit der Mitgliederversammlung der Gliederung, auf Beschluss mit einfacher Mehrheit der Gebietsversammlung selbst, oder automatisch wenn eine Untergliederung nach §6.1 gegründet wurde, deren Tätigkeitsgebiet mit dem Gebiet der Gebietsversammlung identisch ist.

**(11) Protokolle der Gebietsversammlung** Die Sätze (29) bis (31) des §6.3 gelten auch für Gebietsversammlungen; an die Stelle des Präsidiums tritt hierbei ggf. die von der Gebietsversammlung gewählte Versammlungsleitung.

## **§6.5 Vorstand**

**(1) Aufgaben des Vorstands** Der Vorstand schafft die Voraussetzungen für Zusammentritte der Mitgliederversammlungen nach §3.1, einschließlich der Online-Zusammentritte, für die Gliederung, für die er gewählt wurde, und er führt die Geschäfte dieser Gliederung nach Maßgabe der Beschlüsse der Mitgliederversammlung der Gliederung und der Beschlüsse der Mitgliederversammlungen der übergeordneten Gliederungen.

**(2) Keine eigene politische Positionierung durch den Vorstand** Der Vorstand erarbeitet keine politischen Positionen, sondern vertritt ausschließlich die durch die Mitgliederversammlungen erarbeiteten Positionen.

**(3) Mitglieder des Vorstands** Der Vorstand besteht aus bis zu 15 Mitgliedern und mindestens 3; die Mitglieder des Vorstands werden durch die Mitgliederversammlung der Gliederung für folgende Tätigkeitsbereiche gewählt:

die Vertretung des Vorstands, der Gliederung und deren politischen Willen nach außen (Vorsitzender bzw. Vorsitzende).

Der Vorsitzende der JdPD ist der Bundesgeschäftsführer und der Bundesvorsitzende der JdPD und kann in allen Arbeiten der Vorstände, der Untergliederung, nämlich Landesvorstand, Bezirksvorstand, Kreisvorstandes, Stadtvorstandes und des Ortsvorstands, der jeweiligen Orte eingreifen und wenn es sein muss den dortigen Vorsitzenden kurzzeitig ablösen. Eine maximal Länge wäre ein Quartal.

Funktion als Bundesvorsitzender in der JdPD, alle Art der Aufgaben der Partei bearbeiten darf, kann, soll und muss.

Die Aufgaben wären Veranstaltungen mit Politikern, Veranstaltungen die in Paderborn liegen, die mit Politik zu tun haben, Friday for Future zählt nicht dazu, zu versuchen diesen beizuwohnen, wenn dort anerkannte Redner sind und oder Politiker sind.

Im Bereich des Social Media der Partei alle Tätigkeiten ausführen darf, wie bisher mit unserem

Generalsekretär

Allen bisherigen Bürokratischen Aufgaben weiter ausführen zu können.

Er ist weiterhin der endgültige Ansprechpartner bei Themen zur Partei, bei Themen bezüglich der Partei und über Beitritte in die Partei.

Er darf die Satzung verändern und muss erst nach der Änderung dieser die Partei fragen ob sie einverstanden ist.

Er darf das Parteiprogramm verändern und muss erst nach der Veränderung die Partei fragen, ob sie damit einverstanden ist.

Sobald ein Parteikonto eröffnet wird nach der Gründung hat ich der Bundesvorsitzende der JdPD, die vollständige Verfügung über dieses Konto und darf mit dem auf diesem Konto verfügbare Geld machen was er will, solange es im Sinne der Partei ist, ein Beispiel wäre: der Kauf von Werbeartikeln.

Die Vertretung des Vorstands und der Gliederung nach innen und gegenüber übergeordneten Gliederungen (stellvertretender Vorsitzender bzw. stellvertretende Vorsitzende), Dem Generalsekretär obliegt die Koordination der gesamten Parteiarbeit aller Gebietsverbände, der Vereinigungen und der Sonderorganisationen.

die Wahrnehmung der Finanzangelegenheiten im Sinne des PartG §23 für die Gliederung,

die Leitung des Betriebs der technischen Infrastruktur der Gliederung, die innerparteiliche Koordinierung und innerparteilich integrierendes Wirken. Der Generalsekretär bestellt im Einvernehmen mit dem Präsidium den Bundesgeschäftsführer. Er hat das Recht, an allen Versammlungen und Sitzungen der Organe aller Gebietsverbände, Vereinigungen und Sonderorganisationen teilzunehmen; er muss jederzeit gehört werden. Er koordiniert die von der Bundespartei, den Vereinigungen und den Sonderorganisationen herausgegebenen Publikationen. Der Vorsitzende/ Vorsitzende haben die gleichen Rechte wie der Generalsekretär. Die Aufgaben vom Generalsekretär wäre die komplette Verwaltung der Social Media Accounts und wie die Stellvertretenden und dem Vize den Vorsitzenden zu begleiten und zu vertreten, dazu liegt der größte Schreibeil sowie der ganze Gesetzliche Teil auf seinem Schultern, falls der Vorsitzende dies nicht alleine oder gar nicht schafft, was kaum der Fall sein wird im bestem Fall.

Die Aufgabe vom stellvertretenden Vorsitzenden wäre den Vorsitzenden auf allen Veranstaltungen zu begleiten, falls dies zeitlich möglich ist, oder den Vorsitzenden auf Veranstaltungen zu vertreten. Weitere Aufgaben wären, schriftliche Aufgaben zu übernehmen, wie die Satzung zu überarbeiten, der jeweilige Stellvertretende oder der Vize werden vom Vorsitzenden ausgewählt für die Aufgabe. Weitere Aufgaben wären die Verteilung von Flyern an Mitglieder, solange dafür keine spezifische Position gewählt wurde, das verteilen kann per Post erledigt werden, Briefmarken erhält man vom Vorsitzenden. Eine weitere Aufgabe wäre jederzeit zu versuchen andere Personen über die Partei zu informieren und diese gut darzustellen.

Der stellvertretende Vorsitzende, der zugleich der Kassierer des Bundesvorstandes wäre, hat wie der Vorsitzende, den vollen Zugang zu dem Bankkonto der Bundespartei, aber darf nur das Geld

des Konto nutzen, wenn der Bundesvorsitzende darüber informiert ist. Die restlichen Pflichten dieses stellvertretenden Vorsitzenden sind gleich der Pflichten der restlichen stellvertretenden Vorsitzenden.

**(4) Vorsitz** Für die Vertretung nach Außen gewählte Mitglieder werden für die Position des Vorsitzenden im Sinne des PartG §9 (4) der Gliederung gewählt, für die Vertretung des Vorstands nach innen gewählte Mitglieder werden für die Position des Stellvertreters des Vorsitzenden gewählt.

**(5) Nachrückende Mitglieder** Für jeden Tätigkeitsbereich nach (3), einschließlich der Ämter des Vorsitzes und des stellvertretenden Vorsitzes, werden eine oder mehrere Mitglieder gewählt; nur das erstplatzierte Mitglied hat das Amt inne; scheidet das amtsinhabende Mitglied aus dem Amt aus oder nimmt ein für das Amt gewähltes Mitglied dieses Amt nicht an, dann übernimmt, sofern vorhanden, das gewählte nächstplatzierte Mitglied als nachrückende Person das Amt.

**(6) Amtsvorrang beim Nachrücken** Eine Person kann für mehrere Tätigkeitsbereiche nach (3), einschließlich der Ämter des Vorsitzenden und des Stellvertreters des Vorsitzenden, gewählt sein; eine Person kann jedoch nur für einen Tätigkeitsbereich nach (3) das Amt innehaben; Personen, die bereits ein Amt innehaben oder zum frühest möglichen Zeitpunkt des Nachrückens ein Amt inne hatten, können nicht auf ein anderes Amt nachrücken; es rückt stattdessen, sofern vorhanden, das jeweils nächstplatzierte Mitglied nach.

**(7) Vorübergehendes Nachrücken** Ein Mitglied des Vorstands kann das Amt für einen vorab selbst definierten Zeitraum von maximal 100 Tagen ruhen lassen, für diese Zeit rückt das gewählte nächstplatzierte Mitglied vorübergehend nach und hat das Amt für diese Zeit inne.

**(8) Beauftragte des Vorstands** Der Vorstand und seine Mitglieder können einzelne Aufgaben an beauftragte Personen übertragen, die dann im Auftrag des Vorstands handeln.

**(9) Antragsrecht beim Vorstand** Antragsrecht beim Vorstand haben in allen Angelegenheiten: jedes Mitglied des Vorstands,

die Mitgliederversammlung der Gliederung,

jede Gebietsversammlung der Gliederung,

jedes Mitglied der Vorstände der jeweils direkt untergeordneten Gliederungen und

die Mitgliederversammlungen der jeweils direkt untergeordneten Gliederungen,

in Angelegenheiten, die ihre satzungsgemäßen oder durch den Vorstand zugewiesenen Aufgaben betreffen:

die von diesem Vorstand beauftragten Personen,

jedes Mitglied des Präsidiums der Mitgliederversammlung der Gliederung,

jedes Mitglied der Wahlleitung der Mitgliederversammlung der Gliederung,  
jedes Mitglied einer Versammlungsleitung einer Gebietsversammlung der Gliederung,  
jedes Mitglied einer Wahlleitung einer Gebietsversammlung der Gliederung und  
das Schiedsgericht der Gliederung.

und in Angelegenheiten, die ihre Arbeit betreffen:  
die Arbeitnehmer einer Gliederung.

**(10) Einzelvertretungsberechtigung** Mitglieder des Vorstands sind für den Tätigkeitsbereich, für den sie gewählt wurden, einzeln vertretungsberechtigt; Mehrheitsbeschlüsse des Vorstands sind dabei jedoch vorrangig zu beachten.

**(11) Neuwahl des Vorstands** Auf Beschluss der Mitgliederversammlung, spätestens jedoch nach 3 Jahren und mindestens in jedem zweiten Kalenderjahr, wird der Vorstand neu gewählt; die Mitgliederversammlung kann vorher auch einzelne Tätigkeitsbereiche nach (3) durch Wahl neu besetzen oder einzelne Mitglieder abwählen; die Pflicht zur Neuwahl des gesamten Vorstands nach spätestens 3 Jahren bzw. mindestens in jedem zweiten Kalenderjahr bleibt auch im Falle des zeitversetzten Einzelaustausches aller Vorstandsmitglieder unberührt.

**(12) Amtszeit** Die Amtszeit einzelner Vorstandsmitglieder endet durch Neuwahl des Vorstands,

durch Neuwahl für den Tätigkeitsbereich des betroffenen Vorstandsmitglieds,

durch Abwahl,

durch Rücktritt,

durch Aberkennung der Fähigkeit Partei- und Versammlungsämter zu bekleiden oder

durch Ende der Mitgliedschaft.

**(13) Unterbesetzter Vorstand** Ist weder das Amt des Vorsitzes noch das Amt des stellvertretenden Vorsitzes besetzt, oder ist das Amt des Vorstandsmitglieds zur Wahrnehmung der Finanzangelegenheiten unbesetzt, und kann dieses bzw. können diese nicht durch nachrückende Personen wieder besetzt werden, dann muss die Mitgliederversammlung unverzüglich einen neuen Vorstand wählen oder die betroffenen Ämter für die Restzeit der Amtszeit des Vorstands neu wählen; die gleiche Regelung gilt auch, falls die Anzahl der Vorstandsmitglieder unter eine Anzahl von 3 fällt.

**(14) Wiederwahl von Vorstandsmitgliedern** Die Wiederwahl einzelner Vorstandsmitglieder ist zulässig.

**(15) Entlohnung von Vorständen** Auf Beschluss der Mitgliederversammlung kann der Vorstand für seine Tätigkeit entlohnt werden.

**(16) Amt und Mandat** Auch Mandatsträger können für Vorstandsämter gewählt werden und ein Vorstandsamt innehaben.

### **§6.6 Aufstellung zu Wahlen**

**(1)** Die Organe der Partei sind beschlussfähig, wenn mindestens die Hälfte der stimmberechtigten Mitglieder anwesend ist. Sind Stimmübertragungen zulässig, wird die Beschlussfähigkeit nach der Zahl der anwesenden Stimmrechte berechnet.

**(2)** Die Beschlussunfähigkeit bedarf der Feststellung durch den Vorsitzenden. Die Feststellung erfolgt auf Rüge

**(3)** beim Bundesvorstand von einem Mitglied, b) beim Bundesparteitag und beim Europaparteitag von 25 Mitgliedern.

**(4)** Die Rüge muss bis zur Beschlussfassung über den jeweiligen Verhandlungsgegenstand erhoben werden. Der Vorsitzende kann die Beschlussfassung für kurze Zeit aussetzen.

**(5)** Ist die Beschlussunfähigkeit zu einem Tagesordnungspunkt nach Abs. (2) festgestellt worden, so ist das Organ auf der nächsten Sitzung zu diesem Tagesordnungspunkt ohne Rücksicht auf die Zahl der Anwesenden beschlussfähig. Darauf ist in der Einladung hinzuweisen.

**(6)** Jeder kann sich zur Wahlstellen der  
in Deutschland seinen Wohnsitz hat  
Volljährig ist  
ein Mitglied der Partei ist  
Parteivorsitz wird vom Ehemaligen Parteivorsitz ernannt.  
Die restlichen Vorstandsmitglieder werden von der jeweiligen  
Mitgliedsversammlung gewählt.

**(7)** Partei Mitglieder sich zu der Wahl aufstellen lassen wollen, müssen dies beim Vorstand schriftlich anmelden bis einen Monat vor der jeweiligen Wahl.

### **§6.7 Bestimmung zur Finanzordnung**

**(1)** Die Bundespartei und die Landesverbände sind verpflichtet, Finanzpläne für einen Zeitraum von vier Jahren aufzustellen. Den Gliederungen der Landesverbände und deren Untergliederungen wird dies empfohlen. Aus den Finanzplänen müssen sich der vorausgeschätzte jährliche Finanzbedarf und der jeweilige Deckungsvorschlag ergeben. Die Finanzpläne sind jährlich fortzuschreiben.



**(2)** Die Finanzpläne werden von den Schatzmeistern entworfen und von den Vorständen beschlossen.

**(3)** Der Bundesschatzmeister kann zur Abstimmung der Finanzpläne die Landesschatzmeister zu einer Konferenz einberufen. Vorsitzender dieser Konferenz ist der Bundesschatzmeister.

### **Haushalts- und Finanzkommission**

**(1)** Der Bundesvorstand wählt für die Dauer seiner Amtszeit eine Haushalts- und Finanzkommission. Sie besteht aus mindestens fünf, und höchstens elf Mitgliedern. Der Bundesschatzmeister ist Mitglied kraft Amtes und zugleich Vorsitzender dieser Kommission.

**(2)** Den Landesverbänden und ihren nachgeordneten Gliederungen wird eine analoge Einrichtung empfohlen.

### **Haushaltsplanung**

**(1)** Die Bundespartei und die Landesverbände sind verpflichtet, vor Beginn eines Rechnungsjahres einen Haushaltsplan aufzustellen.

**(2)** Rechnungsjahr ist das Kalenderjahr.

**(3)** Die Haushaltspläne werden von den Schatzmeistern entworfen und spätestens zwei Monate vor Beginn eines Rechnungsjahres den Vorständen vorgelegt. Die Entscheidung und Verantwortung über die Haushaltspläne obliegt den Vorständen.

**(4)** Der Haushaltsplan der Bundespartei bedarf, bevor er dem Bundesvorstand vorgelegt wird, der Zustimmung der Haushalts- und Finanzkommission.

### **Finanzmittel und Ausgaben**

#### **Grundsätze**

**(1)** Die Bundespartei, die Landesverbände und ihre nachgeordneten Gliederungen bringen die zur Erfüllung ihrer Aufgaben benötigten Finanzmittel ausschließlich durch die im Parteiengesetz

definierten Einnahmearten auf.

**(2)** Die der Partei zugeflossenen Geldmittel dürfen nur für satzungsgemäße Zwecke entsprechend den im Parteiengesetz definierten Ausgabenarten verwendet werden.

### **Zuwendungen von Mitgliedern und Mandatsträgern**

**(1)** Zuwendungen von Mitgliedern sind Mitgliedsbeiträge, Mandatsträgerbeiträge und Spenden.

**(2)** Mitgliedsbeiträge sind regelmäßige, von Mitgliedern nach satzungsrechtlichen Vorschriften periodisch entrichtete Geldleistungen.

**(3)** Mandatsträgerbeiträge sind Geldzuwendungen, die ein Inhaber eines öffentlichen Wahlamtes (Mandatsträger) über seinen Mitgliedsbeitrag hinaus regelmäßig leistet. Sie sind als solche gesondert zu erfassen.

**(4)** Spenden sind alle anderen Zuwendungen von Mitgliedern. Dazu gehören Sonderleistungen von Mitgliedern, Aufnahmegebühren, Sammlungen, Sachspenden und Spenden durch Verzicht auf Erstattungen, auf die ein Rechtsanspruch besteht.

### **Zuwendungen von Nichtmitgliedern**

**(1)** Zuwendungen von Nichtmitgliedern an die Bundespartei, einen Landesverband oder an eine nachgeordnete Gliederung sind Spenden.

**(2)** Spenden können als Geldspenden, als Sachspenden oder durch Verzicht auf die Erfüllung einer vertraglichen Forderung geleistet werden.

**(3)** Mitglieder, die Spenden an die Partei angenommen haben, sind gesetzlich verpflichtet, diese unverzüglich an ein für Finanzangelegenheiten satzungsgemäß bestimmtes Vorstandsmitglied oder an einen hauptamtlichen Mitarbeiter der für das Mitglied zuständigen Gliederung oder des Landes- oder des Bundesvorstandes weiterzugeben. Für Finanzangelegenheiten zuständig sind neben dem Schatzmeister der Vorsitzende und dessen Stellvertreter.

**(4)** Eine Spende, die mehreren Gliederungen anteilig zufließen soll, kann in einer Summe entgegengenommen und dem Spenderwunsch entsprechend verteilt werden.

### **Unzulässige Spenden**

**(1)** Spenden, die nach § 25 Abs. (2) PartG unzulässig sind, sind unverzüglich nach ihrem Eingang an den Spender zurückzugeben oder unter Darlegung des Spendenvorgangs zwecks Prüfung und weiterer Veranlassung entsprechend der gesetzlichen Vorschriften an den Bundesverband weiterzuleiten.

## **Beitragsordnung**

### **Beiträge**

**(1)** Jedes Mitglied ist zur Zahlung eines Mitgliedsbeitrages verpflichtet. Die Zahlungspflicht ist untrennbar mit der Mitgliedschaft verbunden. Eine beitragsfreie Mitgliedschaft ist unzulässig.

**(2)** Die Höhe des Mitgliedsbeitrages wird von dem Mitglied im Wege der Selbsteinschätzung gegenüber dem Schatzmeister der zuständigen Gliederung erklärt.

**(3)** Als Richtwert für die Selbsteinschätzung eines monatlichen Mindestbeitrages sind 0,5% der monatlichen Bruttoeinkünfte zu Grunde zu legen. Die im Wege der Selbsteinschätzung festgelegte Beitragshöhe bleibt für das Mitglied verbindlich und dient zur Feststellung von etwaigen Beitragsrückständen, so lange das Mitglied nicht gegenüber dem Schatzmeister auf Grund einer neuen Selbsteinschätzung eine andere Beitragshöhe mitteilt. Eine rückwirkende Senkung des Mitgliedsbeitrages ist unzulässig. Nach folgender EURO-Einkommensstaffel sind monatlich mindestens zu entrichten:

**(4)** Bruttoeinkünfte monatlich: Mindestbeitrag monatlich:

A bis 2.400 EURO 10,00 EURO\*

B 2.401 bis 3.600 EURO 12,00 EURO

C 3.601 bis 4.800 EURO 18,00 EURO

D über 4.800 EURO 24,00 EURO

**(5)** In eigenen Beitragsordnungen dürfen beitragserhebende Gliederungen - für die Stufe A höhere Mindestbeiträge bis zur Höhe der Stufe C, jedoch - keine von der Beitragsstaffel nach unten abweichenden Mindestbeiträge festlegen.

**(6)** Der Vorstand der Gliederung, die die Beitragshoheit ausübt, ist berechtigt, einvernehmlich mit dem Mitglied den Mitgliedsbeitrag

(7) - für Rentner, - für Haushaltsangehörige eines Mitglieds ohne eigenes Einkommen, - für in Ausbildung befindliche Mitglieder, - sowie in Fällen besonderer finanzieller Härte,

(8) abweichend von der Regelung des Absatzes (2) festzusetzen.

(9) Der zuständige Schatzmeister ist verpflichtet, die abweichende Festsetzung nach Ablauf eines Jahres zu überprüfen. Auf Antrag des Schatzmeisters kann der Vorstand eine Fortsetzung beschließen.

### **Entrichtung der Beiträge**

(1) Mitgliedsbeiträge sind periodisch unaufgefordert im Voraus zu leisten.

(2) 10,00 EURO anzuheben. Diese Anhebung gilt ab dem 1. Januar 2019. Bis dahin beträgt der monatliche Mindestbeitrag weiterhin 8,00 Euro.

(3) Bei der Zahlung ist der Zeitraum, für den der Beitrag entrichtet wird, anzugeben.

(4) Die Aufrechnung von Mitgliedsbeiträgen mit Forderungen an die Bundespartei, an einen Landesverband oder an eine nachgeordnete Gliederung ist nicht statthaft.

### **Anspruch auf Mitgliedsbeiträge**

(1) Durch die Landessatzung wird bestimmt, welcher Gebietsverband Anspruch auf die Erhebung und Vereinnahmung der Beiträge hat (Beitragshoheit). Grundsätzlich verbleiben die eingekommenen Beiträge diesem Verband. Das aus der Beitragshoheit abgeleitete Recht der Beitragserhebung kann durch Beschluss des jeweils zuständigen Vorstandes auf andere Gliederungen oder auf einen zentralen Mitgliederservice der Partei übertragen werden.

(2) Übergeordnete Verbände oder Untergliederungen des die Mitgliedsbeiträge erhebenden Verbandes haben Anspruch auf eine nach Mitgliederzahl zu ermittelnde Umlage.

(3) Kommt ein Gebietsverband seinen Umlagepflichten nicht nach, ist der zuständige Landesvorstand verpflichtet, der Gliederung zur Sicherung der Umlageleistungen das Recht der Beitragserhebung zu entziehen und dieses mit den damit verbundenen Abführungspflichten auf einen der säumigen Gliederung übergeordneten Verband widerruflich zu übertragen oder die Beitragserhebung selbst auszuüben. Andere satzungsmäßige und wahlgesetzliche Rechte und

Pflichten der säumigen Gliederung und die Rechte und Pflichten der dort geführten Mitglieder bleiben durch den Verlust des Beitragserhebungsrechts unberührt.

**(4)** Das satzungsmäßig zuständige Organ des erhebenden Verbandes entscheidet über die Abführung der Mitgliederumlage an seine Untergliederungen.

**(5)** Die Parteitage der übergeordneten Gliederungen entscheiden über die Höhe der Mitgliederumlage, die an sie abzuführen ist.

**(6)** Die beitragserhebenden Gliederungen entrichten an den Bundesverband pro Monat und Mitglied eine Umlage in Höhe von Euro 2,20. Die beitragserhebenden Gliederungen zahlen darüber hinaus eine zweckgebundene Sonderumlage in Höhe von 20 Euro je Mitglied und Jahr in einen Solidarfonds, der für die zentrale Kampagnenführung der Gesamtpartei bei Kommunal- und Landtagswahlen – nicht jedoch für bundesweite Wahlen – verwendet werden darf. Der Solidarfonds zur einheitlichen Kampagnenführung wird als Treuhandfonds bei der Bundespartei geführt. Die Sonderumlage wird jährlich zum 30. Juni fällig und ist erstmals für das Jahr 2020 zu entrichten. Maßgebend ist jeweils die Mitgliederzahl, die für den 31. Dezember des Vorjahres festgestellt wird. Die zweckgerechte Verwendung dieser Kampagnenmittel ist der Schatzmeisterkonferenz nach § 6.7 dieser Ordnung nachzuweisen. Die notwendigen Verfahrensvorschriften werden vom Bundesschatzmeister erlassen.

**(7)** Die Vorstände der den abführungspflichtigen Verbänden übergeordneten Gliederungen sind verpflichtet, die Umlageleistungen zu überwachen und bei Säumigkeit durch geeignete Maßnahmen einschließlich der Empfehlung, die Entlastung zu versagen, auf die Erfüllung der Abführungspflicht hinzuwirken.

### **Verletzung der Beitragspflicht**

**(1)** Mitglieder, die mit der Entrichtung ihres Beitrages mehr als zwei Monate in Verzug sind, sind schriftlich zu mahnen. Bleibt die Mahnung erfolglos, ist sie nach einem weiteren Monat zu wiederholen.

**(2)** Schuldhaft unterlassene Beitragszahlung liegt vor, wenn ein Mitglied trotz zweimaliger schriftlicher Mahnung mit mindestens sechs Monatsbeiträgen rückständig ist.

### **Mandatsträgerbeiträge**

**(1)** Inhaber eines öffentlichen Wahlamtes (Mandatsträger) sollen außer ihrem Mitgliedsbeitrag zusätzlich einen regelmäßigen Mandatsträgerbeitrag entrichten.

**(2)** Höhe und Einzelheiten der Entrichtung sollen die zuständigen Schatzmeister mit den Mandatsträgern bei Beginn der Amtsperiode für deren Dauer vereinbaren.

### **Finanz- und Beitragsordnungen der Gliederungen**

**(1)** Die Landesverbände geben sich durch ihre Parteitage eigene Finanz- und Beitragsordnungen. Sie müssen mit den grundsätzlichen Bestimmungen dieser Ordnung übereinstimmen und können auf sie verweisen. Im Rahmen der Ordnungen der Landesverbände können nachgeordnete Gliederungen durch Parteitage eigene Regelungen treffen.

### **Buchführung/ Rechnungswesen/ Finanzausgleich**

#### **Pflicht zur Buchführung und zur Rechenschaftslegung**

**(1)** Die Bundespartei, die Landesverbände und die nachgeordneten Gliederungen haben unter der Verantwortung der Vorstände Bücher nach den Grundsätzen ordnungsgemäßer Buchführung und unter Beachtung der verbindlichen Richtlinien nach Abs. (2) zu führen und jährlich den Rechenschaftsbericht nach den Vorschriften des Fünften Abschnittes des Parteiengesetzes aufzustellen.

**(2)** Der Bundesschatzmeister ist berechtigt und verpflichtet, zur einheitlichen Gestaltung des Rechnungswesens im Sinne des Parteiengesetzes Anweisungen zu erlassen und verbindliche Richtlinien herauszugeben.

**(3)** Um die nach § 24 Abs. (1) Satz 4 des Parteiengesetzes vorgeschriebene namentliche lückenlose Aufstellung aller Zuwendungen jährlich erstellen zu können, werden alle den Gliederungen eines Landesverbandes zufließenden Zuwendungen (Beiträge und Spenden) auf nach Gebietsverbänden geordneten Personenkonten zentral durch den Bundesverband erfasst.

**(4)** Die Erfassung ist keine Vereinnahmung. Das Verfügungsrecht verbleibt uneingeschränkt bei der begünstigten Gliederung. Die Zuwendung wird dort als Einnahme gebucht.

#### **Quittungen über Zuwendungen**

**(1)** Beitrags- und Spendenquittungen werden ausschließlich von der Bundespartei anhand der Personenkonten ausgestellt.

## **Finanzausgleich nach § 22 Parteiengesetz**

- (1)** Die Festlegung des gesetzlich vorgeschriebenen angemessenen Finanzausgleichs zwischen der Bundespartei und den Landesverbänden wird von der Konferenz des Bundes- und der Landesschatzmeister vorgenommen.
- (2)** Vorsitzender der Konferenz ist der Bundesschatzmeister.
- (3)** Konferenz wird vom Bundesschatzmeister nach Bedarf oder auf Verlangen der Vorstände von drei Landesverbänden binnen einer Frist von vier Wochen einberufen.
- (4)** Beschlüsse der Konferenz werden im Einvernehmen zwischen dem Bundesschatzmeister und einer Zweidrittel-Mehrheit der Landesschatzmeister gefasst.
- (5)** Der Bundesschatzmeister und die Landesschatzmeister können im Falle ihrer Verhinderung einen stimmberechtigten Vertreter für die Konferenz benennen.

## **Prüfungswesen**

- (1)** Der Bundesverband, die Landesverbände und die nachgeordneten Gliederungen sind verpflichtet, die Buchführung, die Kasse und das Rechnungswesen durch satzungsgemäß bestellte Rechnungsprüfer entsprechend § 9 Abs. (5) des Parteiengesetzes prüfen zu lassen.
- (2)** Zum Rechnungsprüfer kann nur bestellt werden, wer Mitglied der Partei ist. Rechnungsprüfer dürfen dem Vorstand des Verbandes, den zu prüfen sie bestellt worden sind, nicht angehören und dürfen in keinem Dienstverhältnis zu dem zu prüfenden Verband oder zu einer diesem nachgeordneten Gliederung stehen.
- (3)** Der Bundesverband und die Landesverbände bestellen Wirtschaftsprüfer zur Prüfung ihrer Rechenschaftsberichte gemäß §§ 23 Abs. (2) Satz 1, und 29 bis 31 des Parteiengesetzes.
- (4)** Der Bundesvorstand, vertreten durch den Bundesschatzmeister, kann durch beauftragte Revisoren jederzeit ohne Angabe von Gründen die Buchführung und das Rechnungswesen jeder Gliederung prüfen.
- (5)** Alle im Prüfungswesen tätigen Personen sind zur Verschwiegenheit verpflichtet.

## **Allgemeine Bestimmungen/ Rechtsnatur**

### **Rechte der Schatzmeister**

- (1)** Die Schatzmeister der Bundespartei und der Landesverbände vertreten ihre Verbände innerparteilich und nach außen in allen wirtschaftlichen und finanziellen Angelegenheiten. Sie sind berechtigt und bevollmächtigt, alle Ansprüche nachgeordneter Gebietsverbände gegen Dritte
- (2)** gerichtlich und außergerichtlich geltend zu machen, soweit dies zur Erstellung der Rechenschaftsberichte erforderlich ist.
- (3)** Die Schatzmeister aller Verbände sind berechtigt, außerplanmäßigen Ausgaben oder solchen, die nicht durch entsprechende Einnahmen gedeckt sind, zu widersprechen. Der Widerspruch bewirkt, dass die vorgesehene Ausgabe nicht getätigt werden darf, es sei denn, der zur Entscheidung befugte Vorstand lehnt mit Zweidrittelmehrheit der Stimmberechtigten den Widerspruch ab und stellt den Schatzmeister von der Verantwortung für diese Ausgabe frei.

### **Schadensersatz**

- (1)** Erfüllt ein Gebietsverband die Vorschriften des Parteiengesetzes oder dieser Ordnung nicht, so haben sie den der Bundespartei und/oder anderen Gliederungen entstehenden Schaden auszugleichen. Die persönliche Haftung der für die Schadensverursachung verantwortlichen Vorstandsmitglieder aus schuldhafter Amtspflichtverletzung und die Möglichkeit, gegen diese ein Schiedsgerichtsverfahren nach § 6.8 der Bundessatzung einzuleiten, bleiben unberührt.

### **Aufrechnungsverbot**

- (1)** Die Aufrechnung von Zuwendungen an die Partei oder an eine ihrer Gliederungen mit Forderungen an die Partei oder an eine ihrer Gliederungen ist, aus welchen Rechtsgründen auch immer, nicht statthaft.

### **Rechtsnatur**

- (1)** Diese Finanz- und Beitragsordnung ist Bestandteil der Bundessatzung. Sie ist verbindliches, unmittelbar wirkendes Satzungsrecht für die Landesverbände und die nachgeordneten Gliederungen und geht allen Finanz- und Beitragsordnungen der Gebietsverbände vor.



## **§6.8 Schiedsgericht**

### **Gerichtsverfassung**

#### **Grundlage**

**(1)** Die Schiedsgerichte der Junge demokratische Jungen Partei sind Schiedsgerichte im Sinne des Parteiengesetzes. Sie nehmen die ihnen durch das Parteiengesetz sowie durch die Satzungen und zugehörigen Ordnungen der JdPD und ihrer Gebietsverbände übertragenen Aufgaben wahr.

#### **Schiedsgerichte**

Schiedsgerichte sind:

1. die Landesschiedsgerichte,
2. das Bundesschiedsgericht.

#### **Schiedsrichter**

- (1)** Die Mitglieder der Schiedsgerichte sind unabhängig und an Weisungen nicht gebunden. Sie müssen Mitglieder der JdPD sein.
- (2)** Die Mitglieder der Schiedsgerichte dürfen nicht Mitglied eines Vorstandes der Partei oder eines Gebietsverbandes sein, in einem Dienstverhältnis zu der Partei oder einem Gebietsverband stehen oder von ihnen regelmäßige Einkünfte oder Aufwandsentschädigungen beziehen.
- (3)** Mit Annahme ihres Amtes verpflichten sich die Mitglieder der Schiedsgerichte, alle Vorgänge, die ihnen in dieser Eigenschaft bekannt werden, vertraulich zu behandeln.
- (4)** Die Amtszeit der Mitglieder der Schiedsgerichte beträgt vier Jahre. Sie beginnt am 1. Januar des auf die Wahl folgenden Jahres. Ergänzungswahlen gelten nur für den Rest der Amtszeit.
- (5)** Für die Ausschließung eines Schiedsrichters von der Ausübung seines Amtes und die Ablehnung eines Schiedsrichters wegen Besorgnis der Befangenheit gilt die Zivilprozessordnung.

#### **Besetzung der Landesschiedsgerichte**

**(1)** Die Landesschiedsgerichte bestehen aus dem Präsidenten, zwei Beisitzern und vier stellvertretenden Beisitzern. Sie werden vom Landesparteitag gewählt. Dieser bestimmt zugleich einen der Beisitzer zum Stellvertreter des Präsidenten.

**(2)** Der Präsident, der zum Stellvertreter des Präsidenten bestimmte Beisitzer und die Hälfte der stellvertretenden Beisitzer müssen die Befähigung zum Richteramt haben.

### **Geschäftsleitung**

**(1)** Dem Präsidenten obliegt die Geschäftsleitung des Landesschiedsgerichts, im Falle seiner Verhinderung seinem Stellvertreter.

### **Spruchkörper des Landesschiedsgerichts**

**(1)** (Das Landesschiedsgericht verhandelt und entscheidet durch drei Schiedsrichter, von denen zwei die Befähigung zum Richteramt haben müssen. Den Vorsitz führt der Präsident.

**(2)** Der Präsident wird durch seinen Stellvertreter, die Beisitzer werden unter Beachtung des Absatzes (1) Satz 1 nach Maßgabe eines vom Präsidenten für die Amtsperiode aufzustellenden Geschäftsverteilungsplans durch stellvertretende Beisitzer vertreten.

### **Geschäftsstelle**

**(1)** Geschäftsstelle des Landesschiedsgerichts ist die Geschäftsstelle des Landesverbandes. Sie untersteht insoweit den Weisungen des Präsidenten.

**(2)** Die Geschäftsstelle hat die Akten des Landesschiedsgerichts nach rechtskräftiger Erledigung der Sache mindestens fünf Jahre aufzubewahren. Von der Vernichtung der Akten nach Ablauf der Aufbewahrungsfrist sind in jedem Falle die Entscheidungen des Landes- und des Bundesschiedsgerichts auszunehmen. Die Geschäftsstelle stellt auf Anforderung den Protokollführer und ist für eine ordnungsgemäße Führung der Akten verantwortlich. Im Übrigen ist für die geschäftsstellenmäßige Bearbeitung und für die Aktenordnung der vom Präsidenten des Bundesschiedsgerichts herausgegebene Leitfaden zugrunde zu legen, soweit keine abweichende Regelung durch den Präsidenten des Landesschiedsgerichts vorliegt.

**(3)** Alle Vorgänge, insbesondere Verhandlungen und Akten des Landesschiedsgerichts, sind vertraulich zu behandeln. Über Ausnahmen entscheidet der Präsident.

**(4)** Der Präsident kann bestimmen, dass die Aufgaben der Geschäftsstelle von der Geschäftsstelle eines anderen Gebietsverbandes wahrgenommen werden, wenn dieser zustimmt. Dies gilt nicht für Aufgaben nach Abs. (2) Satz 1.

### **Bundesschiedsgericht**

**(1)** Das Bundesschiedsgericht besteht aus dem Präsidenten, vier Beisitzern und acht stellvertretenden Beisitzern. Sie werden vom Bundesparteitag gewählt.

**(2)** Kein Landesverband kann mehr als ein ordentliches und ein stellvertretendes Mitglied des Bundesschiedsgerichts stellen; maßgebend ist der Zeitpunkt der Wahl.

**(3)** Das Bundesschiedsgericht verhandelt und entscheidet durch fünf Schiedsrichter, von denen drei die Befähigung zum Richteramt haben müssen.

**(4)** Die Regelungen über das Landesschiedsgericht gelten für das Bundesschiedsgericht entsprechend.

### **Zuständigkeit der Landesschiedsgerichte**

**(1)** Die Landesschiedsgerichte sind zuständig für die Entscheidung über

**(2)** die Anfechtung von Wahlen zu Organen und durch Organe des Landesverbandes und seiner Gliederungen sowie von Wahlen zur Aufstellung der Bewerber für Wahlen zu Volksvertretungen im Bereich des Landesverbandes,

**(3)** Ordnungsmaßnahmen gegen Mitglieder des Landesverbandes, sonstige Streitigkeiten  
a) des Landesverbandes oder eines ihm angehörigen Gebietsverbandes mit einzelnen Mitgliedern,

b) unter Mitgliedern des Landesverbandes, soweit das Parteiinteresse berührt ist, Streitigkeiten zwischen dem Landesverband und ihm angehörigen Gebietsverbänden oder zwischen Gebietsverbänden innerhalb des Landesverbandes, sonstige Streitigkeiten über Auslegung und Anwendung des Satzungsrechtes der Partei, die im Bereich des Landesverbandes entstehen.

**(4)** Für ein Verfahren nach Abs. (1), das Mitglieder der Auslandsgruppen oder bundesunmittelbare Mitglieder betrifft, bestimmt das Bundesschiedsgericht, welches Landesschiedsgericht zuständig ist.

## **Zuständigkeit des Bundesschiedsgerichts**

- (1)** Das Bundesschiedsgericht ist zuständig für die Entscheidung über
- (2)** Beschwerden gegen Entscheidungen der Landesschiedsgerichte, die Anfechtung von Wahlen durch Organe der Bundespartei, sowie von Wahlen zur Aufstellung der Bewerber für Wahlen zu Volksvertretungen auf der Ebene der Bundespartei, sonstige Streitigkeiten
- a) der Bundespartei mit einzelnen Mitgliedern,
  - b) zwischen Mitgliedern verschiedener Landesverbände, soweit das Parteiinteresse berührt ist, Streitigkeiten zwischen der Bundespartei und Gebietsverbänden, zwischen Landesverbänden sowie zwischen Gebietsverbänden, die nicht demselben Landesverband angehören, sonstige Streitigkeiten über Auslegung und Anwendung des Satzungsrechts der Partei, soweit nicht § 9 Abs. (1) Nr. 5 Anwendung findet.

## **Verfahren**

### **Antragsrecht**

- (1)** Antragsberechtigt sind

in Verfahren über die Anfechtung von Wahlen

- a) der Bundesvorstand,
- b) der Vorstand jedes Gebietsverbandes, in dessen Bereich die Wahl stattgefunden hat,
- c) ein Zehntel der stimmberechtigten Teilnehmer der Versammlung, die die angefochtene Wahl vollzogen hat,
- d) wer geltend macht, in einem satzungsmäßigen Recht im Bezug auf die Wahl verletzt zu sein, in Verfahren über Ordnungsmaßnahmen

- (2)**
- a) der Bundesvorstand,
  - b) jeder für das betroffene Mitglied zuständige Vorstand eines Gebietsverbandes, in allen übrigen Verfahren

- (3) a) der Bundesvorstand,  
b) der Vorstand jedes Gebietsverbandes, der in der Sache betroffen ist,  
c) jedes Parteimitglied, das in der Sache persönlich betroffen ist.

### **Anfechtung von Wahlen und Beschlüssen**

(1) Die Anfechtung einer Wahl und von Parteitagsbeschlüssen ist nur binnen eines Monats nach Ablauf des Tages zulässig, an dem die Wahl oder Beschlussfassung stattgefunden hat. Die Anfechtung einer Wahl ist nur zulässig, sofern der behauptete Mangel geeignet war, das Ergebnis der Wahl zu beeinflussen.

(2) Eine satzungsmäßige Befugnis von Organen, bei Wahlverstößen die Wiederholung von Wahlen anzuordnen, bleibt unberührt.

### **Verfahrensbeteiligte**

(1) Verfahrensbeteiligte sind

1. Antragsteller,
2. Antragsgegner,
3. Beigeladene, die dem Verfahren beigetreten sind.

(2) Das Schiedsgericht kann auf Antrag oder von Amts wegen Dritte beiladen, deren Interessen durch das Verfahren berührt werden. In allen Verfahren sind die übergeordneten Vorstände auf ihr Verlangen beizuladen.

(3) Der Beiladungsbeschluss ist dem Beigeladenen zuzustellen, den Verfahrensbeteiligten zu übermitteln. Der Beiladungsbeschluss ist unanfechtbar. Durch schriftliche Erklärung gegenüber dem Schiedsgericht wird der Beigeladene Verfahrensbeteiligter.

### **Entscheidungen**

(1) Die Schiedsgerichte entscheiden mit Stimmenmehrheit. Ihre Beschlüsse sind schriftlich zu begründen, von den Richtern zu unterschreiben und den Verfahrensbeteiligten zuzustellen; dies

gilt nicht für verfahrensleitende Entscheidungen, die in einer mündlichen Verhandlung verkündet werden.

### **Verfahrensleitende Anordnungen**

**(1)** Der Präsident ist zum Erlass verfahrensleitender Anordnungen berechtigt und verpflichtet. Er kann dieses Recht durch schriftliche Erklärung auf den von ihm ernannten Berichterstatter übertragen.

### **Einleitung des Verfahrens**

**(1)** Die Geschäftsstelle legt den Antrag auf Einleitung des Schiedsgerichtsverfahrens dem Präsidenten vor. Er bestimmt, um welche Verfahrensart es sich handelt.

**(2)** Nach Weisung des Präsidenten wird das Verfahren von der Geschäftsstelle durch Zustellung der Antragschrift eingeleitet.

**(3)** Die Einlassungs- und die Ladungsfrist betragen zwei Wochen. Sie können vom Präsidenten unter Berücksichtigung des Umfangs oder der Dringlichkeit des Falles abweichend festgesetzt werden.

**(4)** Zugestellt wird gegen Empfangsbekanntnis (postalisch oder datenfernübertragend). Die Zustellung kann auch durch eingeschriebenen Brief mit Rückschein bewirkt werden. Die Zustellung gilt auch dann als bewirkt, wenn die Annahme verweigert wird.

**(5)** Weitere Schriftsätze der Verfahrensbeteiligten und weitere Benachrichtigungen werden den Verfahrensbeteiligten von der Geschäftsstelle durch einfache Post übermittelt, sofern Zustellungen nicht erforderlich sind.

### **Beistände und Bevollmächtigte**

**(1)** Jeder Verfahrensbeteiligte kann sich eines Beistandes oder eines Verfahrensbevollmächtigten bedienen. Die Bevollmächtigung muss dem Schiedsgericht schriftlich nachgewiesen werden.

## **Schriftsätze**

**(1)** Anträge, Stellungnahmen und Schriftsätze sollen in sechsfacher Ausfertigung bei der Geschäftsstelle des zuständigen Schiedsgerichts, im Falle des § 9 Abs. (2) bei der Geschäftsstelle des Bundesschiedsgerichts eingereicht werden. Im Falle des § 7 Abs. (4) können sie auch bei der Geschäftsstelle des Landesverbandes, in Verfahren vor dem Bundesschiedsgericht auch bei der Bundesgeschäftsstelle eingereicht werden.

**(2)** Jeder Antrag ist zu begründen; das Tatsachenvorbringen ist mit Beweisangeboten zu versehen.

## **Weiteres Verfahren**

**(1)** Nach Eingang der Stellungnahme oder Ablauf der Einlassungsfrist stellt der Präsident die zur Entscheidung berufenen Mitglieder des Schiedsgerichts fest und bestimmt aus ihrem Kreis den Berichterstatter.

**(2)** Die Ladung oder Mitteilung, dass schriftlich entschieden werden soll, ist zuzustellen. Dabei ist den Verfahrensbeteiligten die Besetzung des Schiedsgerichts mitzuteilen.

## **Rechtliches Gehör**

**(1)** Alle Verfahrensbeteiligten haben Anspruch auf rechtliches Gehör. Den Entscheidungen dürfen nur solche Feststellungen zugrunde gelegt werden, die allen Verfahrensbeteiligten bekannt sind und zu denen sie Stellung nehmen konnten.

## **Vorbescheid**

**(1)** Durch begründeten Vorbescheid kann der Präsident oder der beauftragte Berichterstatter entscheiden:

1. über Anträge auf Ausschluss aus der Partei wegen unterlassener Beitragszahlung,
2. über unzulässige oder offensichtlich unbegründete Anträge auf Einleitung eines Schiedsgerichts- oder Beschwerdeverfahrens,

3. wenn ein Antragsgegner zum Antrag des Antragstellers nicht fristgerecht Stellung genommen hat.

**(2)** Der durch den Vorbescheid beschwerte Verfahrensbeteiligte kann innerhalb von zwei Wochen nach Zustellung des Vorbescheides mündliche Verhandlung beantragen. Wird der Antrag rechtzeitig gestellt, so gilt der Vorbescheid als nicht ergangen; sonst wirkt er als rechtskräftige Entscheidung.

### **Verfahrensentscheidung**

**(1)** Das Schiedsgericht entscheidet nach mündlicher Verhandlung mit den Verfahrensbeteiligten und verkündet die Entscheidung mündlich.

**(2)** Das Schiedsgericht kann auch in Abwesenheit der oder eines Verfahrensbeteiligten verhandeln und entscheiden. Die Verfahrensbeteiligten sind in der Ladung darauf hinzuweisen.

**(3)** Mündliche Verhandlungen sind öffentlich für Parteimitglieder. Das Schiedsgericht kann die Öffentlichkeit ausschließen, wenn dies im Interesse der Partei oder eines Verfahrensbeteiligten geboten ist.

**(4)** Zur mündlichen Verhandlung kann das Erscheinen eines oder mehrerer Verfahrensbeteiligter angeordnet werden.

**(5)** Über die mündliche Verhandlung und jede Beweisaufnahme ist ein Protokoll anzufertigen. Es kann auf die Wiedergabe der wesentlichen Vorgänge der Verhandlung beschränkt werden. Angaben Verfahrensbeteiligter und Aussagen von Zeugen und Sachverständigen brauchen inhaltlich nicht protokolliert zu werden.

**(6)** Mit Zustimmung der Verfahrensbeteiligten, die nur bei einer wesentlichen Änderung der Verfahrenslage widerruflich ist, kann das Schiedsgericht ohne mündliche Verhandlung mit den Verfahrensbeteiligten beraten und entscheiden. Es bestimmt in diesem Fall einen Termin, bis zu dem Schriftsätze eingereicht werden können. Eine Entscheidung ohne mündliche Verhandlung ist unzulässig, wenn seit der Zustimmung der Verfahrensbeteiligten mehr als drei Monate vergangen sind.

**(7)** Mit Zustimmung der zur Entscheidung berufenen Schiedsrichter kann das Schiedsgericht im Falle einer Entscheidung ohne mündliche Verhandlung auch schriftlich beraten.



**(8)** Ist ohne mündliche Verhandlung entschieden worden oder wurde die Verkündung der Entscheidung nach einer mündlichen Verhandlung vertagt, wird die Verkündung durch die Zustellung des Beschlusses ersetzt.

### **Veröffentlichung**

**(1)** Das Schiedsgericht kann anordnen, dass seine Entscheidung in geeigneter Form veröffentlicht wird.

### **Eilmaßnahmen**

**(1)** In dringenden und schwerwiegenden Fällen, die ein sofortiges Eingreifen erfordern, kann der Vorstand der Partei oder eines Gebietsverbandes das betroffene Mitglied in Verfahren zur Enthebung von einem Parteiamt für die Dauer des Verfahrens von der Ausübung des Parteiambtes, in Verfahren über den Ausschluss aus der Partei von der Ausübung seiner Rechte als Mitglied ausschließen.

**(2)** Gegen einen solchen Beschluss kann der Betroffene beim Landesschiedsgericht Antrag auf gerichtliche Entscheidung stellen. Der Antrag hat keine aufschiebende Wirkung; diese kann auf Antrag hergestellt werden.

**(3)** Die Entscheidung des Landesschiedsgerichts ist unanfechtbar. Fällt das zuständige Schiedsgericht nicht innerhalb von vier Monaten eine Entscheidung in der Hauptsache, so verliert die Eilmaßnahme ihre Wirksamkeit.

### **Einstweilige Anordnungen**

**(1)** Das Schiedsgericht kann auf Antrag eine einstweilige Anordnung erlassen.

**(2)** Zur Entscheidung über den Antrag nach Abs. (1) ist bei besonderer Eilbedürftigkeit auch der Präsident oder ein von ihm beauftragtes Mitglied befugt. Jeder Verfahrensbeteiligte kann binnen einer Frist von zwei Wochen nach Zustellung Entscheidung durch das Schiedsgericht beantragen.

## **Beschwerde**

**(1)** Gegen die Entscheidungen des Landesschiedsgerichts ist die Beschwerde an das Bundesschiedsgericht zulässig. Die Beschwerde ist innerhalb eines Monats nach Zustellung der Entscheidung beim Bundesschiedsgericht einzulegen.

## **Rechtsmittelbelehrung**

**(1)** Die Beschwerdefrist beginnt nur zu laufen, wenn die Verfahrensbeteiligten über das Rechtsmittel, seine Form, über die Frist und das zuständige Gericht mit Angabe der Anschrift belehrt worden sind.

**(2)** Abs. (1) gilt für die Rechtsbehelfe nach § 6.8 entsprechend.

## **§7 Ordnungsmaßnahmen**

### **§7.1 Ordnungsmaßnahmen gegen Mitglieder**

**(1) Freiwillige Zusammenarbeit für gemeinsame Ziele** Die Mitglieder der Partei haben sich freiwillig zusammengeschlossen, um gemeinsam für den Zweck im Sinne des §2 einzutreten und dabei nach den Grundsätzen dieser Satzung zusammenzuarbeiten.

**(2) Handeln gegen den Zweck oder die Satzung** Ein Mitglied, das entgegen dem Zweck der Partei im Sinne des §2 handelt,

entgegen dieser Satzung handelt oder

die Pflichten des §5.4 verletzt

stört die Zusammenarbeit in der Partei und fügt der Partei damit einen Schaden zu.

**(3) Wiederholtes Handeln gegen den Zweck oder die Satzung** Ein Mitglied, das trotz in vergleichbarer Sache verhängter Ordnungsmaßnahme erneut bzw. fortdauernd entsprechend (2) handelt, stört die Zusammenarbeit in der Partei erheblich und fügt der Partei damit einen schweren Schaden zu.

**(4) Unwahre Tatsachenbehauptung** Ein Mitglied, das gegenüber der Partei oder einem Organ unwahre Angaben macht, verletzt das Vertrauen aller Mitglieder und der Öffentlichkeit in erheblichem Maße und fügt der Partei damit einen schweren Schaden zu.

**(5) Verwarnung** Einem Mitglied, das im Sinne von (2) die Zusammenarbeit der Partei gestört hat, kann der Vorstand einer Gliederung, der das Mitglied angehört, eine Verwarnung aussprechen.

**(6) Aberkennung der Fähigkeit Partei- und Versammlungsämter zu bekleiden** Einem Mitglied, welches der Partei schweren Schaden zufügt, kann durch Beschluss eines Vorstands einer Gliederung, der das Mitglied angehört, die Fähigkeit Partei- und Versammlungsämter zu bekleiden aberkannt werden.

**(7) Ausschluss** Ein Mitglied, das im Sinne von (3) die Zusammenarbeit der Partei gestört hat oder

im Sinne von (4) gehandelt hat,

kann aus der Partei ausgeschlossen werden.

**(8) Beantragung des Ausschlusses** Der Ausschluss wird vom Vorstand einer Gliederung, der das Mitglied angehört, beim Schiedsgericht des Landesverbandes beantragt, dem das Mitglied angehört; sofern für das Gebiet, in dem das Mitglied den Hauptwohnsitz hat, noch kein Landesverband gegründet wurde, beantragt der Vorstand abweichend den Ausschluss beim Schiedsgericht der Partei.

**(9) Beschluss über den Ausschluss** Über den beantragten Ausschluss entscheidet das Schiedsgericht, bei dem der Ausschluss beantragt wurde.

**(10) Vorrangebot für Vorstände übergeordneter Gliederungen bei Ordnungsmaßnahmen**

Verhängt der Vorstand einer übergeordneten Gliederung eine Ordnungsmaßnahme in einer Sache, werden Ordnungsmaßnahmen, die vom Vorstand einer untergeordneten Gliederung in der selben Sache gegen das selbe Mitglied verhängt wurden, rückwirkend zu ihrer Verhängung aufgehoben; hat ein Vorstand eine Ordnungsmaßnahme verhängt, darf kein Vorstand einer untergeordneten Gliederung eine Ordnungsmaßnahme in der selben Sache gegen das selbe Mitglied verhängen.

**(11) Ordnungsmaßnahmen gegen Amtsinhaber** Gegen ein Mitglied, das ein Amt einer übergeordneten Gliederung innehat, kann der Vorstand einer untergeordneten Gliederung keine Ordnungsmaßnahme beschließen oder beim Schiedsgericht beantragen.

**(12) Klagemöglichkeit gegen Ordnungsmaßnahme** Ein betroffenes Mitglied kann gegen eine von einem Vorstand verhängte Ordnungsmaßnahme Klage beim Schiedsgericht einreichen.

## **§7.2 Ordnungsmaßnahmen gegen Gliederungen**

**(1) Verwarnung einer Untergliederung** Verstößt eine Untergliederung der Partei gegen die Satzung, so kann der Vorstand oder die Mitgliederversammlung einer übergeordneten Gliederung der Untergliederung eine Verwarnung aussprechen.

**(2) Auflösung einer Untergliederung als Ordnungsmaßnahme** Verstößt eine Untergliederung wiederholt oder fortwährend gegen die Satzung oder höheres Recht und fügt die Untergliederung der Partei damit einen schweren Schaden zu oder verstößt eine Untergliederung nach entsprechender Verwarnung über zwei Jahre fortwährend gegen die Satzung, dann kann die Mitgliederversammlung einer übergeordneten Gliederung die Auflösung der Untergliederung beschließen.

**(3) Beibehaltung der Parteimitgliedschaft bei Auflösung** Wird eine Untergliederung aufgelöst, dann verlieren Mitglieder nicht ihre Parteimitgliedschaft, außer diese werden mittels eines Parteiausschlussverfahrens gemäß [§7.1 \(7\)](#) ausgeschlossen.

**(4) Mitauflösung aller Untergliederungen** Wird eine Untergliederung aufgelöst, dann werden alle dieser Untergliederung untergeordneten Untergliederungen mit aufgelöst.

**(5) Sofortige Amtsenthebung des Vorstands** Beschließt eine Mitgliederversammlung entsprechend (2) die Auflösung einer Untergliederung, dann ist der Vorstand der Untergliederung mit sofortiger Wirkung seines Amtes enthoben; eine Klage beim Schiedsgericht hat keine aufschiebende Wirkung.

**(6) Liquidation einer Untergliederung** Zur Auflösung einer Untergliederung gemäß (2) übernimmt der Vorstand der übergeordneten Gliederung die Geschäftsführung der aufzulösenden Untergliederung.

**(7) Klagemöglichkeit gegen Auflösung einer Untergliederung** Gegen die Auflösung einer Untergliederung kann jedes Mitglied, das der aufzulösenden Untergliederung angehört, innerhalb von 14 Tagen Klage einreichen; erst nach Ablauf dieser Frist, oder im Falle der Klageeinreichung nach einem Urteil des Schiedsgerichts, kann der gemäß (5) mit der Auflösung beauftragte Vorstand die Gliederung endgültig auflösen.

**(8) Bei Auflösung einer Gliederung zuständiges Schiedsgericht** Bei Auflösung eines Landesverbandes ist das Schiedsgericht der Partei zuständig; bei Auflösung einer anderen Untergliederung ist das Schiedsgericht des jeweiligen Landesverbandes zuständig.

## §8 Salvatorische Klausel

**(1) Gültigkeit bei rechtswidriger oder unwirksamer Klausel** Sollte eine der Bestimmungen dieser Satzung ganz oder teilweise rechtswidrig oder unwirksam sein oder werden, so wird die Gültigkeit der übrigen Bestimmungen dadurch nicht berührt; in einem solchen Fall ist die Satzung vielmehr ihrem Sinne gemäß zur Durchführung zu bringen.

**(2) Anwendung des gesetzlichen Maßes bei ungültigen Leistungs- und Zeitbestimmungen** Beruht die Ungültigkeit auf einer Leistungs- oder Zeitbestimmung, so tritt an ihre Stelle das gesetzlich zulässige Maß.

**(3) Änderung der Satzung im Falle einer rechtswidrigen oder unwirksamen Klausel** Die rechtswidrige oder unwirksame Bestimmung ist unverzüglich durch Beschluss der Mitgliederversammlung zu ersetzen oder zu entfernen.

Unterschriften:

Bundesgeschäftsführer/  
Bundesvorsitzender

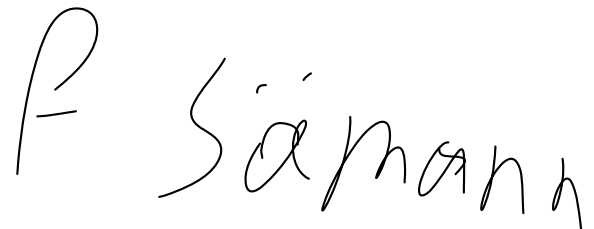
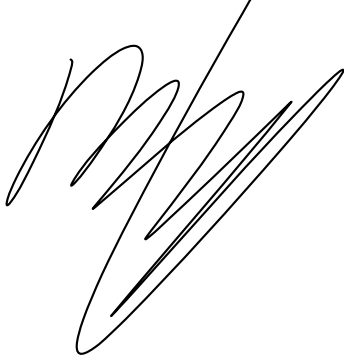
Bundeskassierer

stellvertretender Vorsitzender

Manuel Göllner

Frederik Willeke

Felix Sämann



# Parteiprogramm der JdPD

## **Inhalt**

**So kann es nicht länger funktionieren!**

**Herausforderung für eine neue Generation**

**Eine Chance, die wir ergreifen**

**Die neue Generation muss handeln**

**Junge demokratische Partei Deutschland für eine Zukunft Deutschlands**

### **Bildung, die jeden begeistert**

- Förderung des Bildungssystem
- Umstrukturierung des Militärs
- Digitalisierung in der Bildung fördern
- Höhere Leistungsstandards für das Lehramt Studium, gesetzter Notendurchschnitt
- Ausführlicher Pflichtunterricht für Informatik und Programmierung
- Bessere Zusammenarbeit von Schule und Industrie
- Lehrern mehr Freiheit ermöglichen
- Stipendien für 10 Prozent der Studierenden

### **Arbeit wird angenehmer**

- Besserung der Arbeitsverhältnisse für Pflegeberufe
- Bessere Weiterbildungschancen für jegliche Art von Berufen, unterstützen und für Weiterbildung
- Tarifpartnerschaft stärken
- Schaffung neuer Arbeitsplätze
- Selbständigkeit und Mittelstand stärken
- Digitalisierung in der Arbeitswelt vorantreiben
- Arbeitslose im Bereich Jobfindung unterstützen
- Handwerk attraktiver machen
- Landwirtschaft fördern, kleine Landwirten unterstützen und entlasten, größere Landwirten ermöglichen einfachere Landwirtschaft zu gestalten
- Polizei mehr Freiheit gewähren und mit besserer Technik ausrüsten, sowie die Justiz
- Gleichberichtigung zwischen den Geschlechtern, in der Arbeitswelt
- Optimierung von Hochschulen

# Parteiprogramm der JdPD

## • **Für eine Zukunft unserer Welt**

- Die Bundesrepublik Deutschland soll 2035 Klimaneutral sein
- Kohleausstieg 2035
- Aufforstung in Deutschland
- Abschaltung jeglicher Kohlekraftwerke Deutschlands, Kernkraftwerke werden für eine absehbare Zeit weiter in Betrieb bleiben, bis regenerativen Energiequellen den kompletten Energiebedarf decken können
- Förderung im Bereich Regenerative Energien
- Entschärfung der Dieserverbote, neue Studien werden benötigt
- Preiswerter regional Nahverkehr
- Förderung von Elektroautos, ausbauen der Ladestationen, Zuschläge beim Kaufen
- Nachhaltigkeit im Bereich Umweltschutz
- Akzeptanz von regenerativen Energiequellen in der Umwelt
- Pestizide verbieten gegen das Bienen sterben
- Zwang für Supermärkte von essbaren Überresten wiederverwerteten
- Wasserstoffmotoren und Biogasmotoren fördern und erforschen

## **Familie und Ehe stetig im Blick**

- Ehe für Homosexuelle - Adoption wird ermöglicht
- Familien entlasten in Bezug Kita und Wohnung
- Beruf und Familien Verhältnis verbessern
- Bessere Wertschätzung in der Gesellschaft von Familien

## **Forschung und Förderung für Deutschland**

- Verbesserung der Infrastruktur - Ausbau des 5G Angebots - Glasfaserleitungen werden Standard
- Forschung in Bereich neuer Technologien, Biotechnologie, Nanotechnologie
- Freies gutes WLAN im öffentlichen Raum
- Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur
- Förderung internationaler Wettbewerbsfähigkeit
- Förderung des Weltraumprogramms der ESA
- Forschung in den Bereich der Medizin

## **Gesundheitspolitik in Deutschland verbessern**

- Erlaubte Aufklärung für Abtreibung
- Ausbau der digitalen Gesundheitsleistungen
- Vergünstigung von Medikamenten
- Alle müssen in eine Krankenkasse einzahlen
- System der Krankenkassen optimieren
- Pflege und Gesundheit stetig verbessern

# Parteiprogramm der JdPD

## **Modernisierung unserer Demokratie**

- Freiheit im Internet
- Politik wird für Jugendliche und junge Erwachsene zugänglicher machen
- Förderung in der modernen Entwicklung unserer Demokratie

## **Immigration in Deutschland weiter Entwickeln**

- Doppelte Staatsbürgerschaft, jedoch eingeschränktes Wahlrecht
- Immigration stärken
- Rassismus Bekämpfung in Deutschland
- Schnellere Ausweisung von straffällig gewordenen Immigranten

## **Projekte mit der EU**

- Sicherungen der Menschenrechte
- Erhaltung der Digitalen Meinungsfreiheit
- Freiheit des Internet wird beibehalten werden
- Friedensprojekte mit Unterstützung der EU
- Förderung der geplanten europäischen Armee, durch Ingenieure und Wissenschaftler
- Terror Bekämpfung, durch Technische Unterstützung der EU

## **Förderung der Kultur**

- Erhaltung der Momentanen Kultur
- Unterstützung der Ehrenamtliche Ämter sowie Unterstützung der Projekte Ehrenamtlicher Organisationen

## **Sicherheit Deutschlands**

- Sicherheit innerhalb Deutschlands erhöhen
- Die Antwort auf viele Probleme lautet Europa!
- Konsequentes Vorgehen gegen terroristische Gefährder!
- Ausdehnung der anlassbezogenen Videoüberwachung mit Augenmaß!
- Bekämpfung von Cybercrime als künftige Schwerpunktaufgabe!
- Katastrophenschutz stärken und kritische Infrastrukturen sichern!
- Sicherheit vor Ort gibt es nur durch starke Kommunen und Städte!
- Geregelte Zuwanderung durch ein deutsches und europäisches Einwanderungsgesetz ermöglichen!
- Mehr Stätigkeit gerechter gestalten

## **Wohnraum für jeden ermöglichen**

- Wohnungsbauförderung
- Wohnmöglichkeiten verbessern und sichern
- Wohnen für jeden Bezahlar machen
- Wohnraum für Studenten und Auszubildende



# Parteiprogramm der JdPD

## **Drogenpolitik erneuern**

- Legalisierung von Cannabis
- Förderung von Fixstuben
- Bessere Aufklärung im Bereich Konsum bereitstellen
- Mildere Strafen für Konsumenten

## **Gerechte Steuer**

- Steuern anpassen, Ausgaben und Einnahmen müssen dafür eingesehen werden
- Erbschaft Steuer verringern
- Gleichmäßige Belastung von Steuerzahlern
- Steuerschlupflöcher verhindern
- Aufbewahrungsfrist für Steuerunterlagen auf fünf Jahre halbieren
- Steuer und handelsrechtliche Bestimmungen angleichen

## **Besserung der Rente**

- Bekämpfung der Altersarmut
- Budget vom Militär umstrukturieren oder anderen staatlich geförderten Projekten
- Alle müssen in eine Rentenkasse einzahlen
- Selbständiger Renteneintritt
- Die gesetzliche Rente stärken

## Parteiprogramm der JdPD

### **Herausforderung für eine neue Generation**

Wir sehen weltweit ein Umbruch in Bereich der Digitalisierung vorausschreitet, jedoch Deutschland winkt diese beschämen weiter Weise hinterher!

Wir als junge neue Generation innerhalb der Politik möchten aufräumen mit veralteten Denkmustern und unser Land im Bereich der Digitalisierung an die Spitze führen. Wir wollen unsere noch bestehende Bedeutung als Weltmarktführer beibehalten und dürfen uns nicht abhängen lassen. Die Digitalisierung sollte selbstverständlich in Schule, Arbeitswelt, Studium und Allgemein in sämtlichen Lebensbereichen praktiziert werden.

Wir sind die neue Generation und wir dürfen nicht länger der älteren Generation unsere Zukunft überlassen. Wir werden diese Herausforderung wahrnehmen, damit Deutschland weiterhin ein Land von Wohlstand ist und individuellen Freiheiten.

### **Eine Chance die wir ergreifen**

Die Chance, die wir sehen, ist entstanden, weil unsere Regierung ihre Versprechen nicht hält.

Wir werden niemals, egal wie schwer es sein wird, uns gegen die Meinung des Volks stellen. Wir werden euch anhören und dieses Vertrauen von euch nicht missbrauchen. Diese Chance, die wir als, junge Demokraten ergreifen, soll Deutschland wieder an die Spitze führen und dem Wähler zeigen, dass wir hinter den Dingen stehen, die wir umsetzen wollen und egal wie schwer diese Chance sein wird wir ergreifen die Chance.

Wir als neue Partei werden die Chance nutzen, Deutschland so zu verändern, dass es wieder lebenswert für alle wird. Lobbyisten hingegen dürfen keine Chance mehr haben unsere Politik zu korrumpieren, wir verbitten uns jeglichen Einfluss. Die Bundesrepublik Deutschland wird nicht von Lobbyisten kontrolliert und regiert, sondern von denen die ihr wählt.

Wir als junge Demokraten stehen für eine ehrliche Unkomplizierte Gestaltung der Bundesrepublik Deutschland!

Wir ergreifen die Chance und werden Deutschland an die Spitze führen und dies, ohne das Volk zu verraten, sondern hinter diesem stehen.

### **Die nächste Generation muss handeln**

Die neue Generation muss handeln und damit meine ich die Generation, die meine Partei vertritt und der ich selber angehöre. Die älteren Generationen, die momentan in der Regierung oder Opposition sind handeln nach unserem Ermessen zu wenig und besonders die Regierung tut zu wenig in Bereichen des Klimawandels und im Bereich der Digitalisierung.

Wir müssen handeln und wir sind die die etwas erreichen können, indem wir handeln und nicht still bleiben. Wir müssen nicht nur im Bereich des Klimawandels handeln, der die größte Aufgabe unserer und der nächsten Generation sein wird, sondern handeln damit die Meinungsfreiheit gewahrt und nicht durch die neue EU-Urheberrechteform in Schranken gewissen wird, denn dies darf niemals wieder in

## Parteiprogramm der JdPD

diesem Land passieren, dass unser Wort Zensiert wird in der Öffentlichkeit oder im Internet, dem Ort wo wir frei sind und unsere Meinung frei kundgeben können. Wir müssen handeln und dazu alle jene die sich für unsere Generation einsetzen und unsere Anliegen verstehen, damit wir auf diesem Planeten weiterhin gut leben können und damit wir unserer Meinung weiterhin frei kundgeben können  
Die älteren Generationen handeln nicht, also müssen wir ihre Fehler wieder gut machen und handeln.

## **Junge demokratische Partei Deutschland für eine Zukunft Deutschlands**

Wir als, Junge demokratische Partei Deutschland sind eine Partei, die vielleicht nicht ernst genommen wird, aber wir sind trotz des jungen keineswegs unerfahren oder würden nicht verstehen wie wir die Wünsche unserer Wähler umsetzen könnten. Wir sind eine Partei, die im Sinne des Volkes handeln wird und auch wissen wie. Auch wenn Sie denken das jung unerfahren meint liegen sie falsch, denn wir formulieren genau, was wir umsetzen wollen.

Darum bitte ich sie uns als Partei ernstzunehmend damit wir Ihnen beweisen können wie wir die Situation Deutschlands verbessern können und zu zeigen, dass jung nicht unerfahren bedeutet.

Wir sind die Junge demokratische Partei Deutschland, die eine bessere Zukunft für Deutschland schaffen wird, als andere Parteien.

# Parteiprogramm der JdPD

## **Bildung die jeden begeistert**

Bildung, die jeden begeistert ist, etwas das natürlich nicht so einfach umzusetzen ist und womit wir uns ein großes und wichtiges Ziel setzen. Denn niemand kann sich bilden ohne dass sich jemand dafür auch begeistert. Damit dies auch passiert, arbeiten wir als Partei daran Bildung attraktiv zu machen womit jeder auch etwas anfangen kann und niemand abgeneigt sein kann sich selbst zu fördern und zu bilden, denn wenn wir uns selbst nicht begeistern können schafft es auch kein anderer und damit es andere schaffen euch zu motivieren, liegt es an uns die Bildung so zu optimieren damit Ihr von der Bildung begeistert seid und nicht abgeneigt.

## **Förderung des Bildungssystems**

Das Bildungssystem zu fördern ist etwas, dass in jedermann Augen etwas ist, dass für das Allgemeinwohl wichtig ist, denn wenn das Bildungssystem gefördert wird so kann jeder innerhalb Deutschland eine Bildung genießen, die entsprechend gut für unser Land ist und wo niemand zurück hängen muss, denn wenn wir das Bildungssystem genug fördern sodass jeder entsprechend gut gelehrt wird, damit niemand sich benachteiligt fühlt und jeder eine gute und schöne Zeit mit seiner Bildung verbringen kann, dann haben wir das Ziel erreicht das Bildungssystem stark genug zu fördern.

Wie wir das Bildungssystem fördern ist eine Sache, die an uns liegt und die wir Umsetzen werden, denn die Förderung ist etwas das wir niemals außer Acht lassen dürfen.

## **Abrüsten des Militärs, Senkung des Militärs Budgets, ergo Förderung der Bildung, Budget wird angehoben**

Das Förderung immer Geld benötigt ist nicht etwas neues, aber die Gelder für die Förderung soll nicht durch eine neue Steuer entstehen, sondern dadurch das Förderung vom Staat besser investiert werden. Denn der Gedanke unserer Umsetzung ist der, dass das Militär Budget genutzt werden soll und dass soll geschehen, denn nach unserer Meinung braucht es kein groß flächiges Militär in den Zeiten des europäischen Friedens, trotz der vielen Kriege können wir Verbündete unterstützen ohne das Militär stark zu nutzen, denn wir können diese mit hoch qualitativ hochwertiger Ausrüstung ausstatteten, damit wir noch unsere Auflagen innerhalb der NATO einhalten können.

Trotz der ethischen Frage ist in unseren die Bildung etwas das viel höher gesetzt werden sollte als der Krieg und die Gewalt, denn wir wollen in unsere Zukunft investieren und in unsere nächste Generation, damit sie das genießen können was wir momentan haben.

## **Digitalisierung in der Bildung fördern**

Das Digitalisierung ein sehr wichtiger Punkt in unserer momentanen Zeit, dies ist uns allen bewusst, deshalb muss ein Umbruch auch in der Bildung passieren, damit wir nicht hinter her hängen.

## Parteiprogramm der JdPD

Die Digitalisierung der Bildung ist etwas das sehr wichtig ist, denn wir wollen als Partei das beste Material haben für unsere Schüler, damit sie die besten Möglichkeiten für das Lernen haben.

Damit dies auch so passiert wie wir uns das als Partei vorstellen ist es in unseren möglichsten alle Schulen innerhalb Deutschland Geld technisch so gut wie es geht zu versorgen und dazu wollen wir nicht nur Lehrer mit der modernen Technik ausrüsten, sondern auch die Schüler damit ausrüsten, damit auch auf langer Sicht die Umwelt dadurch geschont wird, denn wenn jeder Schüler ein Tablett hat wird die Umwelt geschont und Sie lernen auch dadurch Verantwortung wenn sie etwas so kostbares nutzen und das Tag für Tag.

Damit wollen wir unsere Schulen wieder stark fordern und auch digitalisieren.

### **Höhere Leistungsstandards für das Lehramt Studium, gesetzter Notendurchschnitt**

Schüler können trotz der besten Versorgung nicht die beste Bildung genießen, wenn Lehrer in ihr Amt kommen und nicht für diesen Job geeignet, deshalb sehen wir dies als Partei als ein Gewaltiges Problem.

Wir wollen nicht nur wie es momentan üblich ist, dass die anstrebenden Lehramtsstudierende zu werden nur ein gutes ABL mitbringen müssen, sondern das sie bevor sie angenommen werden können ein Pädagogischen Test, sowie einen Test unterzogen werden, der ihre Belastbarkeit testet, damit sie für jede Art von Schüler bereit sind und sich auch im Klaren sein müssen wie herausfordernd dieser Beruf sein kann.

Die Idee ihre Belastbarkeit zu testen wäre natürlich ein extrem Fall, indem ein Jahr lang an jeder Schulform unterrichtet werden muss, um den kompletten Berufsbereich kennenzulernen, damit nur Personen, die sich wirklich bewusst gemacht haben, wie der Beruf eines Lehrers aussieht und niemand der nur eine Schulform kennt.

Der Pädagogische Test müsste von einem Experten in diesem Bereich vollzogen werden, damit auch wirklich sicher sein kann, dass diese Person ein wirkliches Interesse hat die nächste Generation auszubilden und vorzubereiten.

### **Ausführlicher Pflicht Unterricht für Informatik und Programmierung**

Die Digitalisierung ist etwas, dass in unserem Zeitalter sehr wichtig ist, doch reicht es nicht mehr aus nur innerhalb der Ausbildung und des Studiums etwas über Informatik und Programmierung ausführlich unterrichtet werden, sondern man muss schon in der Schule anfangen damit unserer Schüler im diesem Themen Bereich nicht hinter anderen Ländern stark hinterher hängen und wir als Deutschland auch nicht nur einer der besten Ausrüstungen konstruieren können und besitzen, sondern auch sehr gute qualifizierte Arbeitskräfte stellen können, die wir auch im Ausland ohne große Probleme einsetzen könnten.

Wir als Partei wollen es Umsetzen, indem wir als erstes die Informatik Unterrichte auf alle Schulen einem Niveau anpassen das gewisse Einhaltungen haben muss,

## Parteiprogramm der JdPD

sowie konkrete Lehrpläne und auch das man dieses Unterrichtsfach möglichst früh einbringt, damit die Schüler nicht zu viel in kürzester Zeit lernen müssen, sondern bestenfalls innerhalb 5-10 oder im Falle eines Gymnasium 5-13, konsequent Informatik als Fach ausüben können und dies möglichst Stressfrei.

Beim Unterrichtsfach Programmierung ist es ähnlich zum Fall des Unterrichtsfaches Informatik nur das man dies noch einführen müsste und von den normalen Grundkenntnissen die man im Informatik Unterricht lernt weiter ausbauen muss und spezialisiert auf bestimmte Themen Bereiche eingehen und von Jahr zu Jahr unterrichtet werden und auch praktisch genutzt werden müssen, damit Schüler auch wissen wie man überhaupt in der Arbeitswelt programmiert und nicht nur Theorie können und schlussendlich versagen.

Wir wollen nur das Beste für die Zukunft der Schüler und wollen deshalb alle mit diesen Fächern der Digitalisierung weiterbringen, sowohl Schüler als auch Lehrer.

### **Bessere Zusammenarbeit von Schule und Industrie**

Damit die Schüler wissen was sie nach ihrem Abschluss machen können, wollen wir die Industrie, jeglicher Art, besser mit den Schulen verknüpfen, denn wenn wir gezielt allen Schülern von Experten der jeweiligen Industrie erklärt bekommen wie die Arbeitswelt aussieht und dies nicht unbedingt von einem Lehrer kommt, könnte es sein das Schüler viel interessierter sind für den Beruf der vorgestellt wird.

Damit würde man erstens eine Verbindung zwischen Industrie und Schüler schaffen, wo Schüler direkt an die Experten stellen können und Informationen austauschen können.

Dieser Schritt ist auch wichtig, denn viele Schüler wissen gar nicht was sie machen wollen und machen nach ihrem Abschluss nichts und überlegen noch nicht mal was infrage kommen könnte, deshalb wollen wir beides besser verknüpfen, dies wollen wir machen, indem wir Schulen und Industrie direkt ermöglichen sich in Kontakt zu setzen, ohne große Bürokratie und das es möglich ist genug Informationsveranstaltungen zu organisieren, damit eben alle Industrien gleichermaßen aufklären können und Fragen beantworten können.

Wir haben es uns vorgestellt das ein Schultag benutzt wird um eben diese Informationsveranstaltung zu organisieren, damit alles sauber und sachlich erklärt wird, dazu sollte man in etwa etwas einführen wo Schüler einen Monat innerhalb der Schule alles erklärt bekommen können, aber auch in ihrer Freizeit, damit engagierte Schüler sich weiter entfalten wollen, wenn sie es unbedingt wollen.

### **Lehrern mehr Freiheit ermöglichen**

Lehrer müssen sich an Lehrpläne, die vom Staat vorgeben halten, damit alles gut strukturiert ist, aber dass man dadurch auch Lehrern ihre Kreativität nehmen könnte, finden wir als Partei nicht gut, denn warum sollte man Talente, die bessere Ideen haben unterdrücken und nicht erlauben genau ihre Ideen zu nutzen.

Lehrer würden nicht mehr einen Lehrplan erhalten an denen sie sich komplett halten müssten, sondern das ein Minimum sein muss und Lehrer mit mehr individuellen Ideen können dann dadurch ihren Unterricht besser gestalten und ausschmücken, damit Schüler nicht nur stumpf lernen, sondern auch verstehen und

## Parteiprogramm der JdPD

gewillt sind zu lernen, denn durch langweiligen Unterricht sind Schüler abgeneigt es verstehen zu wollen und stellen auf Stur, aber sobald der Lehrer seine guten Ideen einbringen kann und auch umändern kann wenn es anders besser funktioniert, dann ist dies im Sinne der Bildung definitiv besser als stumpfen langweiliges lernen.

### **Stipendien für 10 Prozent der Studierenden**

Wir als junge Demokraten streben eine leistungsorientierte Förderung von 10 Prozent

der Studierenden an, denn wir sind für Bildungsunterstützende Regierung. Momentan werden nur 5 Prozent der Studierende unterstützt und dies ist in unseren Augen falsch.

Wir wollen eine Unterstützung für unsere Studenten sein und diese entlasten. Damit der Fachkräftemangel verringert wird müssen die Studenten zu qualifizierten Fachkräften ausgebildet werden und damit dies funktioniert wollen wir diese mit Stipendien unterstützen, damit ihre vollste Konzentration bei dem Studium liegt. Es ist nämlich, dass Studenten, wenn sie sich keine Sorgen um ihr Geld machen müssen sich besser auf ihr Studium konzentrieren können und wahrscheinlicher besser abschneiden.

Wir sind dafür, dass Talente gefördert werden und deren Anstrengungen, damit dies funktioniert, werden wir in Privatinvestitionen investieren und dazu das Deutschlandstipendium ausbauen.

Damit Schulabgänger frühzeitig wissen wie ihr Lebensweg nach dem Studium auszieht, wollen wir an allen Schulen, dass für die Studienberatung und Berufsberatung genügend investiert wird und dies durch Informationsmessen ergänzt wird.

Wir wollen Studenden unterstützen, damit diese sich voll und ganz auf ihr Studium konzentrieren können und sie auf den Lebensabschnitt danach vorbereiten.

Dies alles wollen wir erreichen, damit Deutschland ein Land wird, wo Geldmangel die Bildung nicht gefährdet.

### **Arbeit wird angenehmer**

Wir als Partei wollen Arbeit angenehmer machen, das heißt aber nicht, dass sie geringer wird.

Wir wollen das jeder Deutscher Bürger zu seiner Arbeit gehen kann und ein Gefühl des Unwohl zu spüren, damit alle mit Freude produktiv arbeiten können.

Wir haben es uns vorgestellt, dass Personen, mit qualifizierten Menschen Kenntnissen, einmal im Quartal in die Betriebe gehen um eben das Personal zu befragen wie das Arbeitsklima ist und wie die Arbeitsverhältnisse sind, die anhand einer Grundvoraussetzung geprüft werden und eingehalten werden müssen, damit die Arbeiterschaft einen angenehmen Arbeitsort haben.

Wir wollen nicht nur das Arbeitsklima sowie die Arbeitsverhältnisse verbessern, sondern auch dass es für die gelernten Arbeitskräfte möglich ist die Arbeit zu Vollrichten, ohne stark überfordert zu sein.

## Parteiprogramm der JdPD

### **Besserung der Arbeitsverhältnisse für Pflege Berufe**

Pflege Berufe gehören zu einer Berufsgruppe, die nicht von vielen Personen ausgeübt werden, trotz des benötigten Fachpersonal und dazu sind die Arbeitsverhältnisse nicht besonders gerecht zu den Aufgaben, die geleistet werden müssen.

Die Arbeitsverhältnisse wollen wir verbessern, damit junge Menschen sich für diesen Beruf vielleicht begeistern können und dazu dass die momentanen Arbeitskräfte dieser Berufsgruppe ein angenehmeres Arbeitsverhältnisse hat, damit sie die benötigten pflege Bedürftigen mit dem besonderen Respekt und der Leistung pflegen können die sie verdienen.

Wir als Partei wollen, dies schaffen damit jeder später im hohen Altem oder wenn man gewisser Pflege benötigt auch erhält.

Dieses Projekt wollen wir umsetzen, indem wir die Bezahlung drastisch erhöhen, damit es ein gerechter Lohnausgleich wird, die der Arbeit entsprechend ist.

Der Lohn sollte, aber auch nicht zu hoch sein, damit dieses Berufsfeld auch nicht zu attraktiv wird, denn wir wollen ein erhöhtes Interesse im Pflegeberufsfeld, aber nicht, dass dieses Berufsfeld zu stark verlangt wird.

Wir haben und es vorgestellt, dass diese Berufsgruppe, je in welchem Beruf genau, eine Lohn Erhöhung von bis zu Zehn Prozent erhält, damit wir Personal für dieses Berufsfeld gewinnen können, sowie erhalten können.

### **Bessere Weiterbildungschancen für jegliche Art von Berufen, unterstützen der Weiterbildung**

Weiterbildung ist eine sehr gute Sache, um sich Wissen anzueignen auch nach der Schule und der Ausbildung.

Um eben diese Möglichkeit zu fördern, damit Deutschland gut gebildete Facharbeiter haben, die neue Innovationen erbringen können, wollen wir Weiterbildungen, wie den Meister oder dem Beatchlor, fördern damit Wissbegierige mit Potential, trotz Geldmangels, nachgehen können, denn Wissen ist etwas das nicht nur diejenigen erhalten dürfen, die viel Geld beizten.

Wir wollen auch das Betriebe, auch wenn schon einige Betriebe Rücksicht auf Weiterbildende nehmen, Rücksicht nehmen und auch dieses Potential wenn sie es sehen fördern und wenn nicht die nötigen Vorkehrungen treffen, die nötig sind damit der zukünftig Weiterbildende eine Chance hat das Wissen zu erlangen wonach erstrebt, es ihm ermöglicht eine Weiterbildung, sei es ein Studium oder eine Technikerschule, anzutreten, denn warum sollten Betriebe keinen Kontakt zu diesen Instituten erstellen, damit die nächste Generation sich weiter entwickeln kann, damit den Anstrebenden Arbeit und Stress abgenommen wird, um eben Staat und Institut zu kontaktieren, damit sie sich auf das Lernen konzentrieren können.

Dies wollen wir alles Umsetzen mit staatlichen Projekten, damit die nächste Generation eine gute Aussicht, wenn sie sich anstrengen, auf ihre Zukunft hat.

Ohne Anstrengung kommt auch nichts zustande und wenn der Staat dies bemerkt, denn alle möglichen Ergebnisse sollten an den Staat weiter geleitet werden, um zu erkennen das es sich überhaupt lohnt diese weiter zu finanzieren, müsste sich diese



## Parteiprogramm der JdPD

Person um alles selber kümmern, denn niemanden wird auf der Welt oder diesem Land etwas geschenkt, denn wir wollen ein Volk das zufrieden ist mit dem was es tut und auch dem entsprechend entlohnt werden soll.

Wir wollen auch Studiengänge dieser Art vergünstigen, sowie stärker fördern, damit diese Personen das Best mögliche Weiterbildung erhalten, damit wir qualifizierte Arbeitskräfte haben und unserer Wirtschaft vorangetrieben wird.

### **Schaffung neuer Arbeitsplätze**

Arbeitslosigkeit ist schon seit einiger Zeit nur noch ein Problem geworden das nur noch wenige zum Glück betrifft.

Trotzdem wollen wir als Partei mehr Arbeitsplätze schaffen, damit jeder für sich sorgen kann und ein angenehmeres Leben führen kann, denn wir wollen nicht das nicht arbeiten kann, weil es nicht genug Arbeit gibt und wir wollen auch Arbeitsplätze schaffen, die die Würde eines Menschen nicht verletzt.

Die Schaffung neuer Arbeitsplätze ist nicht einfach, aber wir haben das technische Potential und den Willen neue Arbeitsplätze zu schaffen, denn wir wollen in regenerativen Energie setzen und um dort zu forschen und dieses Projekt umzusetzen benötigt man Fachpersonal und dies wiederum schafft neue Arbeitsplätze, die einem Menschen nicht die Würde raubt und jeder der den Willen hat auch diesen Beruf erhalten kann,

Wir wollen nicht nur Arbeitsplätze im Bereich der regenerativen Energie fördern, sondern auch Arbeitsplätze im Bereich der Digitalisierung in der Form der Fortbildung anderer sowie im der Branche selbst um eben beispielsweise als Entwickler arbeiten zu können und dies würden wir umsetzen, indem wir die Maße der Ausbildung versuchen würden von Staatlicher Seite aus zu fördern und diese Berufsgruppe attraktiver zu gestalten.

Dazu wollen wir aber auch in Nanotechnologie und Biotechnologie investieren, dass dann wegen der Forschung und Umsetzung gelerntes Personal fordert und dadurch Arbeitsplätze geschaffen werden und auch mehr anstrebend würden sich für diese Berufsgruppe zu interessieren.

Für die Digitalisierung ist es nicht nur erforderlich das neue Arbeitsplätze geschaffen werden sondern auch dass die Digitale Vernetzung erfolgt, damit meinen wir das Internet im Bereich Geschwindigkeit stark gefördert wird und dies benötigtes Fachwissen, dass es schafft Glasfaser sowie 5G, als Standard zusetzen im Laufe der Zeit und dies schnellst möglich, denn dadurch das Arbeiten mit dem Internet nur besser und einfacher ist, sowie Stress freier.

Neue Arbeitsplätze sind wichtig, trotzdem niemand einfach eingestellt wird, sondern immer noch für den Beruf die nötige Qualifikation hervorbringen muss.

### **Selbständigkeit und Mittelstand stärken**

Die Selbständigkeit und der Mittelstand bilden ein Säule in unser Gesellschaft, denn sie sind diejenigen die die meisten Ausbildungsberufe aufstellen, am Beispiel des Handwerks klar und deutlich zu sehen wie viele Meisterbetriebe Ausbildungen anbieten und wie groß dort die Auswahlmöglichkeit besteht von KFZ

## Parteiprogramm der JdPD

Mechatroniker bis zum Elektriker für Systemtechnik und dies sind nur zwei Beispiele was ein Meisterbetrieb ausbilden kann je nach Berufsrichtung. Diese Säule soll auch in Zukunft noch existieren und dies wollen wir schaffen. Wir wollen den Meisterbrief auch für das Ausland noch weiter stärken, damit die Arbeit, die sie innerhalb Deutschlands vollbringen auch ohne Probleme im Ausland erledigen könnte.

Wir als Partei wollen auch das der Schritt in die Selbständigkeit und den Mittelstand angenehmer wird und sorgloser, damit die die diesen Schritt wagen ein kein Existenzrisiko haben und bedenkenlos auf den Bezug des Geldes ihrer Arbeit nachkommen können und die Schritte wagen eine Säule der Gesellschaft zu bilden. Wir wollen dies erreichen indem wir durch Steuerliche einnahmen das Wagniskapital erhöht und Start-ups damit helfen ein Unternehmen zu werden.

Wir erkennen auch die duale Ausbildung an und wollen auch dazu nach dem der Meisterbrief abgeschlossen worden ist die Kosten größtenteils mindern bis zu komplett abschaffen, wenn der Betrieb dies nicht tut, um den jungen anstrebenden Arbeitern nicht direkt alles mit dem Abzahlung demotivieren, damit sie die beste Leistung erbringen können.

### **Digitalisierung in der Arbeitswelt vorantreiben**

Die Technologie reift immer weiter voran in der Arbeitswelt und somit auch die Digitalisierung und diese wollen wir in der Arbeitswelt stark vorantreiben, damit wir Konkurrenzfähig bleiben im Gegensatz mit anderen Ländern.

Damit wir einfacher die Digitalisierung voran treiben können von Staatlicher Seite und Firmen es einfacher machen zu wollen Digital zuarbeiten, sei es im Internet oder am Großrechner, wollen wir die stark vom Volk abgestrittene Urheberreform auf Minimum reduzieren und auch dafür einsetzen das diese gänzlich aus dem Gesetzbuch verschwindet, damit Firmen nicht in Bedrängnis geraten wenn sie etwas falsches von der Sicht der Filter hochladen und somit keine Arbeit verloren gehen soll und mühen erhalten bleiben.

Die Digitalisierung beruht nicht nur auf dem Internet, sondern sowohl auch auf dem technischen Wege der Entwicklung der Maschinen, für das effizienter arbeiten als jetzt, ohne dass diese Menschen überflüssig machen.

Um dieses Werk zu vollbringen wollen wir sehr viel Geld in diese Forschung stecken, damit wir dieses auch nach einem gewissen Zeitabschnitt wieder zurückerlangen und damit die Arbeiterschaft besser bezahlt werden kann ohne, dass diese sich selbst zerstören durch stark körperliche Anstrengungen.

Die Industrie gibt einiges schon vor, Beispiel Automatisierung der Automobil Herstellung und dies wollen wir stärker ausreifen um Weltmarktführer in der Automobilindustrie bleiben könne und das wir aufholen können in jeglichen anderen Bereichen der Industrie.

Dies alles funktioniert nur durch viel Arbeit und Forschung und wir würden auch den Schritt machen, dass wir versuchen würden mit Nachbarländern Forschungen stärker zu verbinden, um effizienter zu arbeiten.

# Parteiprogramm der JdPD

## **Arbeitslose im Bereich Jobfindung unterstützen**

Arbeitslosigkeit ist ein Problem, das niemanden treffen sollte, damit jeder einen angenehmen Lebensstandard führen kann ohne Existenzängste zu haben.

Wir wollen Arbeitslosen helfen einen Job zu finden, dies wollen wir noch stärker fördern als dass es jetzt schon gefördert ist, denn wir wollen massive Aufbaukurse im Bereich der Jobfindung für Arbeitslose ins Leben rufen, damit sie wieder lernen wie sie sich richtig im Bewerbungsverfahren verhalten müssen und welche Schritte sie in die Wege leiten müssen.

Dies wollen wir umsetzen, indem wir ihnen einmal ein Aufbau Seminar finanzieren, damit sie ihr Arbeitslosengeld oder ihr Hartz 4 für ihren Lebensunterhalt verwenden können.

Wir wollen auch eigen Initiative von ihnen haben, damit wenn sie ihr Leben wieder geordnet haben alle überleben können ohne Hilfe vom Staat, deshalb verlangen wir von den Arbeitslosen mehrere Bewerbungen die sie schreiben müssen und auch den Willen zeigen wirklich zu arbeiten, denn wenn sie dies nicht tun bekommen sie nach dem Arbeitslosengeld kein Hartz 4, sondern nur noch die finanzielle Unterstützung zum Wohnen und müssten überlegen wie sie an Geld kommen, wenn sie nichts innerhalb der zwei Jahre getan haben und keinen Willen zeigten irgendwas zu finden um eben aus der Arbeitslosigkeit zu entkommen.

Damit die Arbeitslosen es auch einfacher haben wollen wir Berufe mit niedrigeren Ansprüchen oder die nur eine kurze Schulung verlangen fördern, damit diese auch einen solchen Job erhalten können und diese wollen wir erreichen, indem wir Fördergelder investieren um diese Schulungen zu finanzieren.

## **Handwerk attraktiver machen**

Das Handwerk ist einer der wichtigsten Berufsfelder, die es innerhalb Deutschlands gibt, trotzdem stirbt dieses Berufsfeld nach und nach aus. Wir als Partei stehen hinter dem Handwerk und dessen Berufsfeld, denn diese Berufe sind unentbehrlich für unser Land.

Wir wollen das Handwerk attraktiver machen, wir wollen, dass das Handwerk wieder mehr Personen anspricht und sich dieses Berufsfeld zu ihrem Berufsfeld machen.

Damit das Handwerk wieder mehr Leute anspricht haben wir uns als Partei überlegt, dass die Handwerksbetriebe stärker auf Schulen zugehen dürfen und dort von der Arbeit, die im jeweiligen Handwerksberuf berichtet wird und näheres erklärt wird.

Dazu sollen kleinere Handwerksbetriebe, falls diese mehrere Ausbildungen nicht gut finanzieren können, Förderung erhalten damit die die eine Ausbildung machen wollen, auch eine vernünftige Ausbildung erhalten und es nicht am finanziellen liegen soll, das die Auszubildenden keine vernünftige Ausbildung haben sondern eine angenehme Ausbildung haben und diese absolvieren können.

Nicht nur kleinere Handwerksbetriebe sollen Förderung erhalten, sondern auch größere.

## Parteiprogramm der JdPD

Wir wollen es den größeren Ausbildungsbetrieben es von staatlicher Seite aus die Ausbildung angenehmer gestalten lassen für Arbeitgeber aber noch wichtiger für Arbeitnehmer, damit die Auszubildenden nicht von diesem Berufsfeld verunsichert sind, sondern begeistert und diesen Beruf nach der Ausbildung weiter ausüben. Wir wollen ein starkes großes Handwerk für Deutschland, damit Deutschland nur wachsen kann in allen Bereichen des Lebens.

### **Landwirtschaft fördern, kleinen Landwirten unterstützen und entlasten, größeren Landwirten ermöglichen einfacher Landwirtschaft zu leisten**

Die Landwirtschaft ist einer des wichtigsten Bereichs innerhalb Deutschlands und will diese auch stark fördern um den großen sowie den kleinen Landwirten ihre Aussichten zu verbessern.

Wir wollen die kleinen Landwirte, die es sehr schwer haben stärker unter die Arme greifen, damit sie ein angenehmes Arbeitsleben haben könne, ohne in große finanzielle Sorgen zu geraten. Dies wollen wir schaffen indem wir den kleineren Landwirten, wenn ihnen Ernten wegfallen oder ihr Fleisch nicht abgekauft wird, sie finanziell zu unterstützen, indem wir ihnen für diese wegfallenden Einnahmen größtenteils entschädigen.

Wir sind auch dafür, dass Landwirten viel mehr für ihre Produkte verlangen dürften, ohne in Konkurrenz stehen zu müssen mit den großen Landwirtschaftsunternehmen, denn dies ist ein Grund für ihre Existenzängste. Damit sich aber trotz geringer Einnahmen sich Landwirten weiterhin ihre Maschinen finanzieren könne wollen wir ihnen große Summen an Fördergelder zukommen lassen auf das ganze Land verteilt.

Damit die Arbeit auch einfacher wird mit den modernen Maschinen wollen wir die Entwicklung stärker in der Landwirtschaft vorantreiben und Modelle entwickeln die Leistungsstark sind aber auch möglichst bezahlbar sind.

Größere Landwirten wollen wir stärken in dem Sinne wir sie fördern und ermöglichen Arbeit zu vereinfachen, damit diese noch qualitativ hochwertiger wird, damit wir eine höhere Lebensmittelqualität erreichen können und uns Deutschen noch besser geht und das wir nicht nur in Zukunft Nahrung aus dem Ausland importieren müssen.

Wir wollen dies alles erreichen und dies wollen wir erreichen indem wir Landwirten ermöglichen weniger steuerliche Zahlungen zu vollbringen, damit sie eben nicht unter hohem Druck geraten und der Nahrung deshalb viele Chemikalien zusetzen und damit auch die Tiere die sie aufziehen ein besseres Leben erhalten können und nicht wenn es zu sich genommen wird man davon Schäden erhalten könnte.

Damit dies auch alles möglich ist wollen wir die Landwirten nicht nur finanziell entlasten, sondern auch fördern das sie den Schritt wagen können aufzuhören billige und qualitativ niedrige Produkte herzustellen und mehr auf qualitativ hochwertige Nahrung setzen können ohne das sie finanzielle Schäden erhalten und

## Parteiprogramm der JdPD

ihnen ermöglichen die Landwirtschaft einfacher zu gestalten, indem wir Auflagen beseitigen die ihnen es erschwert qualitativ hochwertige Nahrung zu produzieren.

Allgemein wollen wir jegliche Art der Landwirtschaft fördern und von Bürokratischer Sicht vereinfachen, damit Landwirten sich stärker auf ihre Aufgaben der Landwirtschaft zu konzentrieren und diese zu optimieren mit unseren Verbesserungen, damit alle nicht an ihrer Existenz zweifeln müssen und nicht vor einem finanziellen Untergang stehen müssen.

### **Polizei mehr Freiheit gewähren und mit besserer Technik ausrüsten, sowie die Justiz**

Die Sicherheit ist etwas das wir alle wollen und um diese zu vollbringen wollen wir der Polizei mehr Freiheit gewähren, damit sie nicht beeinträchtigt sind während ihrer Arbeit oder dass sie stark kritisiert wird nur weil sie ihre Arbeit leistet.

Die größere Freiheit der Polizei ist nicht das Einzige das wir gewähren möchten, sondern reicht dies natürlich nicht aus um eine bessere und angenehmere Arbeit zu voll richten, denn es muss dazu eine verbesserte Ausrüstung für die Polizei erstellt werden, damit für eine verbesserte Sicherheit gesorgt werden kann.

Die Freiheiten die wir Polizisten erteilen wollen sind diese, dass sie einen Schlagstock mit sich führen dürfen und auch nach eigenem Ermessen einsetzen dürfen, sowie das sie einen Elektroschocker verwenden dürfen, anstatt der Waffe die eine Person töten könnte oder versehentlich auslösen kann, uns ist auch bewusst das Schäden auftreten könnten bei einem Elektroschocker, dies ist aber etwas das bei jeder Gegenmaßnahme passieren könnte und dieser Einsatz eines Elektroschockers würde auch Problem Situationen stark abmindern. Die andere Freiheit, die wir der Polizei erteilen wollen, ist das sie bei dem Auftreten Radikaler Gruppierungen stärker auftreten dürfen, ohne dafür belangt zu werden, damit diese Gefahrengruppen keine Gefahr mehr darstellen können und dadurch verstehen könnten das sie stärker behandelt werden.

Die bessere Technik die die Polizei erhalten soll ist nach unserem Ermäßen diese Ausrüstung die sie momentan haben komplett zu optimieren und dazu das sie Ausrüstung erhalten die es der Polizei erleichtert Taten zurückzuverfolgen, mit besseren Kraftfahrzeugen, die einiges schneller sind, Schlagstock und Elektroschocker und bessere und genauere Drogenschnelltest. Wir wollen den Polizeibeamten es auch erleichtern Durchsuchungsbeschlüssen zu erhalten.

Der Justiz, Gericht, wollen wir Ausrüstung zuteil kommen lassen womit es ihnen einfacher Gestalt Personen, die in Gewahrsam sind zu kontrollieren, dazu noch Ausrüstung die dazu Beiträgt Personen die nicht auffindbar sind besser zu verfolgen und oder zurückzuverfolgen.

### **Gleichberichtigung zwischen den Geschlechtern**

Die Gleichberichtigung zwischen den Geschlechtern in der Welt der Arbeit ist uns sehr wichtig und wollen dies mit allen Mitteln umsetzen, dass jeder die gleiche

## Parteiprogramm der JdPD

Entlohnung bekommt für seine Arbeit und nicht das eine Geschlecht mehr erhält als das andere oder dass das eine Geschlecht bevorzugt wird bei einem Jobangebot. Dies wollen wir erreichen, damit sich keine Person überarbeiten muss, damit diese ihre Gerechte Bezahlung erhält. Dieses Unterfangen wollen wir in die Wege leiten dadurch das Arbeitgeber verpflichtet werden den Geschlechtern dasselbe zu bezahlen für dieselbe Arbeit die sie vollbringen dazu wollen wir stärker durchgreifen wenn Personen wegen ihres Geschlechts bei ihrem Arbeitsplatz unterdrückt werden oder nicht mit dem nötigen Respekt behandelt werden, damit diese Arbeiter ein angenehmeres Arbeitsleben führen können.

All dies wollen wir schaffen indem wir Personen einsetzen, die einmal im Quartal in den Betrieben Deutschlands kontrollieren, ob es dort eine Art der Diskriminierung gibt und diese möglichst schnell bestrafen können mit Geldstrafen, damit der Arbeitgeber sich mehr und diese Probleme kümmert. Arbeitgeber sollen auch unterstützt werden im Finden von Arbeitskräften des Geschlechts das eigentlich in der Vergangenheit für untypisch für diesen Beruf gilt.

### **Optimierung von Hochschulen**

Wir als junge Demokraten wollen Hochschulen genauso fördern wie andere Bildungsinstitutionen, denn diese vermitteln genauso Bildung und Wissen wie jede andere Bildungseinrichtung.

Wir wollen Hochschulen attraktiver gestalten, damit Wissbegierige auch auf Hochschulen zugehen und nicht nur auf Universitäten.

Wir wollen Hochschulen im Bereich der Digitalisierung genauso fördern wie andere Bildungsinstitutionen, damit Wissbegierige nicht eine Bildungsinstitution ablehnen aufgrund der schlechten

Ausstattung.

Jegliche Art von Weiterbildung soll an Hochschulen reibungslos ablaufen und Wissbegierigen Arbeitern eine Leiter zum Wissen sein und diese motivieren diese Leiter zu erklimmen

Wir wollen jegliche Art von Bildung fördern und schätzen diese vollkommen.

### **Für eine Zukunft unserer Welt**

Die Welt, auf der wir alle Leben braucht, eine Zukunft und wir wollen die Wege ebnen auf den wir eines Tages weiter auf dieser Welt wandeln können und das Ziel der einer Zukunft für unserer Welt zu schaffen.

Dieses Ziel eine Zukunft unsere Welt zu erreichen benötigt viel Willensstärke die wir als Partei darbringen werden, damit unsere Vorstellungen, die wir umsetzen wollen, um eine Zukunft mit euch zu erreichen. Wir werden diese Zukunft erreichen, indem wir aufhören werden innerhalb Deutschland zu heucheln das wir was tun werden und uns richtig für diese Zukunft einsetzen, denn wir sind die Generation die auf dieser Welt noch lange wandeln will und diese noch lange braucht, anders als Politiker im Bundestag die ihrem Ende entgegen zulaufen. Wir werden mit aller größte Mühe andere Länder innerhalb sowie außerhalb von Europa davon überzeugen, dass was jetzt geschieht nicht Gut ist und nicht als

## Parteiprogramm der JdPD

Falsch abgetan werden kann, denn es ist die Realität das unsere Welt so wie wir sie kennen langsam stirbt und wir wollen dies mit aller Macht auf politischem Wege versuchen dies zu verhindern.

### **Die Bundesrepublik Deutschland soll 2035 Klimaneutral sein**

Die Bundesrepublik Deutschland soll im Jahre 2035 Klimaneutral sein. Dies ist für unsere Partei eine sehr wichtig Aufgabe, dass dieses Unterfangen wirklich im Jahre 2035 geschieht und wir nicht mehr 2 Prozent der Weltweiten Co2 Emission erzeugen sondern das wir maximal nur 1 Prozent ausmachen dürfen, denn wir die Bundesrepublik Deutschland stellen nur 1 Prozent der Weltbevölkerung dar. Demnach ist es uns sehr wichtig das wir unter der 1 Prozent Grenze der weltweiten Co2 Emission kommen, sodass wir eine Zukunft für diese Welt erschaffen. Dieses Unterfangen wollen wir durchführen indem wir die Straßen von den Kraftfahrzeugen entlasten und mehr auf Fahrräder setzten wollen und andere klimaneutrale Bewegungsmöglichkeiten. Wir wollen dazu die ÖPNV so klimaneutral bauen, wie zum Beispiel in der Stadt Paderborn der Pader Sprinter, der momentan die saubersten Busse nutzt und dies wollen wir in allen Städten Deutschland bis zum Jahr 2035 durchsetzen. Trotzdem heißt es nicht das die ÖPNV nicht noch klimaneutraler werden können und wir daran arbeiten wollen, dass die ÖPNV bis zum Jahr 2035 komplett Klimaneutral werden.

Wir von der JdPD wollen dazu noch die ÖPNV attraktiver machen für die Bürger und Bügerrinnen, denn werden diese genutzt, wie zum Beispiel Bus und Bahn, wird sehr viel an Co2 gespart, dass die Klimaneutralität ein Stück näher rücken lässt.

Was uns sehr wichtig ist, dass wir nicht zu einer Verbotspartei werden wollen, sondern der Bevölkerung mehr Möglichkeiten geben wollen Co2 zu sparen und weniger Möglichkeiten geben wollen Co2 zu erzeugen.

Die Klimaneutralität erreichen wir nicht nur Moralverhalten wir müssen nicht das Geld in den Augen haben wir müssen die schwarze Null nicht unantastbar lassen, wir müssen Geld investieren damit wir die Klimaneutralität erreichen und beibehalten. Die JdPD bekennt sich zum Menschen gemachten Klimawandel und wird versuchen alles was in Ihrer Macht liegt diesen Klimawandel zu stoppen.

### **Kohleausstieg 2035**

Wir von der JdPD wollen einen Kohleausstieg der im Jahr 2035 vollsogen wird. Damit wir im Jahr 2035 nicht von jetzt auf gleich alle Kohlekraftwerke abschalten müssen ist es für uns schon wichtig, dass im Jahr 2030 50 Prozent der momentanen Kohlekraftwerke außer Betrieb genommen werden, sodass wir in einem 5 Jahres Schritt aus der Kohleenergie raus sind und jetzt auch in den nächsten 16 Jahren sehr stark forschen müssen nach vernünftigen und starken regenerativen Energiequellen und diese natürlich fördern müssen.

Wir wollen die Abwärme von Industriegebäuden nutzen, um damit umliegende Gebäude zu heißen aber auch diese zu kühlen. Dadurch wird sehr viel an Co2 gespart und normalerweise entweichende Energie wiederverwertet.

## Parteiprogramm der JdPD

Dazu wollen wir Photovoltaik stärker nutzen und ein Gesetz fordern, dass neugebaute Häuser eine Photovoltaikanlage auf ihr Dach gebaut werden müssen, dies aber durch die Bundesregierung unterstützt wird, sodass es nicht allein beim Bürger hängen bleibt. Dazu würden wir die Kommunen dazu verpflichten Städtische Gebäude mit Photovoltaikanlagen auszubauen, damit die Kommunen der Klimaneutralität einen Schritt näherkommen können.

Der Arbeitswelt soll auch nicht unter dem Kohleausstieg leiden, sodass sich der Arbeiter und Arbeiterinnen, die in der Kohlekraftenergie Branche bewegen, vom Staat Umschulung Möglichkeiten angeboten bekommen und zwar einmal im Jahre 2025 und einmal 2032, sodass nach dem Kohleausstieg jeder eine Zukunft in der Arbeitswelt hat.

### **Aufforstung in Deutschland**

Wir von der JdPD wollen durch die Aufforstung in Deutschland die Luft weiter vom Co2 säubern, sodass wir der Umwelt was zurückgeben und durch die Aufforstung schaffen wir neue Lebensräume für Tiere.

Durch das Aufforsten von Bäumen können wir unsere enormen CO2-Emissionen kompensieren. Ein Baum neutralisiert 1.000 kg CO2 im Laufe seines Lebens. 3,18 Millionen Hektar Wald, soviel könnten und sollten wir aufforsten, um unseren Teil zur aktiven Klimawandel Bekämpfung beizutragen. Mit 11,4 Millionen Hektar bedecken Bäume bereits etwa ein Drittel der Gesamtfläche Deutschlands. Damit ist es laut dem Naturschutzverband schon jetzt eines der Waldreichsten Länder der EU. Das reicht aber nicht wir wollen mehr Bäume pflanzen, um uns weiter daran zu beteiligen den Klimawandel zu bekämpfen. Hier geht es nicht um irgendwelche Dekorationen, wir wollen Wälder pflanzen, um auch den abnehmenden Waldflächen einzudämmen.

### **Abschaltung jeglicher Kohlekraftwerke Deutschlands, Kernkraftwerke werden für eine absehbare Zeit weiter in Betrieb bleiben, bis regenerativen Energiequellen den kompletten Energiebedarf decken können**

Dieser erste Punkt für eine Zukunft ist ein sehr radikaler Punkt in der Energiewende und Erhaltung unserer Welt, denn wir bis 2030 erreichen wollen. Wir wollen nicht das Kohlekraftwerkerarbeiter ihre Jobs verlieren sondern würde sie im Laufe von einigen Jahren umschulen, damit sie in ihrem weiteren Lebensabschnitt noch arbeiten können, dazu wollen wir die Kernkraftwerke nur für einem gewissen Zeitraum wieder in Betrieb nehmen, damit die CO2 Emission stark reduziert wird, die von den Kohlekraftwerken ausgeht und das Quecksilber nicht mehr in die Umwelt gelangt und dort alles verseucht.

Dafür das Kernkraftwerke nach einem gewissen Zeitraum wieder abgestellt werden können müssen regenerative Energie Quellen in größerer Zahl verwendet werden und diese akzeptiert werden müssen in der Umgebung, damit wir eine saubere



## Parteiprogramm der JdPD

sowie sichere Energiequelle haben und keine Sorgen tragen müssen, wegen der Umwelt.

Die Kernkraftwerke wollen wir wieder in Betrieb nehmen, denn sie bringen die sauberste und beste Energie hervor die wir momentan produzieren können und etwas ähnliches wie in Fukushima kann und wird dann auch nicht passieren, denn wir haben die sichersten Kernkraftwerke auf dieser Welt und ein Tsunami kann uns nicht treffen.

Kernkraft ist ein Schritt für die Erhaltung unserer Welt, auf der wir atmen können, ohne dass wir Atemschutzmasken tragen müssen und auch nach einiger diese von den stark weiter entwickelten regenerativen Energiequellen abgelöst werden.

Dieses Projekt wollen wir Staatlich lösen, indem wir die Gelder die momentan für Kohlekraftwerke investiert werden komplett im Laufe der Zeit auf Kernkraftwerke lenken, um sie noch sicherer zu gestalten als das sie vor der Abschaltung waren.

Dieser Schritt wird auch umgesetzt, indem wir forschen werden welche Alternativen Energie Erzeuger von Gebrauch sind, damit Uran nicht mehr eine große Rolle in der Energieerzeugung darstellt. Dazu wollen wir mit Nachbarländern die momentan auf Kernkraft setzen dazu bringen nach einer absehbaren Zeit auch komplett auf regenerative Energie zusetzen, wenn diese stark genug ausgereift ist, damit falls etwas im Nachbarland geschieht uns nicht trifft, denn sie könnten nicht nach den Sicherheitsrichtlinien gebaut haben, die wir verwendet haben.

### **Förderung im Bereich Regenerative Energien**

Die regenerative Energie ist die Zukunft unserer Welt die uns komplett allein mit Energie versorgen soll und dies auch können muss und genau deshalb werden wir die Projekte für regenerative Energie stark fördern und zum zentralen Forschungspunkt in Energieforschung machen, damit wir in naher Zukunft saubere Energie beziehen können, denn wir wollen bis zum Jahr 2035 zum größten Teil in diesem Land nur regenerative Energie nutzen und ab 2035 nur noch regenerative Energie nutzen in der Bundesrepublik Deutschland.

Die Förderung im Bereich der Regenerativen Energie ist eines der Projekte die wir in unserer Amtszeit stark nach vorne treiben wollen und dies wollen wir erreichen, indem wir Förderungen für Ingenieure und Wissenschaftler darlegen, damit sie sich auf dieses Projekt größtenteils mit der besten Ausrüstung widmen können und dies ohne das ihre Gelder ausgehen und ihre Arbeit niederlegen müssen, dazu wollen wir diese anspornen dadurch dass sie Bonusse erhalten, je nachdem wie lang sie brauchen,

Damit dies alles funktioniert würden wir Steuern umlenken und einnehmen für eine Zukunft von sauberer Energie.

### **Entschärfung der Dieselvebote, neue Studien werden benötigt**

Dieselfahrverbote sind an sich eine gute Idee, aber keine Lösung die vom großen Nutzen ist für die Verringerung der CO2 Emission wie es jetzt Hand gehabt wird, deshalb wollen wir die Verbote entschärfen und die Strecken für Dieselfahrzeuge

## Parteiprogramm der JdPD

praktischer gestalten und nicht unnötig verlängern und dort platzieren wo Messstationen sind und diese dazu Sinnvoll platzieren. Die Dieselfahrzeuge sollen weiterhin in Städten fahren dürfen, damit die Bürger keinen zu großem finanziellem Schaden davontragen müssen und diese sowieso nicht das CO2 Emission Problem innerhalb Deutschlands sind und eher nur dezent dazu beitragen. Wir wollen auch dieses Projekt bevor wir dieses Gesetz wieder ändern wollen neue Studien starten und diese von mehreren Universitäten einholen, damit wir keine verfälschten Ergebnisse haben.

Damit dies funktioniert muss die Autoindustrie daran arbeiten ihre Dieselfahrzeuge zu optimieren, damit diese keinen zu hohen Feinstaub Ausstoß haben und dazu diese nicht verfälscht und mit Universitäten zusammenarbeitet, damit Dieselfahrzeuge keine große Belastung darstellen und noch für einige Jahre genutzt werden können, bis Kraftfahrzeuge mit regenerativen Energien eine größere Leistung erbringen können.

### **Preiswerter regionaler Nahverkehr**

Die CO2-Emission ist ein großes, das dafür verantwortlich ist, dass es die Globalerwärmung gibt. Deshalb wollen wir als Partei einen kompletten Kostenlosen regionalen Nahverkehr einrichten oder das für die Fahrten nur noch Ein Euro bezahlt werden muss, damit man immer noch einen Wert dafür hat und dies auch als Dienstleistung wahrnimmt.

Damit dies auch kostenlos sein kann, würden wir eine Steuer einführen in der dafür bezahlt wird, dass die Fahrten kostenfrei sind und diese Steuer viel günstiger wäre als das, wenn normal der Nahverkehr genutzt wird.

Die Unternehmen müssen auch mitmachen deshalb würden auch die Steuer einnahmen nicht dem Staat zugutekommen, sondern den Unternehmen, wenn diese nicht schon zur Kommune oder dem Land gehören, denn dann werden diese von den Steuern finanziert.

Denn wenn wir dies vollbringen wird die CO2-Emission stark verringert werden, wenn das Angebot wahrgenommen wird und diese Angebote werden auch vorerst in Großstädten vollzogen.

### **Förderung von Elektroautos, ausbauen der Ladestationen, Zuschläge beim Kaufen**

Elektroautos sind eine Bereicherung unseres Lebens in dem Sinn das sie während dessen sie genutzt werden keine Schadstoffe freisetzen und somit unsere Zukunft ein Stück verbessern und erhalten.

Elektroautos sind nicht nur eine Bereicherung für uns sondern sollen auch für die breite Masse verfügbar und optimal sein, im Bereich der Leistung. Damit dies funktioniert wollen wir starke Förderung in Elektroautos investieren, damit diese eine bessere Leistung erbringen können und die Hersteller Stückweise entlastet werden und wir wollen erreichen das diese Kraftfahrzeuge möglichst bezahlbar werden und dass ausreichend Ladestationen vorhanden sind. Dies erreichen wir indem wir mit Firmen in der Industrie zusammenarbeiten, die auf Elektroautos

## Parteiprogramm der JdPD

setzen und werden Projekte starten, die den Bau von Ladestationen stark vereinfacht.

Wir würden auch versuchen Global zu denken in diesem Bereich und versuchen mit Ausländisches Elektroauto herstellen zusammen zu arbeiten, um diese Projekte möglichst effizient zu gestalten.

Damit die Elektroautos auch preisgünstiger werden, werden wir versuchen der Industrie es zu ermöglichen die Elektroautos möglichst einfach im Bürokratischen Sinne herzustellen und dass die Hersteller für Elektroautos große Fördergelder erhalten.

Nicht nur Hersteller erhält Vergütung für Elektroautos, sondern auch der Käufer erhält vom Staat einen gewissen Prozentsatz für den Kauf eines neuen Elektroautos, damit sich die Breite Maße diese leisten kann und somit eine Zukunft sichert.

### **Nachhaltigkeit, im Bereich Umweltschutz**

Der Umweltschutz ist in diesen Zeiten wichtiger wie nie zuvor. Damit Umweltschutz entsteht müssen wir Nachhaltig handeln, damit dies nicht nur am Bürger hängt, der relativ wenig erreichen kann, liegt es am Staat, an uns, Gesetze zu verfassen, die den Umweltschutz fördern. Wir wollen das Nachhaltigkeit Staats Angelegenheit wird und dieser auch wirklich etwas dagegen tut und nicht wie momentan nur redet und nichts passiert. Deshalb wollen wir ein Gesetz entwerfen das Plastiktüten in komplett Deutschland verbietet, damit erstens keine fossilen Brennstoffe genutzt werden und zweitens, die Meere mit diesen nicht verschmutzt werden. Dazu wollen wir versuchen anstatt Plastikverpackungen zu verwenden biologisch abbaubare Verpackungen zu verwenden und die Lebensmittel Industrie bei diesem Unterfangen zu unterstützen und mit dies mit Gesetzesentwürfen durchzusetzen.

Ein weitere Aspekt im Bereich der Nachhaltigkeit ist dieser, dass wir versuchen werden das Plastikverpackungen nicht nur in der Lebensmittelindustrie verboten werden, sondern auch das Spielzeug und Elektrogeräte und diverse andere in Plastik verpackte Produkte nicht mehr in Plastik verpackt werden dürfen sondern eine andere Methode gefunden werden muss, worin dies alles und womit dies verpackt wird.

Dies alles wollen wir erreichen damit wir eine Zukunft auf dieser Welt haben und auch noch in Zukunft ein gutes Leben führen zu könne auf diesem Planeten.

### **Akzeptanz von regenerativen Energiequellen in der Umwelt**

Die Umwelt kann nicht länger mit Abgasen belastet werden und dies wollen wir mit regenerativen Energiequellen erreichen und damit wir dies mit regenerativen Energiequellen erreichen können müssen diese akzeptiert werden in der Öffentlichkeit und müssen auch dann es akzeptieren, dass diese in ihrer Umgebung gebaut werden und in Betrieb sind. Damit regenerative Energiequellen auch effizient genutzt werden können, muss die Öffentlichkeit akzeptieren, das regenerative Energiequellen in ihrer Nühren Umgebung in Betrieb genommen

## Parteiprogramm der JdPD

werden, damit wir gute für die Umwelt erzeugte Energie nutzen können, ohne dass wir ein schlechtes Gewissen haben müssen.

Damit die betroffenen Personen nicht nur ein gutes Gewissen haben werden diese vom Staat Entschädigung erhalten, wenn diese denn von Nöten ist und diese Personen nicht in Frieden unter menschlichen Bedingungen leben können.

Dies alles wird getan damit wir eine Zukunft für die nächste Generation erhalten können ohne, dass diese sich um das Überleben bekriegen muss und es der nächsten Generation genauso gut gehen soll wie uns.

### **Pestizide verbieten für Bienen sterben**

Bienen sind essentiell für unser Ökosystem, denn sie erzeugen nicht nur Honig, sondern bestäuben auch die meisten Pflanzen, von denen die Früchte tragen.

Damit dies weiterhin auch geschieht wollen wir genau wie Frankreich die Pestizide verbieten, die für das Bienen sterben verantwortlich ist, damit unser Ökosystem weiterhin funktioniert und wir weiterhin leben können wie bisher und wir diese kostbaren Geschöpfe auch für die nächste Generation erhalten können.

Dies wollen wir erreichen indem wir einen Gesetzentwurf erstellen und darin enthalten ist das Pestizide die einen Einfluss auf Bienen haben jeglicher Art sofort vom Markt genommen werden müssen und hohe Geldstrafen entstehen, wenn diese trotz Gesetz verwendet werden.

### **Zwang für Supermärkte von essbaren Überresten wiederverwerteten**

Supermärkte werfen momentan noch verzehrbare Überreste weg einfach aus dem Grund, dass die Mindesthaltbarkeit erreicht wurde, doch dies heißt nicht, dass man diese nicht mehr Verzehrbar sind. Diese Lebensmittel könnten Menschen in Deutschland erhalten die sich keine Lebensmittel leisten können oder diese könnten auch im Supermarkt preisgünstiger verkauft werden, damit diese nicht weggeworfen werden.

Wir wollen Supermärkte dazu bringen, dass sie Lebensmittel, die noch verzehrbar sind, wiederverwerteten und wenn diese nicht verkauft werden, diese dann an Organisationen zu spenden die dann diese verteilen.

Dies wollen wir erreichen damit die unnötige Lebensmittel Verschwendung aufhört und nicht übermäßig produziert wird und unsere Erde damit geschont wird, damit wir diese für die nächste Generation erhalten können.

Damit dieses Unterfangen wirklich funktioniert müssen die Bürger es verstehen, dass diese Lebensmittel weiterhin verzehrbar sind und nicht weggeworfen werden und dies gilt auch für die Haushalte in Deutschland.

Wenn sich Supermärkte weigern würden diese hohen Kosten zahlen, wenn etwas weggeworfen wird, damit es einen Ausgleich gibt.

### **Wasserstoffmotoren und Biogasmotoren fördern und erforschen**

Wir von der JdPD wollen auf ökologische Motoren für unsere motorisierten Beförderungsmittel setzen. Aus diesem Grund wollen wir auch nicht nur auf

## Parteiprogramm der JdPD

Elektroautos setzen, sondern auch auf Wasserstoffmotoren und Biogasmotoren. Wir wollen auch diese beiden Motoren in Betracht ziehen, denn solange der Strom für die Elektroautos nicht umweltschonend erstellt wird, wie zum Beispiel durch Kohlekraftwerke, bringt es rein gar nichts nur auf diesen Motor in Bereich der Umweltfreundlichen Motoren zu setzen. Wir wollen nämlich in viele Zukunftsmöglichkeiten setzen, damit wir nicht zurückkehren müssen, wenn diese eine Möglichkeit nicht so viel versprechend erschien wie gedacht. Wir wollen etwas gegen die Co2 Emission tun und dies ist ein weiter Schritt zur Minderung der Co2 Emission, indem wir auf viele ökologisch gute Motoren setzten und nicht nur auf eine. Wir wollen eine Zukunft für die nächsten Generationen erschaffen.

### **Familie und Ehe stetig im Blick**

In der Gesellschaft ist die Familie ein hohes Gut das mit der Ehe im Blick bleiben soll und Personen ermutigt werden sollen diese Schritte zu wagen.

Wir wollen das Familien entlastet werden sollen und dass die Ehe und alles was mit ihr verbunden ist bürokratisch vereinfacht werden soll.

Familien sollen entlastet werden dadurch das ihre Kinder, wenn vorhanden, einen gesicherten Kindergartenplatz erhalten sollten und auch während der Zeit die die Kinder in der Grundschule sind auch am Nachmittag beaufsichtigt werden können wenn dies von Nöten ist und diese Eltern die dies beanspruchen nicht verachtet werden.

Die Familie soll auch im Bereich von Erbschaft nicht verpflichtet sein ihren Familienmitgliedern etwas zu vererben, sondern sollen nur denjenigen etwas vererben die etwas aus der Sicht des verfassten Testaments des Verstorbenen erhalten sollten.

Familien sollen auch stärker im Blick gehalten werden, indem Sinne, dass diese nicht Gesellschaftlich vernachlässigt wird und dies wollen wir bewahren.

Die Ehe ist etwas in unserer Zeit das nicht mehr länger nur Mann und Frau verbindet, sondern auch Paare des gleichen Geschlechtes und dies wollen wir von Staatlicher Seite aus auch gut heißen und dafür sorgen das diese Menschen die gleiche Unterstützung erhalten wie Ehepartner unterschiedlichem Geschlecht. Diese Personen sollen auch von der Gesellschaft anerkannt werden und nicht verachtet, dies ist ein weiter Punkt denn wir erhalten wollen.

Ehe bürokratisch gesehen ist relativ kompliziert und ein großer Schritt und um diesen Schritt wollen wir es Paaren erleichtern, auf bürokratischen Sinnen, es zu vereinfachen und die Ehe nicht mit zu großen Risiken zu verbinden.

### **Ehe für Homosexuelle - Adoption wird ermöglicht**

Der deutsche Staat hat Ehen für gleich Geschlechtliche Paare erlaubt und dies wollen wir als Partei vorführen. Wir als Partei wollen auch dies niemals wieder verbieten und wollen diese Ehen genau so behandeln wie Ehen von Paaren unterschiedlichen Geschlechts. Damit alle Ehen innerhalb Deutschland die gleichen Rechte haben wollen wir als Partei es ermöglichen das Gleichgeschlechtliche Ehen es gestattet ist Kinder zu adoptieren, wenn sie die

## Parteiprogramm der JdPD

nötigen Auflagen erbringen die nötig sind ein Kind großzuziehen, denn dies müssen alle Ehepartner erbringen.

Wir als ein fortschrittliches Land wollen in diesem Gebiet nicht zu eingeschränkt und veraltet sein, sondern wollen wie die USA es ermöglichen Gleichgeschlechtlichen Ehepartnern ein Kind zu adoptieren, so lange das Kind nicht in ein schlechte Lebensumgebung gesetzt wird.

### **Familien entlasten, Kita und Wohnung**

Wir als Partei wollen Familien, als eine Säule der Gesellschaft, stetig im Blick behalten und diese entlasten. Diese Entlastung bezieht sich vor allem auf die Bereiche Kita und Wohnung. Wir wollen im Bereich der Kita Familien einen sicheren Kitaplatz in ihrer Wohngegend zu ermöglichen, damit ihr oder ihre Kinder betreut werden können und die Eltern arbeiten können und dazu dass die Kinder oder das Kind möglichst in der Nähe der Wohnorts ist, damit bei Vorfällen die Eltern möglichst schnell bei der Kita vor Ort sind.

Im Bereich Wohnung wollen wir Familien unterstützen in dem Sinne, dass sie es einfacher haben eine Wohnung zu finden die ausreichend für die Anzahl von Personen, die die Familie umfasst. Dies wollen wir ermöglichen dadurch das Familien einen gewissen Prozentsatz erstattet bekommen und dazu mehrmals im Jahr, falls sie es beantragen, einen Katalog oder einen Zugangscode erhalten, der ihnen ermöglicht Wohnungen relativ einfach zu entdecken, damit ihnen in diesem Bereich Arbeit abgenommen wird.

### **Beruf und Familien Verhältnis verbessern**

Beruf und Familie müssen in Kombination funktionieren und dies ist etwas das wir im staatlichen Sinne erreichen wollen und erhalten wollen.

Dieses Verhältnis von Beruf und Familie soll funktionieren, indem Berufstätige die Kinder haben es erlaubt werden kann, wenn der Beruf dies ermöglicht, ihre Arbeitszeiten individuell zu gestalten, damit diese sich im nötigen Zeitpunkt sich um ihre Kinder kümmern könne oder um ihre Eltern die Pflegebedürftig geworden sind.

Ein weiter Punkt den wir erreichen wollen ist der, dass wir Arbeitnehmern von den Arbeitgebern gestattet lassen wollen das Arbeitnehmer erlaubt wird wegen, im Nachhinein nachgewiesenen Vorfällen, den Arbeitsplatz zu verlassen und wenn kein Nachweis erfolgt kann der Arbeitgeber den Arbeitnehmer bestrafen wegen Verlassen des Arbeitsplatz und alles auf den Arbeitsvertrag bezogen wird.

### **Bessere Wertschätzung in der Gesellschaft von Familien**

Die Familie ist eine Säule der Gesellschaft und muss Wertschätzung erhalten.

Die verbundene Arbeit eine Familie zu organisieren ist sehr schwer und anstrengend, dies sollte von der Gesellschaft anerkannt werden und größere Familien sollten nicht komisch angeschaut werden, sondern eher bewundert das sie dies machen und die Zeit aufbringen alles zu planen. Damit nicht nur Wertschätzung im verbalen Sinne stattfindet werden wir Familien zusätzlich

## Parteiprogramm der JdPD

unterstützen die größer sind und damit meinen wir nicht nur wenn diese viele Kinder haben sondern sich auch um die Pflegebedürftigen kümmern muss und dort dann auch gewisse Gelder zu kommen und damit unterstützt werden und nicht all ihr Ersparnis für solche Fälle nutzen müssen, sondern der Staat sich daran beteiligen kann.

### **Forschung und Förderung für Deutschland**

Deutschland ist in einigen Gebieten wie die Automobilindustrie Weltmarktführer, aber in vielen Bereichen hängt Deutschland anderen Ländern hinterher. Dies wollen wir durch starke Forschung und Förderung vieler Projekte unterstützen, damit Deutschland nicht stark hinter anderen Ländern ist und weiterhin Weltmarktführer sein kann in mehreren Branchen. Diese ganzen Förderungen und Forschungen werden vom Staat durch eine Steuer finanziert, in der Hoffnung das diese Unterfangen in naher Zukunft Früchte tragen und unsere Industrie, unsern Alltag und unser Leben dadurch verbessert wird, denn wir müssen viele Projekte fördern und in vielen Gebieten forschen.

Diese Unterfangen schaffen nicht nur neue Ergebnisse für eine bessere Umsetzung in der Industrie, sondern schaffen maßen an neuen Arbeitsplätzen womit durch diese Unterfangen wieder der Staat entlastet wird und das Geld für die bisherigen Arbeitslosen anderswo nutzen kann.

Denn nur durch Forschung und Förderung kann sich Deutschland, können wir uns weiterentwickeln.

### **Verbesserung der Infrastruktur - Ausbau des 5G Angebots - Glasfaserleitungen werden Standard**

Die Infrastruktur gehört zu einem, wenn nicht sogar zu dem wichtigsten Punkt in einem Land und diese dient dazu uns einen Nutzen zu erbringen, wenn wir diesen beanspruchen, doch unsere Infrastruktur ist in einem Zustand der in unseren nicht mehr ausreichend. Unser Zugsystem ist in Teilen Deutschland katastrophal und Busverbindungen sind in dem Bezug auch nicht die besten. Der Allgemeine Straßenverkehr ist so wie momentan gerade Mal ausreichend und somit in unserem Anblick nicht gut, sondern stark verbesserungsbedürftig und somit wie der Internet Ausbau einer klaren Verbesserung bedarf.

Unser Hauptmerkmal in der Verbesserung der Infrastruktur liegt im digitalen Raum, der heutzutage nicht mehr wegzudenken ist, aber dies heißt nicht das andere Bereiche der Infrastruktur nach unserem Ermäßen keine Verbesserung erhalten sollten, sondern genauso wichtig sind wie der digitale Raum.

Der Ausbau des Internetangebot soll damit beginnen das wir Deutschlandweit das Internet auf ein Standard setzen, dieser Standard liegt nicht bei 3G oder 4G, sondern es soll 5G werden das um ein vielfaches schneller ist als 3G oder 4G und nicht dies nicht nur im Privaten einen großen nutzen erzielen würde, sondern auch in der Wirtschaft einen sehr großen Nutzen hätte, denn dadurch würde alles was im Internet wirtschaftlich abläuft um ein vielfaches beschleunigt werden. Dies wollen wir Umsetzen indem wir uns mit den Netzbetreibern auseinandersetzen und

## Parteiprogramm der JdPD

mit ihnen die Möglichkeiten verhandelt und Forschungen und Förderungen in das Leben rufen könnten. Dies würden wir Staatlich versuchen umzusetzen indem wir einen neuen Gesetzesentwurf aufstellen und versuchen diesen durchzusetzen.

Wir wollen nicht nur 5G als Standard setzen, sondern wollen auch Deutschlandweit Glasfaser nutzen können, dass durch Verhandlungen und Investitionen der Netzanbieter zustande kommt. Glasfaser ist momentan der schnellste Weg Daten und anderes über das Internet zu versenden und damit in allen Bereichen innerhalb Deutschlands geholfen werden würde, denn fast jeder nutzt das Internet und jeder hätte einen Vorteil durch Glasfaser. Die Finanzierung wird vollzogen, indem Steuer Gelder in dieses Projekt fließen und nicht in andere Sinnlose Projekte, die der Allgemeinheit kaum bis gar nichts bringt.

Wir wollen ein Deutschland wo die Marktwirtschaft nicht wegen Politikern untergeht die das Internet für einen Ort halten und dessen Versorgung der es sich nicht lohnt zu unterstützen und zu fördern und dies wollen wir nicht wir wollen genau den Digitalen Aspekt fördern und erforschen, damit Deutschland nicht hinter anderen Ländern im Bereich der Digitalisierung hinterher hängt, sondern Fortschritte in diesem Gebiet erzielt.

Deutschland soll ein Land des Digitalen Zeitalters werden und nicht in das letzte Jahrhundert zurück gebracht werden in diesem Gebiet.

### **Forschung in Bereich neuer Technologien, Biotechnologie, Nanotechnologie**

Der Bereich der Forschung für neue Technologien ist sehr wichtig und ein Schritt der uns im Bereich Lebenserhaltung sowie Digitalisierung weiterbringen kann. Wir haben als Partei die Idee, dass die Forschung Projekte startet in den Gebieten der Biotechnologie, damit wir Lebenswichtige Organe oder Körperteile rekonstruieren, damit Menschen nach schweren Unfällen oder mit fatalen Krankheiten nicht im Leben eingeschränkt werden und weiter leben können bevor ihnen etwas zu gestoßen ist.

Die Nanotechnologie würde uns in der Digitalisierung weiterbringen. Dies würde Fortschritte erzielen im Bereich der Computerentwicklung, damit dieser Leistungsstarker werden und auch in der Industrie würden die Nanotechnologie Fortschritte bringen indem sie die Maschinen verbessert und somit leistungsstärker werden würden, um ihre Arbeit noch effizienter zu gestalten.

Diese Unterfangen würden an Universitäten anvertraut werden, damit wir möglichst schnell und mit weitem Horizont diese Projekte verwirklichen können, falls eine Universität die Mittel ausgehen könnten die anderen trotzdem weiter forschen, denn diese Projekte sollen Universitäten gemeinsam erforschen und verwirklichen.

Dies alles dient der technischen Entwicklung Deutschlands und soll uns in Bereich der Medizin und Digitalisierung weiter nach vorne bringen und dafür sorgt das Deutschland



# Parteiprogramm der JdPD

der technischen Entwicklung nicht zurückfällt.

## **Freies gutes WLAN im Öffentlichen Raum**

Das Internet spielt in unserer momentanen Zeit eine nie dagewesene Rolle und damit im Öffentlichen Raum das Internet genutzt werden kann sind wir dafür das freies gutes WLAN in Städten frei verfügbar sein soll.

Dies wollen wir umsetzen indem wir uns mit den Netzbetreibern auseinandersetzen und die Möglichkeit dieses Projekt abzuwiegen und dieses Projekt zu fördern, wenn die Netzanbieter dieses Projekt unterstützen und durchführen.

Wir haben die Umsetzung dieses Projekt uns so vorgestellt, dass die momentan verbleibenden Telefonzellen zu WLAN Spots umgebaut werden und in den Städten wo diese nicht mehr vorhanden sind solche gebaut werden, um dort WLAN zu erhalten.

Dieses Projekt würde schnellst möglich vorerst in den Großstädten Deutschlands umgesetzt werden und im nach hinein in den weiteren Städten, damit diese nicht benachteiligt werden.

Die Finanzierung kommt einerseits vom Staat und gelangt an die Netzanbieter, die wiederum auch dieses Projekt finanziell stützten, denn diese ziehen einen Nutzen aus diesem Projekt und können auch dadurch dafür sorgen das die Digitalisierung nach vorne gebracht wird und zu einem ihre eigenen Projekte und Forschung teilweise dadurch vom Staat finanziert werden.

Dieses Projekt benötigt Glasfaser und dies würden die Netzanbieter durchführen und vom Staat die benötigten Genehmigungen erhalten, damit die Digitalisierung schnellst möglich voranschreitet.

## **Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur**

Die Verkehrsinfrastruktur ist einer der wichtigsten Säule im Bereich des Handel zwischen Ländern, Städten und Dörfern, deshalb benötigt genau diese eine Verbesserung und es muss nicht nur im Straßenverkehr eine Verbesserung eintreffen sondern auch noch im Schienenverkehr und dieser nicht abgebaut werden sollte, als sauberste Transport Möglichkeit.

Unser Plan in der Verbesserung des Straßenverkehrs ist dieser, dass wir Baustellen stark verkürzen wollen und diese auf dem Bürokratischen Wege nicht aufhalten wollen, sondern die Bauunternehmen eine Hilfe sein. Ein weiterer Punkt ist dieser das kleine Bauvorhaben, wie zum Beispiel Schlaglöcher, mit der größten effizient durchgeführten werden müssen, damit der Verkehr, wegen einer relativ schnell erledigten Aufgabe, nicht lange aufgehalten wird. Damit der Straßenverkehr eine Verbesserung erhält haben wir einen weiteren Plan, dass es niemals ein Tempolimit auf Autobahn zustande kommt, denn dies würde vieles verlangsamen, wie zum Beispiel den Transport von Gütern innerhalb Deutschlands.

Wir wollen den Schienenverkehr stärker fördern, denn als Umweltfreundlichstes Transportmittel sollte der Schienenverkehr nicht abgebaut werden, sondern weiter ausgebaut werden und vergünstigt werden.

## Parteiprogramm der JdPD

Ein Ziel im Schienenverkehr ist das die Züge sich an den geregelten Fahrplan halten müssen und die neue Pünktlichkeit der Deutschen Bahn nicht als pünktlich definiert werden kann, denn bis 15 Minuten Verspätung kann nicht als pünktlich gelten.

Ein weiter Punkt in der Verkehrsinfrastruktur ist der Punkt der Seefahrt und Deutschland soll in diesem Punkt weiter ausbauen. Damit meinen wir, dass die Häfen technische Verbesserung erhalten sollen und zwar im Bereich der Digitalisierung sowie im Bereich der Modernisierung. Wir wollen auch auf See einen guten Transport haben und nicht nur im Landesinneren.

Wir wollen auch den Regionalen Verkehr verbessern, denn viele junge Menschen setzen auf genau diese, dazu sind diese, wenn mehrere damit fahren schonender für die Umwelt und sollten demnach stark gefördert werden.

Wir wollen dies verbessern indem es Deutschlandweit ein einheitliches digitales Ticket gibt, das durch die Digitalisierung es den Personen ermöglicht diesen Deutschlandweit nutzen zu können. Wir wollen die Verkehrsverbünde digital vernetzen, damit durch eine App dieses einheitliche digitale Ticket auch einwandfrei funktioniert.

Dies alles benötigt viel Förderung und Forschung, die nach unserem Interesse schnellst, möglich abgeschlossen werden, damit die Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur in kürzester Zeit abgeschlossen wird.

### **Förderung internationaler Wettbewerbsfähigkeit**

Die Wettbewerbsfähigkeit von Deutschland ist einer der, wenn nicht sogar einer der wichtigsten Punkte der Wirtschaft. Deutschland muss weiterhin Wettbewerbsfähigkeit bleiben, damit die Wirtschaft nicht zusammenbricht und keine Arbeitsplätze verloren gehen.

Deutschlands Stärke in der internationale Wettbewerbsfähigkeit liegt in der Automobilindustrie, die hervorragend für die heutige Zeit ist, doch in naher Zukunft umstrukturiert werden muss, denn Treibstoff aus fossilen Brennstoffen können und sollten nicht mehr genutzt werden, damit unsere Planet geschont wird. Diese Umstrukturierung ist schon bei einigen Automobilherstellern gestartet und diese planen in die Zukunft, dass der Staat fördert.

Die Wettbewerbsfähigkeit soll gestärkt werden dadurch das Deutschland enger mit Ländern zusammen arbeitet außerhalb Europas, damit die Reichweite Deutschlands und ihre Wettbewerbsfähigkeit auch außerhalb Europas und den EU-Binnenmarkt stark vertreten ist.

Die Förderung würde darin liegen das deutsche Firmen, die Reichweite im internationalen Raum haben, gefördert werden vom Staat im finanziellen Sinne sowie vom bürokratischen Sinne. Dies soll ihnen helfen internationale Geschäfte einfacher handhaben zu können und dass die Bürokratie ihnen kein zu großem Hindernis sein würde.

# Parteiprogramm der JdPD

## **Förderung des Weltraumprogramms der ESA**

Der Weltraum ist ein Gebiet, das es zu erforschen gilt.

Wir als Partei sehen den Weltraum als einen Ort, der eine Zukunft für die Menschheit sein kann. Dass die USA das Mondprogramm wieder auffahren will ist in unseren Augen ein sehr guter Punkt für das erforschen des Weltraums, sowie das Projekt von Space X den Mars zu besiedeln.

Unser Plan ist es mit der ESA, die Europäische Weltraumorganisation, ein Projekt zu starten, dass die Ressourcen des Weltraums, der Bevölkerung der Erde zugutekommen lassen wollen in Zusammenarbeit mit der NASA oder Space X.

Wir wollen durch die Förderungen eines Weltraumprogramms mit der ESA eine Zukunft schaffen, indem wir Ressourcen gewinnen, sowie eine Zukunft schaffen, die das Leben außerhalb der Erde ermöglicht, denn es ist möglich dieses Ziel zu erreichen.

Nicht nur das wir Ressourcen und Lebensraum vom Weltraum gewinnen wollen, sondern auch die Erforschung würden wir begrüßen, denn durch die Erforschung des Weltraums könnten viele Fragen geklärt werden und vieles bislang unentdecktes Wissen an die Menschheit gelangen, dass einen wirtschaftlichen sowie intellektuellen Vorteil hätte.

Durch die Erforschung des Weltraums würde, als sehr hohes erlangtes Wissen, das Wissen der Menschheit zuteilwerden den Raum zu krümmen und ein besseres Verständnis für die vierte Dimension erlangen.

Durch Forschung im Weltraum und dessen Förderung würde uns ein neuer Horizont gegeben werden und uns ein Stück weiter bringen die das Universum noch aufwirft und diese durch Zusammenarbeit mit anderen Staaten gelüftet werden können.

Diese Projekte und Forschungen würden einen langen lohnenswerten Zeitraum beanspruchen, der von Staatlicher Seite starke Unterstützung erhalten würde und ein vorrangiges Ziel im Bereich der Forschung wäre.

## **Forschung in dem Bereich der Medizin**

Damit die Menschheit länger leben kann benötigtes nicht nur mehr Lebensraum, sondern auch eine gute medizinische Versorgung.

Damit eine noch bessere medizinische Versorgung innerhalb Deutschlands zustande kommt, ist es unser Plan mit der Pharmaindustrie stärker zusammen zu arbeiten, damit die beste medizinische Versorgung zustande kommt.

Unsere Idee bei diesem Unterfangen ist diese, dass wir die Pharmaindustrie im Bereich der Forschung weniger Auflagen zuteilen lassen, damit eine möglichst effiziente Forschung zustande kommt.

Diese Forschung soll speziell auf der Erforschung unheilbarer Krankheiten liegen und diese Behandlung von diesen unheilbaren Krankheiten möglichst vereinfachen.

Wir wollen auch die Forschung an die oberste Stelle liegen und das Wohlergehen der Menschheit, deshalb wollen wir nicht auf irgendwelche Glaubensrichtungen hören und den ethischen Punkt stückweise abbauen, damit Wissenschaftler in diesem Bereich nicht die Hände gebunden sind.

# Parteiprogramm der JdPD

Wir als Partei wollen der Menschheit im Bereich der Medizin nach vorne bringen und Menschen, die wegen schweren Krankheiten leiden das Leiden nehmen durch die Forschung in den Gebieten dieser Krankheiten, vor allem in der Forschung der Bekämpfung von Krebs.

## **Gesundheitspolitik in Deutschland verbessern**

Die Gesundheit der Bevölkerung liegt uns sehr am Herzen, deshalb wollen wir die Gesundheitspolitik immer stetig verbessern und das so gut wie es geht damit alle Menschen in der Bundesrepublik Deutschland leben nicht sich um ihre Gesundheit sorgen müssen, wegen aller möglichen Gründen.

Wir wollen das kein Bürger der Bundesrepublik Deutschland an einer Krankheit leiden muss, nur weil der Medizinische Fortschritt nicht stark genug ausgebaut ist und dies wollen wir sehr schnell lösen, denn niemand sollte ein Leiden haben, dass verhindert hätte können wenn die Gesundheitspolitik anders gehandelt hat und wir würden niemals so etwas dergleichen tun, wir würden alles Mögliche versuchen um die Gesundheitspolitik zu verbessern und die medizinische Versorgung stetig zu optimieren.

## **Erlaubte Aufklärung für Abtreibung**

Die erlaubte fachliche und sachliche Aufklärung von Abtreibung sollte für keinen Arzt eine Strafrechtliche Konsequenz mit sich ziehen und sollte auf jeden etwas sein das Frauen informiert was es für Möglichkeiten gibt und wie etwas dergleichen funktioniert.

Niemand darf darüber entscheiden, ob eine sachliche und fachliche Aufklärung für Abtreibung verboten ist, denn es ist jedem selbst überlassen, ob eine Frau sich aufklären lässt oder nicht. Der Staat sollte nicht Strafen auferlegen wenn eine Aufklärung stattfindet, wir befinden uns im 21. Jahrhundert und dies ist kein Tabu Thema, es ist die Realität das sich Frauen darüber Gedanken machen und sich auch möglichst bei Ihren Facharzt aufklären lassen möchten und nicht ohne Plan und Ahnung solch einen Eingriff machen lassen wollen. Wir wollen, dass sich Aufklärung, medizinische fachliche Aufklärung sich nichts unterstellen muss, denn jeder hat das Recht zu erfahren was eine Person machen kann und sollte wissen wie eine Person sich dem unterzieht.

Wir wollen niemanden sagen was jemand wissen darf oder nicht, wir wollen dies jedem frei überlassen ob sich jemand informiert über dieses Thema.

## **Ausbau der digitalen Gesundheitsleistungen**

Der Ausbau der Digitalisierung ist und sehr wichtig und einer der wichtigsten Aufgaben, die wir haben, deshalb wollen wir auch die digitale Gesundheitsleistungen ausbauen, um ein bequemerer und einfacherer Gesundheitsbefinden zu erlangen.

Wir wollen den Fortschritt zu lassen in dem Bereich der Gesundheit und auch die Gesundheitsleistungen stetig ausarbeiten. Wir wollen auch, dass das digitale Gesundheitswesen mit Sicherheit und genauso mit den Daten umgeht wie der Arzt

## Parteiprogramm der JdPD

in der Umgebung damit niemand der sich im Internet dies nutzt sich einer Gefahr einlässt.

Der Ausbau der digitalen Gesundheitsleistungen bietet einen großen Vorteil, wodurch das Gesundheitswesen stark verbessert werden kann durch die gesammelten Daten.

Dadurch kann auch schnellst möglich, im Falle eines Notfalls, die Daten abgerufen werden mit Einwilligung der Person und diese gerettet werden könnte mit einer höheren Wahrscheinlichkeit.

Wir wollen Fortschritt und wollen das Leben der Bürger und Bürgerinnen verbessern und vereinfachen und wir wollen ihnen die Gesundheit möglichst einfach gestalten und ihnen darlegen damit niemand keine Zeit hat sich, um seine Gesundheit zu sorgen.

### **Vergünstigung von Medikamenten**

Medikamente erhalten uns am Leben, wenn wir schwere Krankheiten haben und häufig ist es leider so, dass diese sehr kostspielig sind aus Gründen, die nicht nötig sind, sondern aus Geldgier entstehen. Wir wollen die Medikamente für jeden bezahlbar werden und dies wollen wir umsetzen indem wir Unternehmen dazu auffordern wollen nicht unnötig viele Medikamente für eine Krankheit zu entwickeln für die es schon dutzende gibt und diese hervorragend funktionieren.

Wir wollen aber keiner falls den Fortschritt der Medizin stoppen, wir wollen deshalb trotzdem Unternehmen gestatten Medikamente zu erstellen die andere ablösen und wirklich besser sind.

Wir wollen, dass keiner sich wichtige Medikamente nicht leisten kann wegen Überproduktion dieser, deshalb wollen wir genau dies umsetzen.

Wir wollen Gesundheit in der Bundesrepublik Deutschland und dies so günstig wie irgendwie möglich.

### **Alle müssen in eine Krankenkasse einzahlen**

Wir wollen den Geldmangel der Krankenkassen aufheben, indem wir die Gestaltung des einzahlen in die Krankenkassen umstrukturieren, dass jeder in die gesetzliche Krankenkasse einzahlen muss.

Wir wollen nicht die privaten Krankenkassen aufheben, sondern wollen, dass die die dort einzahlen auch einen geringen Betrag in die gesetzliche einzahlen, damit der Geldmangel, der eintreten wird überwindbar ist und sich niemand sorgen um seine Gesundheit machen muss. Wir wollen dass das Gesundheitssystem entlastet wird und dies wird entlastet indem diejenigen die in der privaten sind einen geringen Prozentsatz in die gesetzliche zahlen, dadurch würden wir Gesundheit günstiger und besser in der Bundesrepublik Deutschland machen und der groß Teil der Bevölkerung wurde es medizinisch viel besser gehen.

Wir die JdPD wollen das es den Menschen medizinisch gut geht und dies wollen wir so stark wie möglich versuchen.

# Parteiprogramm der JdPD

## **System der Krankenkassen optimieren**

Das System der Krankenkassen soll optimiert werden, es soll nicht länger nur ein wirtschaftlicher Punkt sein. Wir wollen das Krankenkassen sich nicht mehr stark duellieren sondern den Sinn einer Krankenkasse wiederfinden und ihr Ziel darauf setzten Kranken Menschen zu helfen und nicht ihr höchstes Ziel sein soll große wirtschaftliche Ziele zuhaben sondern Menschen helfen und das so gut wie es wirtschaftlich geht.

Wir wollen den Konkurrenzkampf zwischen Krankenkassen stoppen und diese investierte Zeit nutzen, um den Menschen bessere medizinische Versorgung darzulegen damit die hohen Preise von Medikamenten sinken und sich niemand über diese beschweren kann.

Wir wollen die medizinische Versorgung der Bundesrepublik Deutschland optimieren und dies ist in unseren Augen ein wichtiger Schritt in diese Richtung.

## **Pflege und Gesundheit stetig verbessern**

Die Pflege und die Gesundheit wollen wir stetig innerhalb der Bundesrepublik Deutschland verbessern, um ein besseres Wohlbefinden zu kreieren.

Uns liegt das Wohlbefinden aller sehr am Herzen deshalb wollen wir die Pflege sowie die Gesundheit stetig verbessern.

Die Pflege wollen wir verbessern indem wir die Bedingungen für das Pflegepersonal verbessern. Wir wollen ihnen bessere Arbeitszeiten geben, also bestimmte fest geschriebene, damit die die gepflegt werden müssen eine vernünftige und vor allem Menschenwürdige Pflege erhalten. Dazu wollen wir damit der Beruf attraktiver wird und somit mehr Personen in dem Bereich arbeiten, die Gehälter von diesen erhöhen von staatlicher Seite aus damit eben diese eine gerechte Bezahlung erhalten.

Wir wollen, dass jeder menschlich gepflegt werden kann und nicht diese wie am Fließband abgearbeitet werden und das Pflegepersonal dies auch unter der besten Bedingung erledigen kann.

Die Gesundheit wollen wir verbessern indem wir wie in der Pflege auch in medizinischen Einrichtungen das Personal fair vergüten wollen, ihnen menschenwürdige Arbeitszeiten zuschreiben und auch ihnen nicht zur Überlastung arbeiten lassen wollen, denn die Gesundheit kann nur von ausgeruhtem Personal voll übt werden.

Wir wollen die Gesundheit verbessern indem wir alle Stör Faktoren entfernen, wie der starke Konkurrenzkampf von Krankenkassen und den sehr teuren Medikamenten, denn uns liegt das Wohlbefinden von allen sehr am Herzen.

Wir von der JdPD wollen den Bereich der Gesundheit und der Pflege stetig verbessern.

## **Modernisierung unserer Demokratie**

Wir finden, dass unsere derzeitige Demokratie nicht den aktuellen Standards entspricht und möchten diese nun mit frischem Wind auffrischen. Indem wir die Regierung Transparenter gestalten möchten, wir möchten zudem die Junge

## Parteiprogramm der JdPD

Generation in Richtung Politik bewegen, um neue und innovative Ansichten zu schaffen. Gleichzeitig wollen wir damit auch eine größere Wahlbeteiligung der jungen Erwachsenen schaffen. Außerdem wollen wir der Demokratie mehr Freiraum in ihrer Entwicklung geben umso potenzielle Wege der Demokratie zu entdecken und eventuelle Vorteile daraus zu schaffen. Wir möchten, dass unsere Demokratie mal einen Wandel erlebt und nicht auf einem Punkt in ihrer Entwicklung stehen bleibt.

### **Freiheit im Internet**

Das Internet ist so fest in unserer momentanen Gesellschaft integriert wie noch nie zuvor, deswegen hat auch das Internet einen sehr großen Einfluss auf unser alltägliches Leben. Deshalb wollen wir die Meinungsfreiheit im Internet bewahren. Durch Upload Filter Drohen dem Internet noch weitere Zensuren, die wir nicht anerkennen, wir werden alles tun, um diese Filter aufzuhalten. Auch Einschränkungen der Meinungsäußerung können wir nicht hinnehmen, jeder hat das Recht seine Meinung zu äußern egal gegen oder für was. Niemand kann einem das Recht auf Meinungsäußerung in Deutschland nehmen. Wir sind ein Demokratischer Staat und in einem solchen Staat sollte die Bevölkerung nicht die Stimme weggenommen werden, wenn eine Partei so etwas nicht tolerieren kann dann kann sie auch keine Demokratie tolerieren.

### **Politik wird für Jugendliche und junge Erwachsene Zugänglicher machen**

Die Politik dringt immer mehr in den Bereich der Jungen erwachsene. Europa, Rente, Integration – dies sind nur einige der großen Themen, die Junge Menschen bewegen wählen zu gehen. Wie sich bei der Fridays for future Bewegung gezeigt hat, haben nicht nur alte Menschen das Recht etwas in der Politik zu gestalten, viel zu oft werden Junge Erwachsene nicht ernst genommen, das wollen wir ändern wir wollen vermehrt vorschläge von jungen Erwachsenen nachgehen und auf sie hören wenn ihnen etwas nicht passt, den sie haben das größte Recht auf Mitbestimmung den sie sind das Fundament Unsere der zeitigen Gesellschaft und werden in Zukunft unsere Renten tragen. Wieso wollen wir sie dann nicht auch mitbestimmen lassen?

### **Förderung in der modernen Entwicklung unserer Demokratie**

Die Entwicklung unserer modernen Demokratie sollte sich nicht hinter irgendwelchen, nicht mehr zeitgemäßen Riten, Abläufen oder verfahren hinten anstellen muss. Sondern höchste Priorität hat, denn diese Entwicklung gerät aufgrund ständiger Störfaktoren ins Stocken, und behindert so weitere wichtige Abläufe innerhalb unserer fest etablierten Regierung. Wir wollen eine Moderne und fortschrittliche Demokratie die effizient und Zeitgemäßen handelt und auch agiert. Viel zu oft geraten wichtige Entscheidungen in den Hintergrund oder werden im Schatten anderer großen Veranstaltungen entschieden, dies können wir nicht zulassen den wir wollen das jede Entscheidungen, so wie es sich mittlerweile gehört

# Parteiprogramm der JdPD

öffentlich und zugänglich für jeden gemacht wird. Wir wollen eine Moderne und starke Demokratie, die nicht von anderen Faktoren beeinflusst wird.

## **Immigration in Deutschland weiter Entwickeln**

Die Derzeitige Immigration Politik in Deutschland lässt zu wünschen übrig. Viel zu oft kommt Skandale ans Tageslicht und oder die Ausführung wird nicht richtig ausgeführt bzw. Es gibt in diesem Bereich auch keine vernünftige Kontrollierende Initiative. Viel zu oft wird Entscheidungen eigenmächtig gefällt und nicht nach einem sich zu richtenden verfahren. Dies wollen wir ändern und hoffen mit den folgenden Punkten ein vernünftiges Fundament für darauffolgende Änderungen zu schaffen. Diese Punkte sollten aber auf gar keinen Fall rechts aufgenommen werden wir wollen nur eine zuverlässige Immigration Politik schaffen, keine härtere oder rechte Immigration Politik. Deswegen hoffen wir einiges zu ändern bei dem jeder sagen kann, dass diese Politik Fair und gerecht ist.

## **Doppelte Staatsbürgerschaft, aber nur Wahlrecht im lebenden Land.**

Wir sehen eine Doppelte Staatsbürgerschaft als eine Logische und funktionierende Sache an, allerdings finden wir sollte das Wahlrecht nur im derzeitig lebenden Land. Wir finden, dass es sich als schwierig erweist die Situation im anderen Land einzuschätzen. Man kann von Idealen im anderen Land geblendert werden kann. Außerdem kann man, ohne mit Sanktionen zu rechnen irgendjemanden wählen denn man vielleicht gut findet, für das Land aber eine absolute Katastrophe darstellt, man kann die Auswirkungen nicht spüren, andere aber schon. Das ist nicht fair den dort lebenden gegenüber deswegen setzten wir uns für das Wahlrecht im derzeitig lebenden Land ein.

## **Immigration stärken**

Immigration ist ein wichtiger Bestandteil unseres Lebens und geht jeden etwas an. Aber wie schwer ist es, tatsächlich als Immigrant zu leben – und was denken die Mitmenschen darüber? Tatsache ist, es ist immer schwer in einem fremden Land einen Neuanfang zu wagen.

Vor allem die deutsche Sprache ist für viele Immigranten eine Herausforderung und wird auch von vielen Menschen nicht perfekt beherrscht, die schon lange in Deutschland leben. Das sind aber nicht die einzigen Probleme die bestehen. Vor allem kulturelle und religiöse

Hintergründe führen zuweilen zu Problemen. Um die Integration von Migranten zu fördern, gibt es zahlreiche Unterstützungsangebote.

Im Grundgesetz ist in Deutschland die Religionsfreiheit fest verankert. So können beispielsweise Menschen muslimischen Glaubens auch in der Bundesrepublik Moscheen errichten. Um die kulturellen Probleme zu lösen, werden zahlreiche Hilfen angeboten – etwa Sprachkurse, Hilfe bei der Wohnungssuche oder Hilfe bei der Arbeitssuche. Aber nicht immer greifen diese Maßnahmen und manche Zuwanderer haben den Start in ein neues Leben daher schwerer als andere.



## Parteiprogramm der JdPD

Doch wie sieht es mit Immigration im Allgemeinen aus und wo auf der Welt ist Immigration besonders häufig vorzufinden? Der Hauptgrund von Immigration ist, dass sich die Menschen ein besseres Leben erhoffen, als sie es in ihrer Heimat haben. Oft erfolgt eine Flucht aus der Heimat, aufgrund von Krieg oder durch Verfolgung. Diese Menschen werden auch als Flüchtlinge bezeichnet. Da es so viele von ihnen gibt, haben sie zuweilen geringe Chancen legal Asyl in anderen Ländern zu finden. Daher gibt es in vielen Ländern illegale Einwanderer. Auch in Deutschland.

### **Rassismus Bekämpfung in Deutschland**

In Deutschland gibt es viele Projekte um Rassismus aus unserer Gesellschaft zu verbannen. Es gibt zum Beispiel das Projekt: Schule ohne Rassismus - Schule mit Courage. Dieses zielt darauf ab, dass Schülerinnen und Schüler an ihrer Schule Verantwortung übernehmen und sich für demokratische Grundwerte und Zivilcourage einsetzen. Außerdem gibt es noch: Instant Acts - Gegen Gewalt und Rassismus. In diesem Rahmen finden in Schulen regelmäßig Workshops statt, bei denen integrative Beugungsformen im Vordergrund stehen. Die Projektstage haben zum Ziel, dass Schülerinnen und Schüler im Alter zwischen 13 und 19 Jahren fremde Kulturen und deren Vertreterinnen und Vertreter kennenlernen und eine stärkere Akzeptanz und Respekt vor anderen Kulturen entwickeln

### **Schnellere Ausweisung von straffällig gewordenen Immigranten**

Wir setzen uns für eine schnellere Ausweisung von **straffällig** gewordenen oder schon straffällig aufgefallenen Immigranten ein. Wir wollen damit keineswegs einen rechten Weg einschlagen, dennoch ist uns die allgemeine Sicherheit sowie das Wohl unseres Volkes immer noch am wichtigsten. Demnach müssen bei diesem Punkt um Verständnis bitten, den wir haben absolut nichts gegen Einwanderer, denn sie erhalten Deutschland am Leben, sie tragen ihren Teil zu Gesellschaft bei. Doch wir können uns keine Störfaktoren erlauben und wollen auch nicht das man denkt man könne sich in Deutschland verhalten wie man will, damit ist Schluss und wir setzen deswegen besonders für diesen Punkt ein.

### **Projekte mit der EU**

Die EU ist in unserer aktuellen Regierung gar nicht mehr wegzudenken und gibt Europa ein so vielseitiges Potenzial wie nie zuvor. Wir wollen das Potenzial nutzen und haben uns Gedanken dazu gemacht wie wir die EU im Interesse aller einsetzen können. Diese werden sich auf die unterschiedlichste Art und Weise zum Ausdruck bringen. Wir hoffen jedoch das wir noch weitere, spannendere Projekte, in Zusammenarbeit mit der EU, verwirklichen können und sind gespannt auf die Zukunft, die uns die EU noch bringen wird.

### **Sicherung der Menschenrechte**

## Parteiprogramm der JdPD

Um die Wahrung der Menschenrechte zu sichern gehen wir auf Internationale Ebene. Wir wollen die Menschenrechte sichern da wir der festen Überzeugung sind das sie die Grundpfeiler der heutigen Gesellschaft sein sollten. Daher versuchen wir sie nicht nur in der Bundesrepublik Deutschland, sondern auch in der EU mehr Gewicht zu geben. Um jeden eines Menschen würdiges Leben zu ermöglichen, auch in Ländern, in denen die Lebensbedingungen nicht auf zu einem hohen Niveau liegen wie in der Bundes Republik Deutschland, Wir hoffen damit einen Standard in der EU festzulegen, von dem jeder profitiert und den jeder akzeptieren kann. Denn wir wollen nur das Beste für die Menschen in der EU.

### **Erhaltung der Digitalen Meinungsfreiheit**

Die Debatte um die Digitalen Meinungsfreiheit ist so präsent wie nie zuvor. Einige schlagen ein Anpassen vor, einige hingegen wollen die digitale Meinungsfreiheit komplett einschränken. Wir von der JdPD wollen gar nichts davon, im gegen teil wir wollen die Meinungsfreiheit erhalten und dem Internet keine ungerechte strafe zuweisen, denn dass was dort gepostet wird ist in erster Linie kein Hass oder Abneigung. Es ist, wenn man sich mit den zum Beispiel Videos auseinander setzt eine konstruktive Kritik, keine „Meinungsmache“. Das Internet sollte man nicht mit einer Heutigen Zeitung vergleichen, sogar der Rundfunk wird dem Internet nicht mehr gerecht. Das Internet ist einer, wenn nicht sogar **das wichtigste Medium unserer Zeit**. Menschen, ob Alt oder Jung versammeln sich dort, Tauschen sich aus oder spielen zusammen im Internet, auf Social Media werden Beiträge für das Persönliche empfinden geteilt, und die Regierung möchte wegen einer Meinungsäußerung direkt dies alles zunichtemachen. Wir von der JdPD machen uns für das Internet stark so wie es Alle Parteien ob groß oder klein machen sollten.

### **Freiheit des Internet beibehalten**

Die hitzige Debatte um Artikel 13 hat uns den Anlass gegeben die Erhaltung der Freiheit im Internet in unser Programm auf zu nehmen. Meinungsfreiheit ist ein klarer Bestandteil unserer Gesellschaft, wieso dann auch nicht im Internet? Es sollte selbstverständlich sein und es sollte noch nicht mal eine Diskussion zu diesem Thema geben. Man sollte und kann sich nicht als ein freier Demokratischer Staat halten, wenn man nicht die Meinungsfreiheit **in allen Medien** toleriert. Es wäre ein kompletter Rückschritt in unserer Entwicklung als freier Demokratischer Staat und sollte nicht durchgesetzt werden. Wir werden uns auf gar keinen Fall für diesen Artikel einsetzen und werden alles in unserer Macht Stehende tun um diesen zu verhindern.

### **Friedensprojekte mit Unterstützung der EU**

Wir von der JdPD wissen zwar das die Europäische Union eigentlich ein Friedensprojekt an sich ist, allerdings möchten wir einen größeren Fokus auf den Frieden innerhalb der EU setzen und so wollen wir gemeinschaftliche

## Parteiprogramm der JdPD

Friedensprojekte mit den einzelnen Mitgliedsstaaten in Verbindung mit der Europäischen Union realisieren. Dabei soll es um den gemeinschaftlichen Faktor zwischen den einzelnen Staaten gehen, und soll die Vorurteile zu beseitigen und um ein gemeinschaftliches Gefühl hervorzubringen um die EU ein stärkeres Gewicht auf internationaler Ebene zugeben und um eine starke EU hervorzubringen. Natürlich geht es uns nicht nur um das, sondern es soll auch den Frieden in der EU erhalten und eventuell sogar, im besten Fall, zu stärken.

### **Förderung der Europäischen Armee**

Durch eine Europäische Armee würde Krieg zwischen den Mitgliedsstaaten nahezu unmöglich werden. Auch auf internationaler Ebene würde es der EU mehr Gewicht geben, so hätten wir einen besseren Stellenwert in der Welt. Wir unterstützen eine Europäische Armee indem wir Ingenieure, Wissenschaftler und natürlich auch Truppen zur Verfügung stellen. Es ist längst überflüssig geworden für die einzelnen Länder eigene Armeen zu haben. In einer Zeit des Friedens sollte man sich auf Diplomatie konzentrieren. Außerdem würde es enorme Kosten sparen, die wir dann in andere Projekte investieren können. Wir sollten nicht 27 teure Kleinarmeen, sondern eine kosteneffektive und starke Armee aufstellen.

### **Terror Bekämpfung, durch Technische Unterstützung der EU**

Der Terror in der EU wird immer präsenter und aggressiver, wir möchten dies verhindern und werden der EU mit technischer Unterstützung bei helfen den Terror zu bekämpfen. Es ist höchste Zeit in den Kampf einzuschreiten und den Schutz der Bevölkerung zu sichern. Es ist unsere höchste Priorität den Schutz unsere Bevölkerung sowie der aller EU Mitgliedsstaaten zu sichern, deswegen möchten wir uns aktiv mit der EU zusammenschließen und uns gegen den Terror stellen. Wir wollen allerdings uns auf technische Aufgaben spezialisieren, um mögliche Verluste zu vermeiden und indem wir uns auf ein Gebiet zu spezialisieren können wir unsere Abläufe innerhalb der eigenen Instanz weiter ausbauen und optimieren.

### **Förderung der Kultur**

Wir als JdPD wollen die Kultur dieses Landes bewahren und auch auf diese zurückblicken damit wir aus dieser lernen, aber auch schöne Erinnerungen und Brauchtümer erhalten.

Die Punkte, die die Kulturpolitik der JdPD bilden sind diese folgenden Punkte.

- Schutz und Pflege des kulturellen Erbes und der deutschen Kulturlandschaft
- Medienvielfalt und Medienkompetenz
- Stärkung von Filmförderung, Spielindustrie und anderen Branchen der Kultur- und Kreativwirtschaft sowie Verbesserung der Arbeitsbedingungen von Kreativen
- weitere Erhöhung des Bundeskulturhaushalts

## Parteiprogramm der JdPD

- Stärkung der kulturellen Bildung und Teilhabe für diverser Publik und v.a. Menschen mit Zuwanderungsgeschichte
- Verbesserung gleicher Chancen für Frauen und Männer in Kultur und Medien
- Stärkung der deutschen Leitkultur und Identität, sowohl hinsichtlich Integration als auch hinsichtlich Fremdenfeindlichkeit Kulturpolitik und gesellschaftliche Kontexte

### **Erhaltung der Momentanen Kultur**

Kulturpolitik und Gesellschaftsentwicklung sind für die JdPD eng miteinander verzahnt. Im Zentrum stehen dabei die Themen Identität und Leitkultur als einigendes Band der Gesellschaft. Dabei soll kulturelle Bildung es allen ermöglichen, einen Zugang zu unserer nationalen Identität und unserem Selbstverständnis zu entwickeln. Initiativen wie Kultur machen stark und Angebote nationaler Kultureinrichtungen für bislang unterrepräsentierte Gruppen möchte die Union dafür ausbauen. Gleichzeitig wird im Wahlprogramm immer wieder die unverwechselbare Identität und Leitkultur Deutschlands betont, definiert über die deutsche Sprache und Weltoffenheit auf Basis des Grundgesetzes. Dass sich die Menschen mit dieser vertraut machen sollen, klingt nach einer einseitigen Maßnahme, die deutsche Kultur und Tradition vermitteln soll. Eine Öffnung für kulturelle Impulse von Seiten der bisher vernachlässigten Gruppen wird nicht erwähnt.

### **Unterstützung der Ehrenamtliche Ämter sowie Unterstützung der Projekte Ehrenamtlicher Organisationen**

Als zweiter gesellschaftlicher Aspekt spielt die Bereitschaft für ehrenamtliches Engagement ebenfalls als Grundaspekt deutscher Identität eine große Rolle im Wahlprogramm der JdPD. Deshalb widmet sich unter anderem das Kapitel Was unser Land zusammenhält schwerpunktmäßig diesem Thema, im Detail allerdings nur hinsichtlich Sportes und Religionsgemeinschaften. Mithilfe von finanziellen Mitteln, besseren Strukturen und Beratungsangeboten soll das Ehrenamt weiter gestärkt werden. Was das für den Kulturbereich bedeutet in den kulturellen Einrichtungen mangels finanzieller Mittel mitunter von Ehrenamtlichen geleitet werden (müssen) wird nicht thematisiert. Unterstützung der Ehrenamtliche Ämter sowie Unterstützung der Projekte Ehrenamtlicher Organisationen.

### **Sicherheit Deutschlands**

In vielen europäischen Staaten und auch in Deutschland ist ein Erstarren des rechten und des islamistischen Extremismus zu beobachten. Mit noch **mehr Präventionsmöglichkeiten** wollen wir verhindern, dass gerade junge Menschen in diese Richtung abdriften. Wir müssen die Errungenschaften unserer Verfassung

## Parteiprogramm der JdPD

hervorheben und unsere weltoffene und solidarische Gesellschaft betonen. Gleichzeitig werden wir noch deutlicher machen, dass wir eine **wehrhafte Demokratie** sind. Denjenigen, die unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung bekämpfen, werden wir mit angemessenen rechtsstaatlichen repressiven Maßnahmen entgegentreten.

### **Sicherheit innerhalb Deutschlands erhöhen**

Gerade bei der Bundespolizei bedarf es einer weiteren deutlichen Erhöhung der Einsatzkräfte. Dies hilft auch den Länder Polizeien, die derzeit oft die Arbeit der Bundespolizei bei Großeinsätzen unterstützen müssen. Angesichts der gestiegenen und komplexeren Anforderungen benötigen wir insgesamt **mehr Polizistinnen und Polizisten**, und das vor allem in der Kriminalitätsbekämpfung und auf den Straßen. Dafür ist es wichtig, die Strukturen innerhalb der Polizei den neuen Herausforderungen anzupassen und die Polizeibeamtinnen und -beamten gleichzeitig mit modernster Ausrüstung auszustatten und qualifiziert auszubilden. Straftaten müssen nicht nur schnell aufgeklärt, sondern auch konsequent geahndet werden. Deswegen wollen wir, dass **auch Gerichte und Staatsanwaltschaften personell und technisch besser ausgestattet** werden.

Ein Schwerpunkt bildet die **Bekämpfung des Wohnungseinbruchs**. Wir müssen verstärkt länder- und grenzüberschreitende Bemühungen anstellen, um den oft hochmobilen Banden das Handwerk zu legen. Dabei sollen erfolgversprechende moderne, **computergestützte Ermittlungsmethoden**, wie *Predictive Policing* zum Einsatz kommen, bei denen über die Analyse von Falldaten zur Berechnung der Wahrscheinlichkeit zukünftiger Straftaten der Einsatz von Polizeikräften gesteuert wird. Auch muss der Datenaustausch zwischen den Ländern und staatenübergreifend immer weiter verbessert werden. Wir wollen darüber hinaus ein breites **Förderprogramm für den Einbau Einbruch hemmender Fenster und Türen** auflegen, da schon heute mehr als jeder dritte Einbruch schon beim Versuch scheitert. Auch hier muss der Bund unterstützen.

Der ideologische Raubbau an den Ressourcen des Staates muss ein Ende haben. **Investitionen in Personal und Ausstattung** sind unmittelbare Investitionen für mehr Sicherheit. Auch hier ist der Bund gefordert. Zu oft ist der Blick ausschließlich auf die Täter und zu selten auf die **Opfer von Straftaten und deren Angehörige** gerichtet. Wir wollen deshalb dem Opferschutz mehr Raum geben und uns verstärkt um die Opfer von Straftaten und deren Angehörige kümmern.

### **Die Antwort auf viele Probleme lautet Europa!**

Trotz und gerade wegen krisenhafter Entwicklungen in der EU und anti-europäischen Tendenzen in den Mitgliedstaaten, halten wir ohne Wenn und Aber an der europäischen Idee fest und werden sie in allen Bereichen stärker betonen. **Das gilt auch für die Innen- und Sicherheitspolitik, die wir europäisch denken müssen**. Ob Terrorismus, Cybercrime oder Einbrüche - die Kriminalität endet nicht an den nationalen Grenzen. Um die Menschen besser schützen zu

## Parteiprogramm der JdPD

können, müssen wir daher Strukturen und den gemeinsamen Austausch verbessern. Wir setzen uns dafür ein, dass eine Art **europäisches FBI z.B. bei Europol** aufgebaut wird und auch das Europäische Zentrum für Terrorismusbekämpfung (ECTC) mehr Kompetenzen erhält. Da es absehbar ist, dass einige EU-Mitgliedstaaten für eine so enge Zusammenarbeit noch nicht bereit sind, sollten wir die im EU-Vertrag verankerte **Möglichkeit der verstärkten Zusammenarbeit nutzen**, sodass zunächst nur ein Teil der Mitgliedstaaten vorgeht und in gemeinsamen Abkommen diese Maßnahmen umsetzt. Zudem fordern wir den Aufbau einer gemeinsamen **Europäischen Grenzschutzpolizei**, um die Außengrenzen ausreichend schützen zu können. Wir gehen damit über das hinaus, was wir bereits auf den Weg gebracht haben: Registrierung von Drittstaatsangehörigen bei der Einreise in die EU, die Ausweitung des Aufgabenkreises und der Einsatzkapazitäten der europäischen Grenzschutzbehörden. Damit werden wir einen Geburtsfehler bei der Schaffung des Schengen-Raums beheben und zugleich diesen **Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts verteidigen**.

Wir wollen ferner die **Internationalen Polizeimissionen** ausweiten, damit die Polizei mit ihrer Expertise und ihren Fähigkeiten dazu beitragen kann, dass kriegerische Konflikte außerhalb Europas friedlich gelöst werden können. Im besten Fall können so auch rechtsstaatliche Strukturen gefördert und damit letztlich auch **Fluchtursachen vor Ort bekämpft werden**.

### **Konsequentes Vorgehen gegen terroristische Gefährder!**

Die Zahl der Gefährder ist in den vergangenen Jahren deutlich angestiegen. Von ihnen geht die größte terroristische Bedrohung aus. In Niedersachsen wurde erstmals ein Terrorverdächtiger, der keine deutsche Staatsangehörigkeit besitzt, nach dem Aufenthaltsgesetz abgeschoben. Wir wollen und werden zum **Schutz der Bevölkerung vor Gefährdern auch künftig alle rechtlichen Möglichkeiten ausschöpfen**. Deutschland hat kein Rechts- sondern ein Vollzugsdefizit. Dort, wo es geboten ist, werden wir uns aber für ein konsequenteres Vorgehen gegen Gefährder einsetzen. Das gilt auch für die **Ausdehnung der Überwachung von Gefährdern mit der elektronischen Fußfessel**.

Für die Bekämpfung der terroristischen Gefahren brauchen wir als Partner der Polizeibehörden **gut aufgestellte und ausgestattete Nachrichtendienste des Bundes und der Länder**. Zentralisierung ist nicht die Lösung, sondern verbesserte Kooperation. Nicht Mammutbehörden führen zu mehr Sicherheit, sondern eine verbesserte Zusammenarbeit, in der die Sicherheitsbehörden ihre jeweiligen Stärken und Kenntnisse einbringen können. Wir werden aus Fehlern und Erfolgen der Vergangenheit lernen und die Zusammenarbeit und den **Informationsaustausch im Rahmen des verfassungsrechtlichen Trennungsgebotes** weiter verbessern und effektiver ausgestalten.

### **Ausdehnung der anlassbezogenen Videoüberwachung mit Augenmaß!**

## Parteiprogramm der JdPD

Wir wollen die Möglichkeiten der mobilen anlassbezogenen und zeitlich begrenzten Videoüberwachung bei Anlässen mit großen Menschaufkommen noch stärker erweitern – und zwar im Einklang mit einem angemessenen Schutz der Daten der Bürgerinnen und Bürger. Videoüberwachung ist kein Allheilmittel, um Straftaten zu verhindern. Jedoch hat sie gerade bezogen auf Klein- und Alltagskriminalität eine **abschreckende Wirkung und erleichtert grundsätzlich die Aufklärung und Verfolgung von Straftaten**. Wir nehmen das Sicherheitsbedürfnis der Menschen sehr ernst. Wir nehmen aber auch datenschutzrechtliche Aspekte ernst. Beides darf nicht gegeneinander ausgespielt werden.

### **Bekämpfung von Cybercrime als künftige Schwerpunktaufgabe!**

Die Zahl der Straftaten im und aus dem Internet nimmt seit Jahren zu. Cyber- und Hackerangriffe richten sich gegen Wirtschaftsunternehmen, staatliche Institutionen und auch Privatpersonen. Wir müssen die Möglichkeiten zum Einsatz geeigneter **Angriffserkennungs- und Abwehrsysteme** gegenüber Cyber-Angriffen auf Behördennetze und IT-Systeme kritischer Infrastrukturen verstärken und die Bevölkerung dafür sensibilisieren, sich selbst stärker zu schützen. Darüber hinaus wollen wir der Verbreitung von **Hasskriminalität und so genannten Fake News konsequent entgegenzutreten**. Sie sind eine große Gefahr für das friedliche Zusammenleben und für die freie und demokratische Gesellschaft.

Die Sicherheitsbehörden müssen mit modernsten technischen Möglichkeiten ausgestattet sein, um die immer komplexer werdenden Anforderungen der Ermittlungs- und Präventionsarbeit bewältigen zu können. Es ist zudem notwendig, im Bereich Cybercrime den Ausbau spezieller Einheiten in den Länder Polizeien fortzuführen und Polizeikräfte dafür qualifiziert auszubilden. Wir wollen außerdem, dass ein **Aktionsplan Cyber-Sicherheit erstellt wird**, in dem sich Bund, Länder und Kommunen dazu verpflichten, Maßnahmen der Nationalen Cyber-Sicherheitsstrategie umzusetzen.

### **Katastrophenschutz stärken und kritische Infrastrukturen sichern!**

Im Zivil- und Katastrophenschutz gilt es, die Konzepte stetig an die sich verändernden Lebensrealitäten anzupassen, um ein Höchstmaß an Sicherheit für die Bevölkerung bei Großschadenslagen gewährleisten zu können. Dazu zählt auch besonders der **Schutz der kritischen Infrastrukturen wie Versorgungssysteme, Kommunikationsnetze oder die Gesundheitsfürsorge**, die zunehmend Cyber-Angriffen ausgesetzt sind. Für einen gut funktionierenden Katastrophenschutz müssen sich der Bund, die Länder und die Kommunen in der Zusammenarbeit noch enger vernetzen. Dazu braucht es bundesweite und regelmäßige Großübungen. Zudem wollen wir, dass der Bund sich finanziell stärker als bisher im Rahmen des ergänzenden Katastrophenschutzes an Auswirkungen auf die Systeme der Länder und Kommunen beteiligt.

## Parteiprogramm der JdPD

### **Sicherheit vor Ort gibt es nur durch starke Kommunen und Städte!**

Der Bund muss gemeinsam mit den Ländern dafür sorgen, dass die Kommunen finanziell handlungsfähig ausgestattet sind und über gute Infrastrukturen verfügen. Es war und ist der richtige Weg, dass der **Bund die Kommunen mit rund 5 Milliarden Euro entlastet** und mit zusätzlichen Investitionsförderungen unterstützt hat. Diesen Weg gilt es auch im Sinne des Sicherheitsempfindens der Bevölkerung fortzusetzen, schließlich wird Sicherheit vor allem im direkten Lebensumfeld wahrgenommen. Arme Städte sind auch weniger sichere Städte. Dazu gehört auch, **Maßnahmen zur kommunalen Kriminalprävention** anzuregen und zu fördern. Regionale Präventionsveranstaltungen können z.B. wichtige Hinweise für kommunale Entscheidungsträger unter dem Aspekt objektiver und subjektiver Sicherheit geben.

In Städten und Ballungsräumen nehmen soziale und Einkommensunterschiede zu. Eine ausgewogene Stadtentwicklung ist daher Voraussetzung dafür, **Entstehung und Verfestigung sozialer Brennpunkte zu vermeiden**. Diese wollen wir durch den Bund unterstützen. Mit Wohnungsbauförderung, Maßnahmen zur Verbesserung des Wohnumfelds und Quartier bezogener Sozialarbeit muss die Integration unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen und das individuelle Fortkommen der Menschen gewährleistet werden.

### **Geregelte Zuwanderung durch ein deutsches und europäisches Einwanderungsgesetz ermöglichen!**

Deutschland ist auch angesichts des demografischen Wandels auf Zuwanderung angewiesen. Aus wirtschaftlicher Sicht ist es daher unerlässlich, mit einem **Einwanderungsgesetz qualifizierten ausländischen Arbeitskräften aus Drittstaaten zu ermöglichen, in Deutschland zu arbeiten**. Viele der Menschen, die zu uns kommen, sehen sich gezwungen über einen Asylantrag, der keine wirkliche Aussicht auf Erfolg hat, eine Aufenthaltsgenehmigung zu erhalten, um hier arbeiten zu können. Der Gesetzentwurf der Bundestagsfraktion ist dafür unsere Grundlage. Mit ihm werden wir das Ziel eines Einwanderungsgesetzes weiterverfolgen. Ein nationales Einwanderungsrecht allein reicht aber nicht aus – die EU muss ein **gemeinsames Einwanderungsrecht** schaffen.

### **Mehr Stätigkeit gerechter gestalten**

Für die JdPD ist die Mehr Stätigkeit ein wichtiger Baustein für eine bessere Integration in unsere Gesellschaft. Sie muss jedoch gerechter ausgestaltet werden. Auf der einen Seite werden wir die Optionspflicht abschaffen. Sie verhindert Integration.

Wir wollen die Mehr Stätigkeit fördern und beibehalten, damit die Bürger dieses Landes sich frei fühlen und sich nicht eingesperrt fühlen.

### **Wohnraum für jeden ermöglichen**



## Parteiprogramm der JdPD

Die Investitionen in den sozialen Wohnungsbau verstetigen wir und die energetische Sanierung sowie den familien- und altersgerechten Umbau von Häusern und Wohnungen werden wir verlässlich unterstützen und begleiten. Gute und energetisch sanierte Wohnungen dürfen kein Luxusgut werden. Sie müssen für alle erschwinglich sein. Außerdem stoppen wir extreme Mieterhöhungen nach Modernisierungen oder Sanierungen. In Zukunft dürfen Vermieter maximal acht Prozent der Kosten auf die Jahresmiete aufschlagen. Bisher waren es elf Prozent. Zusätzlich wird erstmals eine Kappungsgrenze für Mieterhöhungen nach einer Modernisierung eingeführt. So darf die monatliche Miete nach einer Modernisierung um nicht mehr als drei Euro pro Quadratmeter innerhalb von sechs Jahren steigen. Eine weitere Aufgabe ist es dem Auseinanderdriften in reiche und arme Wohnviertel entgegenzuwirken.

### **Wohnungsbauförderung**

Lebenswerter Wohnraum ist für uns ein Grundrecht jedes Menschen in Deutschland.

Wir wollen Wohnen in Deutschlands Ballungsräumen wieder erschwinglich und Wohnungen für alle Menschen verfügbar machen. Deshalb wird ein Schwerpunkt der nächsten JdPD geführten Regierung auf Maßnahmen für mehr und preiswerten Wohnraum liegen.

Das wird eine JdPD geführte Regierung tun: Wir werden eine Wohnungsförderung umsetzen, die darauf zielt, die auslaufenden Sozialbindungen durch den Bau neuer Sozialwohnungen mindestens zu kompensieren. Deshalb werden wir den Bau von Sozialwohnungen und Wohnungen für mittlere Einkommen nicht nur in den Städten, sondern auch in den Landkreisen fördern, in deren Kommunen es angespannte Wohnungsmärkte gibt.

Wir werden auch den privaten Wohnungsbau fördern, denn insbesondere junge Familien haben den Wunsch nach einem Eigenheim.

Wir werden den Bau von Wohnraum für Studierende und für Auszubildende mit eigenen Förderprogrammen unterstützen.

### **Wohnmöglichkeiten verbessern und sichern**

Wir werden das deutsche Wohnungsbaufördergesetz überarbeiten. Unsere Kernpunkte für ein neues Gesetz sind:

- energetische Sanierung als Verpflichtung bei Neu- und Umbauten,
- Förderung regenerativer Energien im Wohnungsbau, – Ausbau öffentlicher Wohnbauförderung,
- Verlängerung der Bindungsdauer für Sozialwohnungen,
- Ausbau des sozialen Wohnungsbaus und dementsprechend höhere Mittelzuweisung an die Kommunen,

## Parteiprogramm der JdPD

- staatliche Förderung alternativer Wohnkonzepte wie beispielsweise von „Wohnen für Hilfe“ und Mehrgenerationenhäusern.

### **Wohnen für jeden Bezahlbar machen**

Wir wollen, dass die Mietpreisbremse durch mehr Kontrollmöglichkeiten für Mieterinnen und Mieter ergänzt wird, um bereits kurzfristig den weiteren Anstieg der Mieten zu dämpfen. Wir wollen der Spekulation durch Leerstand ein Riegel vorschieben. Dazu gehört auch die Möglichkeit für Kommunen, die Zweckentfremdung von Wohnraum zu verhindern.

### **Wohnraum für Studenten und Auszubildende**

Wir als Junge demokratische Partei Deutschland wollen für die jungen Erwachsenen vernünftige und preiswerte Wohnmöglichkeiten erschaffen. Dieses Unterfangen würden durchführen indem wir die Gelder für die Wohnbauförderung in Bauprojekte stecken würden, die Studenten aber auch Auszubildende sich leisten können und deren Erwartungen erfüllen würden. Die größten Geldbeträge würden vor allem Städte bekommen, die eine Universität haben und dann nach Anzahl der Studierende in der jeweiligen Universität der Geldbetrag sich anpasst. Ein weiterer Punkt welche Stadt große Geldbeträge erhält liegt daran wie viele Auszubildende die jeweilige Stadt hat. Die Berechnungen werden nicht in Prozent angegeben, sondern werden mit den natürlichen Zahlen berechnet. Dieses Unterfangen streben wir auch da es immer weniger Wohnmöglichkeiten gibt in Städten für Studierende und für Auszubildende, deshalb wollen wir Preiswerte und dazu vernünftige Wohnmöglichkeiten ermöglichen, damit die jungen Erwachsenen, die irgendwann dieses Land führen und gestalten müssen, einen guten und halbwegs reibungslosen Start in die Welt der Arbeit und Erwachsenen haben. Hierzu wollen wir nicht nur Wohnmöglichkeiten erschaffen, sondern auch die Vermittlung verbessern sodass eben Studierende und Auszubildende überhaupt eine solche Wohnung einfacher erhalten können. Wir wollen den jungen Menschen, die die Zukunft dieses Landes sind, ein schöner Start geben ohne, dass diese direkt verzweifeln müssen.

### **Drogenpolitik**

Da die Drogenpolitik in Deutschland ein sehr umstrittenes Thema ist möchten wir hier erstmals langsam vorgehen. Wir möchten auf die Stimme des Volkes hören. Wir möchten, nicht so wie es aktuell der Fall ist, mit der Bevölkerung und oder Drogenabhängigen sprechen und nicht nur über sie. Viel zu oft entscheiden wir zugunsten unserer selbst, und vergessen dabei, dass wir auch das Interesse der benachteiligten vertreten sollten. Wir sehen hier eine enorme unbeeinflussbar von unsren Politikern. Wir sollten aufhören uns an irgendwelchen Studien zu Klammern, die so nie existieren können, wir sollten aufhören Politiker zu glauben die sich ständig mit demselben falschen Argument schützen wir sollten aufhören nur still dazusitzen und Politiker zuhören, die kein Fachwissen vorweisen können.

# Parteiprogramm der JdPD

## **Legalisierung von Cannabis**

Durch die Legalisierung hören wir auf einen großen Teil der Gesellschaft, zu Recht denn durch die Legalisierung von Cannabis erstrecken sich viele Vorteile. Mit der Legalisierung könnten sich die Konsumenten aktiv über die Droge informieren und würden geschützt werden von Verunreinigungen und Streckmittel. Durch den Kontrollierten Verkauf von Cannabis könnte man mit dem erwirtschafteten Geld Infrastruktur und weitere Kostspielige Projekte finanzieren. Durch entstehende und zuwandernde Firmen könnten neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Zudem ist mittlerweile weit mehr über verschiedene Drogen, ihre Wirkung und gesundheitlichen Folgen bekannt, als dass es sinnvoll wäre an der bisherigen Kategorisierung von "verboten" und "erlaubt" festzuhalten, den das Verbot hat sein wichtigstes Ziel, Verringerung von Angebot und Nachfrage, jedoch nicht erreicht. Dealer ringe und Kartelle können sich mit dem Verbot auch nicht an unser derzeitiges Rechtssystem wenden und so kommt es zu Kriminellen Akten.

## **Förderung von Fixstuben**

Durch die Förderung von Fixstuben werden Drogenabhängigen eine Chance eröffnet, durch die sie wieder am alltäglichen Leben teilnehmen können. Jeder Mensch hat einen gewissen Lebensstandard verdient, den wir versuchen zu wahren. In jeder Deutschen Großstadt sollen, welche erbaut werden. Wir wollen die süchtigen nicht in eine Schublade schieben und sie zu schieben so als ob sie nicht unser Problem wären. Wir sind für sie verantwortlich, ob es ihnen passt oder nicht. Wir wollen helfen in dem wir ihnen einen sicheren, Hygienischem Raum geben in dem sie konsumieren können ohne dabei direkt verurteilt zu werden, wir wollen ihnen seelische Hilfe geben wenn ihre Familie oder ihre Freunde ihnen nicht mehr zur Seite stehen, und wir wollen sie beraten mal andere Methoden zu probieren als sich mit Drogen in eine andere Welt zu flüchten.

## **Bessere Aufklärung im Bereich Konsum**

Wir von der JdPD sind der Meinung das mit Drogen falsch umgegangen wird, klar sind wir der Meinung das nicht alles gut sein kann dennoch sollte man sich nicht nur auf die Droge und die möglichen Folgen fixieren, viel eher sollte man auch die Hintergründe beleuchten, warum man denn unbedingt zu z.B Heroin greift in den meisten Fällen haben sich Heroinabhängige sich es nicht ausgesucht abhängig zu werden, im gegen teil viele vielleicht oftmals kleine Umstände haben zu diesem Verhalten geführt, in den wenigsten Fällen hat tatsächlich die Droge etwas mit der Abhängigkeit zu tun. Deswegen möchten wir uns verstärkt für Aufklärung einsetzen.

## **Mildere Strafen für Konsumenten**

Mit der Milderung der Strafen für Konsumenten setzend wir den absurden hohen Strafen ein Ende. Viel zu oft werden für kleinere Mengen eine viel zu hohe Geldstrafe verlangt, dabei erfüllen sie noch nicht mal ihre Aufgabe Konsumenten vom Konsum abzuschrecken. Strafe schützt nicht vor Sucht. Die jetzige

## Parteiprogramm der JdPD

Drogenpolitik gaukelt das aber vor; ohne wissenschaftliche Basis. Zeit umzudenken und Prävention und Behandlung zu fördern. Das fängt mit der Verfolgung der Konsumenten an. In Deutschland fanden sich im vergangenen Jahrzehnt mehr als eine Million Cannabis Konsumenten in Strafverfahren wieder. Dealer und Kartelle aber bleiben weitgehend unbehelligt. Dass dieses System nicht funktioniert sieht man auf den ersten Blick. Man kann eine Gesellschaft nicht mit Strafen belehren, und jeden eine absurd hohe Strafe verhängen nur weil er konsumiert.

### **Gerechte Steuer**

Steuern sind oft nicht gerecht eingeteilt, oft werden die Steuern häufig für etwas genutzt was nicht notwendig ist.

Wir wollen dies ändern, wir wollen die Steuern gerecht verwenden, wir werden diese nicht verschwenden. Die Steuern die jeder von uns zahlt sollen uns zu gute kommen und nicht für vieles genutzt werden was uns gar nichts bringt, deshalb wollen wir die Steuer ausgaben der Bundesrepublik Deutschland besser strukturieren, denn dadurch könnte sehr viel an Steuergeld umfunktioniert werden und zum Beispiel für Rente oder die Krankenkasse genutzt werden damit dort am Ende das Geld stärker genutzt werden kann.

Wir sind dafür, dass niemand sich beschweren kann, dass seine Steuergelder unnötig verschwendet werden und diese Steuergelder Sinnvoll eingesetzt werden. Dies wollen wir alles umsetzen indem wir die Steuern bei Ausgaben, die auch die Bürger benachteiligen könnte, Bürgerumfragen machen damit einen Durchschnittswert haben, wie es die Bürger finden.

Dies wollen wir erreichen damit es den Bürgern besser geht.

### **Steuern anpassen, Ausgaben und Einnahmen müssen dafür eingesehen werden**

Die Steuern in der Bundesrepublik Deutschland sind in der Vergangenheit in Öfteren Fällen schlecht und oder unnötig investiert worden, deshalb wollen wir die Steuern zu einem besser strukturieren und auch anpassen.

Das besserer strukturieren der Steuern wollen wir gestalten indem wir Konsequenz im Sinne der Mehrheit diese einsetzen, zum Beispiel für die Rente größtenteils oder für die Krankenkassen. Wir wollen damit nicht sagen das kein Geld für Flüchtlinge mehr ausgegeben werden darf, aber wir meinen damit das genau solche Steuergelder besser eingeplant werden müssen, damit eben dieser Steuerbereich nicht einen der größten Teile der Steuer ausmacht sondern nur einen niedrigen oder bis zum ertragbaren Bereich geht, damit keine Gelder bei zum Beispiel der Rente fehlen.

Die Steuer anpassen sehen wir so, dass einige Steuer geringer ausfallen sollten als andere, denn es gibt in der heutigen Zeit Steuergelder, die nicht mehr stark von Nöten sind oder auch Steuergelder die falsch investiert werden. Einer dieser Steuern, die in etwa falsch investiert werden in Augen vieler Deutscher ist der Steuerbetrag, der den Wiederaufbau des Ostblocks stückweise finanziert und dieser nicht nur für den Ostblock genutzt werden sollte sondern für ganz Deutschland und genau dort wo es am dringendsten benötigt wird.

## Parteiprogramm der JdPD

Eine Steuer die in der heutigen Zeit nicht mehr so stark Steuergelder nutzen sollte ist die die GEZ Steuer, denn immer weniger Personen gucken noch Fernsehen und dafür da es sehr stark zurück geht ist es in unseren Augen nicht so stark nötig dieser Steuer so viel Steuergeld zukommen zulassen als das sie momentan erhält. Wir wollen das die Bürger der Bundesrepublik Deutschland zufrieden damit sind wie ihre Steuergelder investiert werden und dies wollen wir erreichen, wir wollen die Steuergelder Sinnvoll einsetzen und nicht unnötig verschwenden. Die Steuer wird von den Bürgern bezahlt und auch diese soll genutzt werden, um ihnen ein Deutschland zu bieten indem sie sich wohl fühlen und dafür setzen wir uns ein.

### **Erbschaft Steuer verringern**

Die Erbschaft Steuer ist eine Steuer, die der Staat von den letzten finanziellen Mitteln eines verstorben nutzt und diese ist in unseren Augen zu hoch. Wir wollen, dass diese Steuer gesenkt wird, denn wir wollen nicht den Hinterbliebenen zu viel wegnehmen von dem was ihre Verstorbenen hinterlassen haben, dies ist in unseren Augen unmoralisch.

Die Erbschaft Steuer soll so geringgehalten werden, dass den Angehörigen dieser Abzug der Steuer nicht wehtut, sondern eher ein Betrag werden soll, der den Angehörigen nichts ausmacht.

Wir wollen den trauernden nicht unnötig viel Geld nehmen dieses Geld, was auch relativ gering ist, dürfte bei einer Senkung des Steuerbeitrages nicht dem Staat wehtun, denn andere Steuereinnahmen sind wesentlich wichtiger und sollten die Priorität des Staates haben.

Wir sind für Gerechte Steuer Verwendungen

### **Gleichmäßige Belastung von Steuerzahlern**

Der Steuerzahler soll in unseren Augen, egal ob wohlhabend oder weniger wohlhabend, genau gleichbehandelt werden.

Die Schere zwischen Arm und Reich ging in den letzten Jahren immer weiter auseinander und das sehen wir nicht ein, wir wollen dies ändern.

Wir wollen das die Steuerbelastung bei jedem gleich ist auch bei denen die ein sehr hohes Einkommen haben. Wir wollen nicht die Steuerbeiträge unfair gestalten, sondern wieder fair, denn wo in den letzten Jahren die Wohlhabenden weniger zahlen mussten, blieb der Betrag der nicht Wohlhabenden unverändert hoch und dies ist in unseren Augen nicht fair.

Wir finden auch, dass nicht nur jeder Mensch vor dem Gesetz gleich sein sollte, sondern auch bei der Zahlung der Steuern an den Staat.

### **Steuerschlupflöcher verhindern**

Wir die JdPD wollen Steuerschlupflöcher verhindern. Damit wollen wir verhindern, dass riesige Unternehmen ihre Steuer zahlen sollen ohne das Millionen, wenn nicht sogar Milliarden verschwinden und der normale Bürger dadurch zu leiden hat.

## Parteiprogramm der JdPD

Wir wollen deshalb, dass der Staat in die Finanzakten eines Unternehmens einsehen kann und somit verhindert wird, dass diese Gelder verschwinden lassen.

Wir dürfen dies nicht zulassen, wenn wir darüber reden, dass Steuern gerecht gezahlt werden, denn wenn wir fordern, dass die Bürger und Bürgerinnen ihre Steuerzahlen dürfen wir Konzerne nicht ignorieren und genau so behandeln wie den normalen Steuerzahler.

Wir müssen die Steuerschlupflöcher stopfen, denn dies ist gegen die Allgemeinheit und würde dem großen Teil der Bevölkerung nur schaden und nicht zugutekommen.

### **Aufbewahrungsfrist für Steuerunterlagen auf fünf Jahre halbieren.**

Bisher gelten je nach Art der Unterlage unterschiedliche Fristen von sechs oder meistens zehn Jahren. Wir von der JdPD finden, dass es eine allgemeine Frist von fünf Jahren bestehen sollte, damit es eine einheitliche, überschaubare Frist gibt, um Betrüger vorzubeugen und um mögliche Verluste zu verhindern, die zu schlimmen Ausmaßen führen können. Mit dieser Vorgehensweise versuchen wir die teilweise Ungleichheit aus dem Weg zu räumen und eine bestimmte Frist für alle festzulegen.

### **Steuer und handelsrechtliche Bestimmungen angleichen**

Die bisher unterschiedlichen Begriffe im Handel und Steuerrecht sind eine unnötige Doppelarbeit in der Buchhaltung der Unternehmen. Wir finden, dass die Bilanzierungsvorschriften im Handel – und Steuerrecht könnten uns sollten vereinheitlicht werden, um vielen Unternehmen Arbeit abzunehmen, es wäre ein sinnvoller Schritt, dem niemandem Schaden würde. Im Gegenteil, dieser Schritt wird von vielen erwartet und wir möchten in nächster Zeit nun verwirklichen.

### **Besserung der Rente**

Die Rente ist eine der wichtigsten, wenn nicht sogar die wichtigste Sozialleistung in der Bundesrepublik Deutschland.

Wir als JdPD sind dafür, dass die Rente in diesem Land stark verbessert werden muss und nicht so miserabel bleiben soll wie es jetzt ist.

Die Besserung der Rente ist das Wichtigste für jeden innerhalb der Bundesrepublik Deutschland, denn jeder von uns soll und müsste eine Rente erhalten, die menschenwürdig ist. Wir wollen durch eine bessere Struktur der Rente die Rente stark verbessern, human gestalten und den Rentnerinnen und den Rentnern ein guter Ausgleich für ihre geleistete Arbeit auszahlen.

Die Rente muss verbessert werden und dies ist eines der Ziele, die wir als die Partei JdPD erreichen wollen, damit niemand in Altersarmut leben muss und sich in der Rente niemand um Finanzen große Sorgen machen muss.

### **Bekämpfung der Altersarmut**

Eine der wichtigsten Aufgaben dieses Landes ist es, eine Zukunft zu erschaffen und eine Zukunft auch für die künftigen und momentanen Rentner und Rentnerinnen.

## Parteiprogramm der JdPD

Wir wollen der Altersarmut ein Ende setzen, damit die die ihr ganzes Leben gearbeitet haben ein verdientes und erfülltes Lebensende haben können. Wir wollen dies erreichen aus dem Grund das Zukunft nicht nur für nächste Generationen spricht, sondern auch für die momentanen die noch existieren. Wir wollen diese Unterfangen erreichen indem wir die Rentenpolitik stärken und dass die Gelder des Deutschen Haushalt Geldes mehr in die Rente einfließt, sodass ein Teil der Altersarmut bekämpft werden kann.

### **Budget vom Militär umstrukturieren oder anderen staatlich geförderten Projekten**

Die Rente braucht mehr finanzielle Mittel und diese wollen wir mit der Umstrukturierung Staatlicher Projekte ermöglichen. Wir wollen staatliche Projekte finanziell umstrukturieren, um die Rente zu erhöhen.

Gelder die unnötig in der Vergangenheit verwendet wurden in stattlichen Projekten, wollen wir diese Gelder nutzen, denn wir wollen auch allgemein, um Stellen, die vom Staat geleistet werden müssen, aufstocken und sinnvoll einsetzen.

### **Alle müssen in eine Rentenkasse einzahlen**

Die Rente basiert darauf, dass die jüngeren für die älteren die Rente finanzieren und dies funktioniert nicht mehr da es zu wenig Jüngere gibt. Demnach wollen wir das jeder der in der Bundesrepublik Deutschland das Geld verdient in die Rentenkasse einzahlt und jeder die gesetzliche Rentenkasse erhält. Dies funktioniert auch in anderen Ländern und dort erhalten die Rentner eine größere Rente als die in Deutschland.

Wir wollen das Beste für unsere Bürger und vor allem das Beste, die ihr ganzes Leben gearbeitet haben. Diese Umgestaltung der Rente würde dazu führen, dass die Rentner durchschnittlich 800€ mehr erhalten als zuvor. Dies würde zu einer erheblichen Verbesserung der Rente führen und Altersarmut stark verringern und auch bekämpfen, dies würde dazu führen, dass niemand im hohen Alter Sorgen machen müsste und seine verdiente Rente erhalten würde, nach Jahrzehnten von Arbeit.

Wir wollen die Rente verbessern und den Rentnern einen schönen Lebensabend bescheren.

### **Selbständiger Renteneintritt**

Wir die JdPD wollen jedem der kurz vor der Rente ist ein angenehmen Renteneintritt ermöglichen. Wir wollen dazu das Renteneintrittsalter ändern und nicht nur ändern, sondern sogar flexibler gestalten, damit wollen wir jedem das Renteneintrittsalter eigenständiger gestalten.

Damit meinen wir, dass das momentane Eintrittsalter mit 63 oder später nicht vernünftig sind. Wir wollen das jeder der die Rente antreten möchte sich ab dem 63. Lebensalter selbst entscheiden kann, ob man reif für die Rente ist. Dies wollen wir erreichen, weil es Personen in diesem Altem gibt die immer noch fit sind und arbeiten können. Wir wollen auch das die die länger arbeiten es ihnen auch

## Parteiprogramm der JdPD

zugutekommt, denn wenn diese Person die Rente frühest möglich antreten möchte soll auch weniger erhalten wie jemand der länger arbeitet, was nicht heißt das die Person, die mit 63 in Rente geht an Altersarmut leiden muss im Gegenteil. Wir wollen mit diesem neuen System die Rentenlast abmindern durch die Personen, die sich noch fit genug fühlen weiter zu arbeiten und somit weiter einzahlen, aber ohne, dass diese Einzahlungen ihnen schlussendlich schaden.

Wir wollen Altersarmut beenden und jeden selbst überlassen wann man in Rente gehen kann, ob man mit 63 die Rente antritt oder später, aber ohne, dass jemand dadurch Verluste erleidet.

### **Die gesetzliche Rente stärken**

Die gesetzliche Rente ist etwas das in der Vergangenheit schwach geworden ist und niemanden eine Vernünftige Rente bieten kann.

Wir wollen dies ändern. Uns ist es wichtig das der Staat einen größeren Beitrag zur Rente leisten sollte somit der Bürger oder die Bürgerin nicht so stark auf eine private Rente verharren müssen sondern in diesem Bereich mehr sparen können und dieses hart verdiente Geld wo anders investieren können.

Dies würden wir umsetzen wollen, damit der Bürger oder die Bürgerin entlastet werden.

Damit dies auch funktioniert wollen wir Überschüsse in dem Haushalt der Bundesrepublik Deutschland verwenden, um dies zu ermöglichen, denn uns es ist sehr wichtig, dass jede Person einen Menschenwürdigen Lebensabend erleben kann, denn niemand hat es verdient oder sollte in der Situation der Altersarmut sein.

Dazu wollen wir das die Rente in der ganzen Bundesrepublik Deutschland auf demselben Niveau ist und dies nicht umstritten sein sollte.

Wir wollen die Rente für jeden die Rente angenehm machen.

Unterschriften:

Bundesgeschäftsführer/

Bundsvorsitzender

Bundeskassierer

stellvertretender Vorsitzender

Manuel Göllner

Frederik Willeke

Felix Sämann

The image shows three handwritten signatures in black ink. The first signature on the left is for Manuel Göllner, the middle one for Frederik Willeke, and the right one for Felix Sämann. The signatures are written in a cursive style.